

Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 403/6, der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Schinnerl und Ing. Peinhaupt, betreffend qualitätssichernde Maßnahmen in den steirischen Krankenanstalten, wird zur Kenntnis genommen. (19.09 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Berichterstattung. Erstrednerin ist ebenfalls die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Sie hat das Wort.

Abg. Mag. Hartinger (19.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Herr Präsident hat versucht, den Zusammenhang zwischen Schweinebauern und Allgemeinbauern zu bekommen. Ich habe jetzt versucht, gedanklich Schweinebauern mit Gesundheit zu verknüpfen. Mir ist eines dazu eingefallen: Eigentlich müßte ich als Gesundheitssprecherin sagen, eßt mehr Schweinefleisch, vor allem steirisches Schweinefleisch. Allerdings weiß ich natürlich, daß Schweinefleisch – zuviel zumindest – gesundheitlich nicht unbedingt förderlich ist. Ich glaube aber trotzdem, daß wir ab und zu alle gerne einen Schweinsbraten essen.

Jetzt zu dem Antrag, betreffend effizienteren Leistungskatalog. Der erste Antrag wurde bereits von uns vor zweieinhalb Jahren in die Regierung eingebracht und wurde liegengelassen. Er wurde auch im Ausschuß abgelehnt mit der Begründung, das wird ja eh gemacht. Da frage ich mich schon, wo und wann wird das gemacht. Läßt man wichtige umsetzbare Anträge solange liegen, bis sie umgesetzt werden? 1999 wird es noch nicht diesen ICD-10-Leistungskatalog geben. Für mich ist dieser Leistungskatalog insofern wichtig, weil er eben den Bedürfnissen der Dokumentation der modernen Medizin entspricht. Aber das Verständnis ist hier anscheinend nicht bei allen Fraktionen gegeben.

Zum zweiten Antrag, qualitätssichernde Maßnahmen in den steirischen Krankenanstalten: Auch hier wurde dieser Antrag fast zwei Jahre liegengelassen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen jetzt nicht unterstellen, daß Sie in unseren Krankenanstalten keine Qualität wollen oder daß wir keine haben, wir haben sie natürlich sehr wohl, aber in vielen Bereichen kann man sich noch verbessern. Vor allem gibt es aus meiner Sicht in Anbetracht der Veränderung des Finanzierungssystems patientenwidrige Anreize. Das heißt, Patienten werden zu früh entlassen, durchschnittlich um fast einen Tag, und die medizinische Pflege und Betreuung der mobilen Dienste, der Kassenärzte, der Heimhilfen et cetera ist außerhalb der Krankenanstalten weder von der Menge her noch von der Qualität her möglich, weil hier die falschen Systeme, die falschen Anreize bestehen. Was heißt das? Der Patient wird entlassen, hat außerhalb des Akutkrankenhauses nicht die entsprechende Betreuung und kommt wieder sofort ins Krankenhaus zurück. Der Effekt, ein sogenannter Drehtürenpatient, wie ich es bezeichnen möchte. Die Folgerung dabei ist aber, daß die Struktur des gesamten Systems sich zu verändern hat, und das hängt

natürlich mit den monetären beziehungsweise mit den finanziellen Anreizen zusammen. Wie wir wissen, haben fast alle Bereiche zur Finanzierung des Gesundheitssystems ihren Deckel. Der Fonds, also der SKAFF, hat seinen Deckel, die Sozialversicherung hat ihren Deckel, die KAGES hat einen Deckel, alle haben einen Deckel. Jedes Töpfchen hat sein Deckelchen, wie es so schön heißt, nur die guten kommen ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. Die guten Patienten, die holt sich dieses System, die schlechten bleiben auf der Strecke.

Und deshalb glaube ich, daß es sinnvoll ist, und das haben Gott sei Dank alle Fraktionen unterstützt, einen entsprechenden unselbständigen Entschließungsantrag einzubringen gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung, betreffend Ausschöpfung der 5 Prozent SKAFF-Strukturmittel, der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dr. Brünner, Dr. Wabl, Mag. Erlitz, Schinnerl und Bacher.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, darauf einzuwirken, daß von Seiten des Landesfonds (SKAFF) für die Bereiche der mobilen Dienste und der extramuralen Psychiatrie eine adäquate Erhöhung der Strukturmittel stattfindet. (Beifall bei der FPÖ; – 19.13 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kinsky. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Kinsky (19.13 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Zum Unterschied von der Agrardebate, wo man den zuständigen Landesrat versucht hat, mit allen möglichen Schuldzuweisungen zu bedecken, stehe ich nicht an, obwohl der Herr Landesrat Dörflinger derzeit nicht da ist, ihm zu danken, daß er den Antrag, den ich eingebracht habe und auch der Kollege Schinnerl das so getan hat, betreffend eine Übernahme des städtischen Krankenhauses in Weiz in ein Landeskrankenhaus, gestern bereits in die Landesregierung eingebracht hat. Und es wurde einstimmig in der Landesregierung gestern beschlossen, die KAGES damit zu beauftragen, mit der Stadt Weiz hier Verhandlungen zu führen. Ich glaube, daß das ein langjähriger Wunsch nicht nur der Stadt Weiz, sondern des ganzen Bezirkes ist, vor allem deswegen, weil wir der Überzeugung sind, daß in der Eingliederung in ein Landeskrankenhaus auch in Zukunft die Qualität abgesichert ist und im Gesamtkonzept der Krankenhäuser, für die Zukunft der Patienten, sicherlich Optimales entstehen würde. Gleichzeitig auch für die dort angestellten Mitarbeiter, 120 zirka an der Zahl, sicherlich ein Vorteil, wenn sie in den Landesdienst übernommen werden können. Und es freut mich auch, daß sowohl die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wie auch der freiheitlichen aus der Region mit mir gemeinsam einen Initiativantrag einbringen.

Ich darf diesen Antrag zur Verlesung bringen:

Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Ing. Kinsky, Mag. Erlitz, Schinnerl, Bacher, Huber und Mag. Har-

tinger, betreffend Übernahme des Krankenhauses Weiz als Landeskrankenhaus.

Das Spital in Weiz ist das einzige Spital in der Steiermark, das von einer Stadtgemeinde betrieben wird. Dieses Krankenhaus mit 90 Betten sichert die optimale medizinische Versorgung des Bezirkes mit rund 63.000 Einwohnern. An die 10.000 Patienten werden pro Jahr ambulant behandelt und darunter 3500 stationär aufgenommen.

Mit Hilfe des Sonderinvestitionsprogrammes des Landes kommt das Land mit rund 235 Millionen Schilling zum Großteil für die Gesamtkosten des Neubaus des Spitals Weiz mit rund 285 Millionen Schilling auf. Mitte 1999 soll der Neubau mit 76 Betten bezugsfertig sein. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Land und der Stadtgemeinde Weiz trägt das Land 90 Prozent des Betriebsabganges dieses Spitals. Für 1998 wird mit rund 20 Millionen Schilling Betriebsabgangsdeckung gerechnet.

Mit der Aufnahme des Krankenhauses Weiz in die landschaftlichen Krankenhäuser könnten nicht nur wirtschaftliche, organisatorische und strukturelle Vorteile realisiert, sondern auch der Standort in Weiz langfristig abgesichert werden. Die rund 120 Mitarbeiter des Krankenhauses Weiz könnten in den Landesdienst übernommen werden.

In der Regierungssitzung am 23. November 1998 wurde beschlossen, daß der Vorstand der KAGES Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Weiz über die Übernahme dieses Krankenhauses als Landeskrankenhaus führen soll.

Der Antrag lautet: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Weiz mit dem Ziel rasch aufzunehmen, das Krankenhaus der Stadtgemeinde Weiz als Landeskrankenhaus zu übernehmen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei der ÖVP. – 19.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnet Erlitz. Er hat das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (19.18 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zu Punkt 13, es sind heute Redundanzen eigentlich, unnötige Wiederholungen. Zum Punkt 13 darf ich sagen, daß in der Bundesstrukturkommission der Wunsch der Länder geäußert wurde (Abg. Mag. Hartinger: „Auf Grund Ihres Antrages!“), nein, von einer Einführung des ICD-10-Diagnoseschlüssels abzugehen. Das heißt, diese Forderung ist hier einfach nicht mehr aktuell, nicht gerechtfertigt, diesen ICD-10-Schlüssel hier einzufordern. Es war der Wunsch der Länder, das nicht zu realisieren, weil erstens eben mit dem neuen LKF-System ohnehin genug Probleme zur Umsetzung vorhanden sind. (Abg. Mag. Hartinger: „Dann rede mit Experten, die werden das sowohl befürworten!“) Beate, die Länder wollten Zeit zur Konsolidierung des LKF-Systems haben und wollten sich nicht mit neuen Problemen belasten. Das war der Grund, um von dem ICD-10-Diagnoseschlüssel abzugehen. Es gibt neue Ländertöpfe, es gibt Geschäftsstellen, es gibt Landeskommissionen zu etablieren und

so weiter. Daher hat man gesagt, bitte jetzt nicht, sondern Zeit für die Konsolidierung dieses neuen Systems zu haben.

Zweitens, es ist ein wesentlich größerer Verwaltungsaufwand mit der Umsetzung dieses ICD-10-Schlüssels verbunden.

Drittens, es war den Krankenhäusern freigestellt, ab 1. Jänner 1999 freiwillig diesen Schlüssel umzusetzen, um damit Erfahrungen zu sammeln für die Zeit nach dem ersten Paktum, nach dieser ersten Phase der 15a-Vereinbarung, da dann ohnehin dieser ICD-10-Schlüssel umgesetzt werden muß. Bis dahin sollten Erfahrungen gesammelt werden, auf freiwilliger Basis, aber quasi nicht von oben verordnet. Das zum Punkt 13.

Punkt 14 ganz kurz nur, was das Qualitätsmanagement betrifft. Auch das eine Forderung, die längst realisiert wird. Eine Forderung, die hier meines Erachtens auch nicht gerechtfertigt ist. Es gibt eine sehr dichte Qualitätskontrolle auf diesem Gebiet. Und zwar läuft diese Qualitätskontrolle auf zwei Schienen, Beate, das müßtest du besser wissen. Die eine Schiene ist die KAGES selbst. (Abg. Mag. Hartinger: „Weiß ich!“) Eben, wenn du es eh weißt. Wozu diese Forderung?

Die eine Schiene läuft auf der Ebene der KAGES selbst. Bereits am 22. Februar 1993 wurde im Aufsichtsrat die Einführung von Qualitätsmanagements in systematischer Weise in Form eines Dreiphasenkonzeptes beschlossen. Und diese Phasen wurden seither konsequent umgesetzt. Ich nehme an, du weißt das besser als ich. Es gibt ja diesen KAGES-Wirtschaftsplan, wo die Akzente des Qualitätsmanagements ganz genau aufgeschlüsselt sind, nämlich Errichtung eines überregionalen Qualitätssicherungsbeirates, dann wurden zirka 20 Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit diesen Detailthemen befaßt haben, weiters wurden Modellprojekte erstellt und umgesetzt in den einzelnen LKHs, so zum Beispiel in Bruck an der Mur und auf der Stolzalpe. Dort wurden die Qualitätsmanagements bereits abgeschlossen. Eine Gesamtbewertung des Qualitätsmanagementmodellprojektes ist in Vorbereitung, und im Landeskrankenhaus, Universitätsklinikum Graz, wird das Qualitätsmanagement wie bisher fortgeführt. Hier läuft ja alles bestens und all das, was du gefordert hast. Seit 1993 wurden mehr als 100 Einzelprojekte zur Qualitätsplanung, Messung, Verbesserung durchgeführt; Patienten-, Zuweiser-, Mitarbeiterbefragungen haben stattgefunden. In Ausbildungslehrgängen wurden zirka 60 Moderatoren für Qualitätsprojekte ausgebildet, und bis Sommer 1999 wird es 100 qualifizierte Moderatoren geben, und so weiter, und das alles auf der Schiene der KAGES. Die zweite Schiene läuft auf der Ebene der SKAF-Geschäftsstelle. Es gibt dort die Plausibilitätskontrolle, es gibt dort die statistische Datenqualitätskontrolle, und es gibt, Beate, das weißt du auch sehr gut, eine Expertengruppe, die sich mit der medizinischen Qualitätskontrolle auf KAGES-Ebene befaßt, wo Herr Dr. Gomsir der Sprecher ist und auch in der KAGES mit dieser Problematik betraut ist. Also hier gibt es sogar eine Vernetzung. Was das LKH Weiz betrifft, auch das eine Redundanz dessen, was gestern bereits in der Regierung beschlossen wurde. Wir sind mit dem Antrag deshalb mitgegangen, um auch von seiten des Landtages

zu demonstrieren und zu zeigen, daß wir natürlich dafür sind, daß das Krankenhaus Weiz zum Landeskrankenhaus wird. Im Grunde genommen ist es eine Fleißaufgabe, weil dies gestern bereits auf Initiative unseres Landesrates Günter Dörflinger hin beschlossen wurde. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, dem kann man nur entsprechend zustimmen, und deswegen sind wir hier mitgegangen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich kann jedoch nicht abstimmen lassen, weil zu wenige Damen und Herren im Haus sind. Vielleicht könnten Sie die Kollegen vorübergehend aus dem Büfett holen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Klingeln!“) Das habe ich bereits dreimal getan. Sie sind offenbar nicht bereit, den Schweinsbraten vorübergehend zur Seite zu stellen. Vielleicht kann man die Damen und Herren doch holen. In diesem Augenblick ist die Vollzähligkeit erlangt worden. Wir stimmen zunächst über den Antrag zu Punkt 13 der Tagesordnung, Einl.-Zahl 208/6, ab. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu Punkt 14 der Tagesordnung; Antrag der Frau Berichterstatterin, Einl.-Zahl 403/6. Bei Zustimmung bitte ich um Händezeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen nunmehr zu den beiden Entschließungsanträgen. Zunächst Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dr. Brünner, Dr. Wabl, Mag. Erlitz, Schinnerl und Bacher, betreffend Ausschöpfung der 5-Prozent-SKAFF-Strukturmittel. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Kinsky, Bacher und Kollegen, betreffend Übernahme des Krankenhauses Weiz als Landeskrankenhaus. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

15. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 935/1, der Abgeordneten Korp, Dr. Bachmaier-Geltewa, Vollmann und Günther Prutsch, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Landesbeamtengesetzes und des Landesvertragsbedienstetengesetzes.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (19.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Dem Antrag liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Im Rahmen der letzten Novellierungen des Landes-

beamtengesetzes und des Landesvertragsbedienstetengesetzes wurde auf Grund falscher Informationen jeweils die Regelung aufgenommen, daß für Kalenderjahre, in denen einem Bediensteten ein Kuraufenthalt, der im Zusammenhang mit seiner Behinderung steht, gewährt wurde, keine Erhöhung der Erholungsurlaubstage mehr eingeräumt wird. Die Information, daß dies in allen anderen Bundesländern und beim Bund ebenfalls so geregelt sei, erwies sich als falsch. Daher sollen im Interesse der behinderten DienstnehmerInnen die Novellierungen in diesen Punkten rückwirkend rückgängig gemacht werden. Es wird daher vorgeschlagen, das Landesbeamtengesetz und das Landesvertragsbedienstetengesetz in diesen Punkten zu ändern, und zwar folgendermaßen: Das Landesbeamtengesetz in der Fassung, LGBl. Nr. 44/1998, soll dahingehend geändert werden, daß der Paragraph 44 Absatz 4 entfällt, und beim Landesvertragsbedienstetengesetz, LGBl. Nr. 45/1998, soll der Paragraph 27 b Absatz 4 entfallen; und dies soll rückwirkend mit 1. Jänner 1998 in Kraft treten. Ich stelle daher namens des Verfassungsausschusses den Antrag, dieser Änderung zuzustimmen. (19.27 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

16. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 932/1, der Abgeordneten Dr. Karisch und Wicher, betreffend eine Naturschutzaktion „BioTOPgemeinde“ und „ÖkoTOPgemeinde“.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (19.28 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der gegenständliche Antrag möchte mit Hilfe einer Anreizaktion in der Bevölkerung das Bewußtsein für den Wert der Natur fördern. Gemeinden, die gewisse Naturschutzkriterien erfüllen, sollen ein Prädikat, wie zum Beispiel „BioTOPgemeinde“ oder „ÖkoTOPgemeinde“, führen können. Namens des Ausschusses für Umweltschutz und Energie stelle ich den Antrag, diesen Antrag anzunehmen. (19.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Frau Abgeordnete Dr. Karisch, Sie sind am Wort.

Abg. Dr. Karisch (19.29 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Steiermark ist ein sehr vielfältiges Land mit vielen wertvollen Naturschätzen. Sie weist im Verhältnis zu ihrer Fläche eine Vielzahl an Lebensräumen und eine hohe biologische Vielfalt auf. Dieser Reichtum muß uns Verpflichtung sein, stellt doch die Vielfalt unserer biologischen Ressourcen wirtschaftlich ein wertvolles Kapital dar. Nicht nur daß funktionierende Ökosysteme Sicherheit gegen lokale und globale Umweltbelastungen bieten, sie sind auch ein unge-

ahntes Reservoir an Nahrungs-, Nutz- und Heilmitteln. Naturvielfalt zu bewahren rechnet sich, ganz abgesehen davon, daß auch zukünftige Generationen noch ein Recht auf diese Ressourcen haben.

Aber, meine Damen und Herren, wir spüren, daß wir mit Gesetzen, Geboten und Verboten an die Grenze stoßen. Es läßt sich nicht alles von oben regeln. Wichtig für die Erhaltung der Natur ist ein breites Bewußtsein in der Bevölkerung über den Wert der Natur im allgemeinen und einzelner Landschaften, Biotope, Pflanzen, Tiere im besonderen, und natürlich auch ein entsprechendes Handeln der Menschen vor Ort. Dieses Bewußtsein ist für den Naturschutz nicht so gut ausgebildet, wie es für den Umweltschutz ist. Wir müssen daher das Bewußtsein für die Natur und ihren Wert fördern.

Mit dieser Aktion wollen wir einen Beitrag dazu leisten. Die Aktion sieht vor, daß bei Erfüllung gewisser Kriterien eine Gemeinde ein Prädikat „ÖkoTOPgemeinde“, „BioTOPgemeinde“, wie immer man will, führen kann. Die Kriterien müssen von der Naturschutzbehörde gemeinsam mit Naturschutzorganisationen festgelegt werden. Sie könnten dann durch eine Werbeaktion oder durch einen Wettbewerb vergeben werden, wie dies zum Beispiel bei der „Geramb-Medaille“ oder dem Blumenschmuckwettbewerb in der Steiermark der Fall ist. Mit Hilfe eines Partners aus dem Bereich der Medien könnten die Auszeichnungen im ganzen Land bekanntgemacht werden. Das Prädikat wäre dann auch ein Marketinginstrument für die betroffene Gemeinde, auch im Wettbewerb im Fremdenverkehr. Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie um Unterstützung dieses Antrages und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit zu so später Stunde. (Beifall bei der ÖVP. – 19.32 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

17. Bericht des Ausschusses für Föderalismus und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 267/8, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Wiedner und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Schaffung von Telearbeitsplätzen in der Landesverwaltung.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing Peinhaupt (19.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf über den gegenständlichen Antrag Bericht erstatten. Der Antrag betrifft die Schaffung von Telearbeitsplätzen in der Landesverwaltung. Auch im Landesbereich gibt es sicher viele Möglichkeiten, Telearbeitsplätze einzusetzen. Die Vorteile vor allem für Frauen mit Kleinkindern, einschließlich einer erleichterten Wiedereingliederung in das Berufsleben nach den Kinderbetreuungszeiten, aber auch die positive Auswirkung für den Arbeitgeber durch Ein-

sparungsmöglichkeiten liegen auf der Hand und ist daher durchaus positiv zu beurteilen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Möglichkeit der Schaffung eines Modellversuches für die Einrichtung von Telearbeitsplätzen im Landesdienst zu prüfen und dem Landtag darüber zu berichten. Ich bitte um Annahme. (19.33 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (19.33 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Telearbeitsplätze sind Arbeitsplätze der Zukunft. Es sind neue Arbeitsformen, die dem ländlichen Raum das Überleben erleichtern werden. Unsere Zeit ist von Mobilität gekennzeichnet, und so steigt demzufolge die Zahl der zurückgelegten Kilometer pro Person und Jahr ständig an. Allein im Betrachtungszeitraum zwischen 1985 und 1990 sind die zurückgelegten Kilometer um 64 Prozent angestiegen. Konsequenzen dieser Mobilität, die kennen wir alle zur Genüge. Staus, Verkehrsüberlastungen, Unfälle, eine geminderte Lebensqualität, viele Emissionen und eine große Umweltbelastung. Auch die Zahl der Pendler steigt ständig. Es gibt Regionen, wo schon über 70 Prozent der Berufstätigen auspendeln müssen. Eine Lösung gegen dieses Problems wäre die Schaffung von Telearbeitsplätzen. EU-weit gibt es bereits 1,5 Millionen Telearbeitsplätze, und bis zum Jahr 2000 werden es 10 Millionen sein. Es gibt unterschiedliche Formen der Telearbeit vom Büro zu Hause bis zu Satellitenbüros, wo eben große Konzerne Büros dezentral betreiben, aber auch Nachbarschaftsbüros, wo viele Firmen gemeinsam ein dezentrales Büro betreiben. Eine Studie liefert bei 79 Unternehmen, bei denen insgesamt 12.200 Telearbeiter befragt wurden, folgendes Ergebnis: Die Investitionskosten je Arbeitsplatz belaufen sich durchschnittlich auf 106.000 Schilling und die durchschnittlichen Monatskosten auf 3483 Schilling. Vorteile für Telearbeit gibt es sehr wohl für den Arbeitnehmer, aber auch für den Arbeitgeber. Für den Arbeitnehmer gilt folgendes: Einsparung von Fahrzeit, wenn jemand 25 Kilometer am Tag fahren muß, so spart er sich 2150 Schilling im Monat ein und die unzähligen Stunden, die er im Auto verbringen muß. Er steigert damit seine Lebensqualität. Es besteht die Möglichkeit der besseren Vereinbarung zwischen Beruf und Familie, des rascheren Einstieges nach der Karenzzeit, überhaupt besteht die Möglichkeit für eine Frau, ihr Berufsleben flexibler, je nach den familiären Bedürfnissen, zu gestalten. Arbeitgeber profitieren auch, wie die Studie zeigt. Die Produktivität von Telearbeitsplätzen ist um 20 Prozent höher als jene in normalen Büros.

Ich bringe nun den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Mag. Bleckmann, betreffend Modellversuch Telearbeitsplätze, ein.

Die freiheitlichen Abgeordneten haben am 24. September 1996 einen Antrag mit dem Ziel der Schaffung von Telearbeitsplätzen in der Landesverwaltung ein-

gebracht. Die Rechtsabteilung 1 hat einen diesbezüglichen Bericht, datiert mit 14. März 1997, erstellt, der aber in der Regierung nie beschlossen wurde.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Möglichkeit der Schaffung eines Modellversuches für die Einrichtung von Telearbeitsplätzen im Landesdienst zu prüfen und dem Landtag darüber bis spätestens Februar 1999 zu berichten.

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt liegt mir diesbezüglich keine weitere Wortmeldung vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters Peinhaupt zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Ich konstatiere die einstimmige Annahme des Antrages.

Nun kommen wir zum Entschließungsantrag, den die Frau Abgeordnete vorgetragen hat. Der Betreff lautete: Modellversuche Telearbeit im Landesbereich. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich konstatiere die mehrheitliche Annahme des Antrages.

18. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 382/8, zum Beschluß Nr. 218 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Februar 1997 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Schützenhöfer, Ing. Schreiner, Dr. Wabl, Dr. Brünner, Dr. Flecker, Purr, Wiedner, Mag. Zitz und Keshmiri, betreffend Förderung KNP Leykam.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (19.39 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz hat in seiner Sitzung am 17. November 1998 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 382/8, zum Beschluß Nr. 218 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Februar 1997, über den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Schützenhöfer, Ing. Schreiner, Dr. Wabl, Dr. Brünner, Dr. Flecker, Purr, Wiedner, Mag. Zitz und Keshmiri, betreffend Förderung KNP Leykam, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 218 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Februar 1997 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Schützenhöfer, Ing. Schreiner, Dr. Wabl, Dr. Brünner, Dr. Flecker, Purr, Wiedner, Mag. Zitz und Keshmiri, betreffend Förderung KNP Leykam, wird zur Kenntnis genommen. (19.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich bitte den Herrn Abgeordneten auch ans Rednerpult.

Abg. Gennaro (19.40 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn es auch schon etwas spät ist, glaube ich doch, daß gerade diese Vorlage Anlaß gibt, einige Fakten aufzuzählen und auch Lösungsansätze mit sich zu bringen. Wir haben damals gemeinsam hier im Landtag über die Förderung der KNP Leykam einen Antrag eingebracht, daß es ja nicht hingenommen werden kann, daß zum damaligen Zeitpunkt auch Förderungen seitens des Bundes und des Landes beabsichtigt waren und zirka 500 Arbeitsplätze damit wegrationalisiert werden sollten. Und es hat einen Antrag gegeben, daß wir verlangt haben, daß die Vertragsgrundlagen und die Absprachen mit dem Bund geprüft werden. Die Landesregierung hat den Auftrag bekommen, die Vertragsverhandlungen der Firma Leykam zu prüfen und gegebenenfalls Förderungen einzubehalten und zukünftig nur jene Betriebe zu fördern, die arbeitsplatzerhaltende und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen setzen. Ich gehe davon aus, daß Sie alle sehr genau die sehr umfangreiche und ausführliche Vorlage gelesen und studiert haben und daß wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß einiges, was den gegenständlichen Regierungsbeschluß betrifft bezüglich der Förderung, auch seitens eines Gutachters in Frage gestellt wurde, ob überhaupt eine Zusage einer Person – damals noch die Frau Landeshauptmann Klasnic – in der Form berechtigt ist, alleine diese Zusage zu machen. Wir glauben, daß die Probleme der Arbeitslosigkeit auch in der Steiermark und europaweit, meine Damen und Herren, uns zwingen, auch die nationalen Staaten, aber auch die Regionen, zu handeln. Ich möchte nicht miterleben, daß – und das bringe ich nicht als Witz – man sagt, der einzige Vorteil in der EU ist, daß man es sich aussuchen kann, wo man arbeitslos ist. Das möchte ich sicherlich nicht haben. Wir wissen alle, daß es rund 20 Millionen – es sind nicht mehr 18, sondern es sind inzwischen 20 Millionen – Arbeitslose in Europa gibt, jedoch wir in Österreich noch immer sagen können, wir sind eine Insel der Seligen. Wenn ich die letzten Oktoberzahlen von Österreich hernehme, dann haben wir bei knapp 3,1 Millionen Beschäftigten 245.000 – aufgerundet – Arbeitslose, und in der Steiermark haben wir auch 32.126, das sind 7 Prozent. Jeder einzelne Arbeitslose muß für uns als Politiker einer zuviel sein. Daher sollten wir das gesamte Augenmerk, so wie es zum Beispiel bei den betroffenen Bauern ist, auf die Beschäftigung richten, auch bei den Lehrlingen, trotz vieler Maßnahmen, – es ist nur schade, daß Landesrat Paierl nicht da ist. Lieber Peter Hohegger, sei mir nicht böse: In der „Steirischen Wochenpost“ habt ihr einen schönen Artikel – wahrscheinlich einen bezahlten – hineingegeben, wie super das alles ist und wie groß die Arbeitslosigkeit in Europa ist und wie gut wir dran sind – ihr stellt die Lehrlingsgeschichte hin. Ich will hier nicht predigen und will nicht immer Unkenrufe verbreiten, aber eines steht aber fest, trotz aller Maßnahmen und Bemühungen, ich bin sehr dankbar, daß die Regierung erkannt hat, daß unser Vorschlag des „Job-2000-Modells“ auch drübergegangen ist und daß man jetzt drangeht, daß nicht nur die Firmen, sondern auch die Kommunen und sämtliche Institutionen Möglichkeiten haben, hier mitzuwirken. Die Zahlen sind allerdings zu relativieren. Es gibt übrigens 5965 Arbeitslose in der Steiermark zwischen 15 und 25 Jah-

ren, meine Damen und Herren. Auch bei den 50jährigen haben wir fast 6000 Arbeitslose, und die Zahl steigt. Daher ist es für mich und für meine Fraktion unabdingbar, daß wir beim Faktor Arbeit auch sagen, wir entlasten ihn – das soll kein Lippenbekenntnis sein. Wir müssen den Faktor Arbeit in den Vordergrund stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Betriebe, die Menschen beschäftigen, meine Damen und Herren, sollen gefördert werden, und dazu bekennen wir uns. Ein Roboter bezahlt keine Steuer und ein Roboter bezahlt keine Sozialversicherung. Unser soziales System ist aufgebaut, daß wir eine optimale Beschäftigung haben, weil die Steuern hereinkommen, Sozialversicherung und die gesellschaftspolitische Situation zu bewältigen ist, wenn die Menschen ein Einkommen haben, eine Wohnung haben, und so weiter. Ich glaube daher, daß es legitim und berechtigt ist, daß wir bei der Wirtschaftsförderung verlangen, und wir haben uns ja sehr lange zusammengerauft, daß wir ein Wirtschaftsförderungsgesetz haben, aber wir erkennen, daß trotz vieler Bemühungen und Maßnahmen die Arbeitslosigkeit nicht in den Griff zu bekommen ist mit den herkömmlichen Instrumentarien. Daher meine ich sehr wohl, daß es auch legitim ist, daß man bei Förderungen nicht nur schaut, ob das jetzt ein Wunderwutzi oder sonst wer, wie ein Stronach, ist, daß man gleich ungeschaut Hunderte Millionen beschließt, bevor man überhaupt schon einen Beschluß hat, daß der Betrieb gebaut wird. Ich habe nichts gegen eine Förderung, aber wir wollen auch dahin gehend einwirken, daß man diese Richtlinien überdenkt und daß man neue Strukturen schafft, daß Leute, die Lehrlinge ausbilden, die Arbeitnehmer beschäftigen, zusätzlich, weil sie investieren, weil sie etwas machen, einen höheren Stellenwert bei den Förderungen haben wie bisher. (Beifall bei der SPÖ.)

In aller Kürze möchte ich ein paar Beispiele zitieren: Wir haben in der Steiermark genügend Beispiele, wo es Betriebe gibt, die für das Land, für die Förderung ein Faß ohne Boden sind. Es ist nicht einzusehen, daß man in einen Betrieb in Hartberg – ich will den Namen hier nicht nennen – schon rund 200 Millionen Schilling an Förderungen gibt, und jeder, der dort mit ein paar Millionen hineingegangen ist, hat letztendlich dann zweistellige Millionenanzahlen herausgeschöffelt aus dem Betrieb. Das Land hat schön brav mit Steuergeldern bezahlt. So kann es bitte nicht sein. Und das ist in allen anderen Bereichen auch so, ob Fürstenfeld oder wo immer sonst. (Beifall bei der SPÖ.)

Daher meine ich, daß ich aus der Sorge und bezogen auf diese Vorlage der Förderung von Leykam eines sagen muß: Aus heutiger Sicht bin ich dankbar, daß wir diese Initiative gemeinsam ergriffen haben, weil wir haben schon eines damit bewirkt, nämlich das es so nicht beim Unternehmen vorübergegangen ist, auch der Bund hat genau geschaut. Es ist zwar nach heutigem Stand nicht offiziell, aber es sind so und so viele Kündigungen ausgesprochen worden. Man hat dies mit einvernehmlichen Lösungen wie immer, weil da kommt man am billigsten weg, und da steht man nicht in der Zeitung, weil da legt man ein schönes Sozialpaket hin, und da hat der Konzern, die Mutter, viel Geld auf den Tisch gelegt, damit es in der Öffentlichkeit ohne großes Geplänkel vorüber ist. Tatsache ist, daß über 400 Arbeitsplätze weniger sind mit vielen,

vielen Millionen Förderungen. Ich darf daher von meiner Fraktion einen Unselbständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro und Dr. Flecker einbringen: Die Wirtschaftsförderungspolitik und dabei insbesondere einzelne Wirtschaftsförderungsmaßnahmen ergeben einen für uns unbefriedigenden Zustand. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, entweder durch die zukünftige Vollziehung der Wirtschaftsförderung (internes Bewertungssystem der Wirtschaftsförderungsgesellschaft entsprechend zu gewichten, und zwar nach den Kriterien, die wir genannt haben) oder – wenn die rechtlichen Vorgaben hiezu nicht ausreichen – durch Novellierung der Wirtschaftsförderungsrichtlinien beziehungsweise Erlassung von Förderungsprogrammen beziehungsweise -richtlinien gemäß Paragraph 8 Wirtschaftsförderungsgesetz folgende Zielsetzungen des Wirtschaftsförderungsgesetzes so umzusetzen, daß zumindest eines der folgenden Kriterien erfüllt wird:

Erstens: Das geförderte Unternehmen muß nachweislich für die Aus- und Weiterbildung, insbesondere Lehrausbildung, seiner ArbeitnehmerInnen und DienstnehmerInnen sorgen.

Zweitens: Das geförderte Unternehmen hat eine wirtschaftsbezogene Forschung und Entwicklung zu betreiben oder zumindest zu unterstützen.

Drittens: Im Zuge der Förderung hat das Unternehmen zusätzliche ArbeitnehmerInnen beziehungsweise DienstnehmerInnen zu beschäftigen.

Viertens: Die Gründung oder Erweiterung von Betrieben in Regionen mit relativ hoher Arbeitslosigkeit, weil es nicht einzusehen ist, daß sich alles in den Ballungszentren konzentriert und in den anderen Regionen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht.

Diese Förderungsbedingungen sind im Förderungsvertrag ebenso zu verankern, wie ein ausdrückliches Rückforderungsrecht der Landesregierung bei Nichterfüllung derselben. Ich bitte um Zustimmung. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.49 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Sie hat das Wort.

Abg. Keshmiri (19.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben einen Entschließungsantrag vorbereitet, allerdings nicht zu dem jetzigen Tagesordnungspunkt, sondern zum Tagesordnungspunkt 47, weil es auf Grund der Geschäftsordnung nicht möglich war, den Entschließungsantrag jetzt einzubringen. Ich möchte ihn aber kurz erläutern und möchte kurz auf die Lehrlingsproblematik eingehen, auch auf die Lehrlingsoffensive, weil ich davon ausgehe, daß beim Tagesordnungspunkt 47 noch weniger Abgeordnete anwesend sein werden als sie jetzt schon sind. Herr Kollege Gennaro hat mir bei der letzten Landtagssitzung vorgeworfen, daß ich keine Vorschläge zur Lehrlingsoffensive, zur Lehrlingsproblematik einbringe. Ich möchte hier einen Zeitungsbericht aus der „Kleinen Zeitung“ zitieren. Ein Voitsberger Unternehmen übt Kritik an dieser Aktion, und zwar sagt dieser Unter-

nehmer: Ich würde Lehrlinge ausbilden, wenn sie später in meinem Unternehmen eingesetzt werden könnten. Die wenigsten Unternehmer wollen eine Förderung, sondern sie wollen Erleichterungen bei den bürokratischen Auflagen und im Lohnnebenkostenbereich. Der Faktor Arbeit wird immer teurer und der Wettbewerbsvorteil der guten Qualität österreichischer Produkte zunichte gemacht, weil der Ausbildungsstand schlechter wird. Diese drei Punkte sind genau diese drei Punkte, die wir schon, seit wir hier im Landtag sind, ständig einfordern. Wir haben auch vor zwei Jahren oder vor noch längerer Zeit einen Antrag eingebracht, der darauf abzielt: Deregulierung der ausbildungs- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, Senkung der Unternehmerkosten der Lehrlingsausbildung, Bildungs- und Qualitätsoffensive. Dieser Antrag wurde den Parteienverhandlungen zugewiesen, und bis heute hat es diesbezüglich keine Verhandlungen gegeben. Wir haben genug Vorschläge, aber von den großen Fraktionen werden diese Vorschläge ignoriert, denn es sind keine Parteienverhandlungen einberufen worden. Was macht die SPÖ jetzt? Die SPÖ macht ein „Job-2000-Modell“, das parteipolitisch eingefärbt ist und womit man nur den Vorwahlkampf benützt, um auf Wahlstimmenfang zu gehen. Wir Liberale geben dieser Offensive unsere Zustimmung, aber wir sind auch nach wie vor daran interessiert, diese Problematik längerfristig auch in der Griff zu bekommen, und zwar genau mit unseren Anträgen. Und wenn der Herr Landesrat Ressel jetzt meint, daß diese 200 Millionen nur auf Grund von Umschichtungen möglich sind, dann kommen mir da Bedenken, weil ich davon ausgehe, daß diese Mittel, wenn sie umgeschichtet werden, auf Kosten von anderen Projekten zur Verfügung gestellt werden. Und dann möchte ich nur an den Ausschuß vorige Woche erinnern, wo es darum gegangen ist, 30 Millionen für eine Studie zur Verfügung zu stellen und wo es dann geheißen hat – ich glaube, die Frau Kollegin Reinprecht hat das dann gesagt –, wir haben nicht das Geld, wir müßten umschichten. Da sind 30 oder 40 Millionen, und wenn jetzt 200 Millionen auf der Tagesordnung stehen, dann frage ich mich, von woher kommt dieses Geld und wie soll dieses Geld umgeschichtet werden. Deshalb werden wir später dann diesen Entschließungsantrag einbringen, der darauf abzielt, wohlgeordnet auch Jugendbeschäftigungsoffensive, aber wenn man sie nicht parteipolitisch machen will, dann soll man sie zumindest sachlich machen und sich vorher überlegen, wo das Geld herkommen soll. Also das heißt, wir möchten diese Mittel nicht auf Kosten von anderen Projekten, und zwar genau von Frauenprojekten zur Verfügung haben, weil wir glauben, daß dadurch – und da denke ich an das Gründerinnenzentrum, wo hier die Mittel ganz massiv gekürzt worden sind und das in Zukunft auch noch sein wird. Ich werde mich dann nicht mehr zu Wort melden, ich werde nur den Antrag vorlesen. Aber ich habe das jetzt gemacht, also das heißt, wir möchten die Mittel haben, aber allerdings nicht auf Kosten von anderen Projekten. Ich werde beim Tagesordnungspunkt 47 diesen Antrag kurz einbringen. Danke! (Beifall beim LIF. – 19.53 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Hochegger. Er hat das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (19.53 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren!

In aller Kürze zum Thema „Beschäftigung und Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung“, wie es vom Herrn Gennaro und von der sozialdemokratischen Fraktion ja angezogen wurde. Von meiner Seite dazu, vielleicht fürs erste, da bin ich ein unermüdlicher Verfechter des Optimismus in unserem Lande, daß wir, wenn wir die Beschäftigungslage in unserem Lande hernehmen, daß wir hier eine sehr positive Entwicklung dank einer effizienten zukunftsorientierten Wirtschaft haben und wahrscheinlich auch einer guten Wirtschaftspolitik, daß insgesamt wir vom Jahre 1995 bis 1998 die Beschäftigungslage von 417.000 auf 425.000 steigern konnten. Das sind plus 8000 Beschäftigte in unserem Land. Und das dem gegenüberzustellen ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit von plus 300. Das heißt, auf der Beschäftigungsseite haben wir ein Plus von 8000 zu verzeichnen und auf der gemeldeten – (Abg. Gennaro: „Trotzdem steigt die Arbeitslosigkeit!“) Und trotzdem steigt die Arbeitslosigkeit, aber in Relation absolut plus 300. Beschäftigung ist Beschäftigung, und wir predigen ja auch die Flexibilität. Und sehr viele, Herr Kollege Porta, die wollen ja die Teilzeitbeschäftigung (Abg. Porta: „Nicht alle!“), nicht alle, aber sehr viele wollen es doch. Wie gesagt, von der Arbeitsmarkseite her haben wir nicht nur Anlaß zu jammern, sondern es geht mir darum, den Steiermarkerfolg, der österreichweit doch ein gewisses Aufsehen erregt hat, auch hier im Hause zur Kenntnis zu nehmen. Und das ist ein Verdienst der steirischen Wirtschaft einerseits, und damit meine ich immer beide Teile, die Unternehmensleitung und die Mitarbeiterschaft, und auf der anderen Seite sicher auch die Wirtschaftspolitik des Landes. Und zur Beschäftigung noch von meiner Seite: Der Kollege Schreiner hat es heute schon angeführt. Davon bin ich fest überzeugt. Es sind viele Probleme wirtschaftspolitischer Natur zu lösen, die wir von hier aus sicher nicht in den Griff bekommen. Der erste Punkt, das ist die Eigenkapitalausstattung in den Unternehmungen, läßt mit Sicherheit in Österreich zu wünschen übrig. Das darf ich schon hier so vertreten – Punkt eins.

Punkt zwei: Wir reden sehr viel davon, aber wir sind hier noch keinen Millimeter in Österreich leider weitergekommen, und es geht darum, daß wir den Faktor „Arbeit“ derzeit überbelastet haben. Und wenn wir hier nicht irgendwann einmal einen ersten Schritt der Entlastung schaffen, dann wird der Rationalisierungsdruck genau auf den Produktions- oder Dienstleistungsfaktor, den wir gerne vermehrt in der Wirtschaft hätten, das größte Problem auch in Zukunft darstellen. Wir müssen hier den Faktor „Arbeit“ entlasten, und ich denke, es gibt nicht allzuviel Sinn, die gesamte Familienförderung, wie wichtig sie auch ist, auf die Beschäftigung, auf den Arbeitsplatz aufzuhängen. Oder auch die gesamte Finanzierung unserer Gemeinden zum überwiegenden Teil auf den Faktor „Arbeit“ draufzuhängen. Mit Sorge verfolgt die Wirtschaft die Diskussion auch auf Bundesebene um die Anlageverfahren. Das sind ganz einfache Dinge, denen man offen und ehrlich ins Auge schauen muß und die man als Realist ganz einfach sehen muß. Die Steiermarkdaten habe ich erwähnt und jetzt noch von meiner

Seite zum Entschließungsantrag, den der Herr Kollege Kurt Gennaro zur Wirtschaftsförderung eingebracht hat. Ich bin davon überzeugt, daß all das, was hier die Sozialdemokratie fordert, abgesehen von den unappetitlichen Sidesteps in den Medien zur Wirtschaftsförderung, daß all jene Dinge mit den derzeitigen Richtlinien – (Abg. Vollmann: „Hat dir nicht geschmeckt!“) Die sind unsympathisch, unsachlich und nicht besonders geschickt. So Dinge wie „Rote Schelte für Gießkannenprinzip“ von Herrn Hofrat Flecker, die sind für mich nicht sehr sympathisch oder sehr appetitlich oder von Herrn Prof. Schachner „Die Primitivförderung“ und dergleichen mehr. Wie gesagt, das sind sicherlich nicht ganz sympathische Dinge. (Abg. Gennaro: „Ist ja ein Gießkannenprinzip!“) Jetzt, Kurtl, paß auf. Du sitzt selber mit mir im Wirtschaftsförderungsbeirat des Landes. (Abg. Gennaro: „Deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet!“) Und wenn wir die Richtlinie für die steirische Wirtschaftsförderung, die bestehende, hernehmen, bin ich davon überzeugt, wenn wir sachlich vorgehen, und das tun wir dort, daß wir all das, was die Sozialdemokratie oder was Kurt Gennaro mit dem Entschließungsantrag fordert, derzeit in den Richtlinien und auch im Gesetz schon finden. Das heißt, es ist überflüssig. Und darüber hinaus, lieber Kurt, hat auch auf Antrag des Landesrates Herbert Paiarl der Wirtschaftsförderungsbeirat in der letzten Sitzung einstimmig beschlossen, oder wir haben das festgehalten, freiwillig eine Evaluierung unserer Aktivitäten vorzunehmen. Und es ist das vehemente ernsthafte Bemühen des Landesrates, hier sich selbst permanent zu hinterfragen und sich nicht selbst hier besser darzustellen als man eigentlich ist. Aus diesem Grunde meine ich, lieber Kurt, daß eure Presseattacken entbehrlich sind genau so wie dieser Entschließungsantrag und möchte noch einmal mit Stolz auf die positive Beschäftigungslage in der Steiermark hinweisen. Wir haben nämlich eine Rekordbeschäftigung, wie immer das sein mag, Herr Kollege Porta, mit Teilzeitbeschäftigung und dergleichen mehr. Und ich gebe dir, lieber Kurt Gennaro, recht bei der Arbeitslosigkeit. Und hier sollten wir gemeinsam auf Bundesebene unsere Freunde und Genossen dazu bewegen, daß sie aus ihrer Bunkerstellung herauskommen und bei der Entlastung der Arbeit einerseits, und andererseits aber auch im Berufsausbildungsbereich, was die Kollegin Keshmiri oder das Liberale Forum hier eingebracht hat, damit hier Bewegung hineinkommt. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 20.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Er hat das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (20.01 Uhr): Habe ich das Wort? Falls ich das Wort haben sollte, spreche ich. Herr Präsident, habe ich das Wort? (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Darf ich die Damen und Herren ersuchen, den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ing. Schreiner zu lauschen. Er hat das Wort!“)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In aller Kürze zu dem Antrag, zu den vier Punkten, die eigentlich fünf Punkte sein müßten: Punkt eins: Das geförderte Unternehmen muß nachweislich für

die Aus- und Weiterbildung, insbesondere Lehrausbildung, seiner ArbeitnehmerInnen und DienstnehmerInnen sorgen.

Herr Landesrat, ich glaube, das hat nichts mit Kommunismus zu tun. Ein weitsichtiger Unternehmer wird sicher sehr viel geistiges Eigentum und materielle Mittel in die Weiterbildung und in die Ausbildung seiner Mitarbeiter investieren, weil das ist sein Kapital. Man kann diesen Punkt eins unterstützen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Bravo!“)

Zum Punkt zwei: Das geförderte Unternehmen hat eine wirtschaftsbezogene Forschung und Entwicklung zu betreiben. Das ist natürlich auch ein Punkt, der von der Seite der Wirtschaft vernünftig und richtig zu unterstützen ist.

Zu Punkt eins und zwei möchte ich vielleicht zusammenfassend noch etwas sagen: So richtig diese Punkte auch sind, nur werden wir ein Problem haben, und zwar, wie wird der Unternehmer das nachweisen können. Wie werden die Spielregeln sein, diesen versuchten Nachweis dann auch kontrollieren zu können. Wie wird man die Spielregeln vertraglich gestalten können. Das wird schon eine schwere Hausaufgabe werden. Die Punkte eins und zwei sind durchaus in Ordnung.

Punkt drei: Im Zuge der Förderung hat das Unternehmen zusätzliche ArbeitnehmerInnen beziehungsweise DienstnehmerInnen zu beschäftigen. Das ist schon sehr problematisch. Ich glaube, wenn wir erreichen könnten, daß wir im Zuge der Vergabe von Förderungsmitteln ein Halten von Mitarbeitern erreichen könnten, dann hätten wir schon sehr viel gewonnen. Es gibt ein sehr gutes Beispiel, wie schwierig das in Wirklichkeit ist, und zwar war das im Zuge der Eingliederung der neuen deutschen Bundesländer in die Bundesrepublik Deutschland. Da haben österreichische Betriebe, nicht nur bundesdeutsche Betriebe, andere Betriebe im Osten gekauft und haben teilweise eine Arbeitsplatzgarantie abgegeben. Das war dann fast in jedem Fall für den kaufenden Betrieb der Untergang. Ich glaube, wir sollten diesen Punkt sehr überdenken, denn so und in dieser Form können wir diesem Punkt nicht zustimmen, das ist zu schwierig und geht so nicht.

Punkt vier: Die Gründung oder Erweiterung von Betrieben in Regionen mit relativ hoher Arbeitslosigkeit. Das ist ein frommer Wunsch. Wir sollten versuchen, Machbares zu erreichen. Ein Unternehmer wird sich dort positionieren, wo ihm die Ressourcen passen und wo ihm die Infrastruktur paßt, aber nicht dort, wo wir im Land eine hohe Arbeitslosigkeit haben.

Der Nachsatz wäre eigentlich der Punkt fünf, und zwar steht da: Die Förderungsbedingungen sind im Förderungsvertrag ebenso zu verankern, daß ein ausdrückliches Rückförderungsrecht der Landesregierung bei Nichterfüllung besteht. Wenn wir diesen Punkt wirklich aufnehmen würden, dann schrecken wir jeden Investor ab. (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Das gibt es tatsächlich. Das tun wir!“) Aber in einer Art der Formulierung (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Nein, das ist in den Förderverträgen drinnen. Entschuldigung, denn ich will jetzt nicht stören, aber das weiß der Kollege Gennaro bestens, weil er beschließt das permanent einstimmig mit. Die Förderverträge, die die Wirtschaftsförderungsgesellschaft macht mit den

Unternehmungen, beinhalten im jeden Fall Rückforderungsverpflichtungen und -bedingungen. Das hat es immer gegeben und ist nicht meine Erfindung!" – Abg. Vollmann: „Herr Landesrat, du kannst dich zu Wort melden, denn dann hören wir das auch!" – Abg. Dr. Flecker zu Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du redest eh am Schluß auch!" – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Okay!" Es ist dieser Punkt sicher so auszuformulieren, daß das Unternehmen auch damit leben kann. Es wäre in der strikten Auslegung dieses Punktes aus meinem Erinnerungsvermögen die Förderung von Blumau nicht möglich gewesen, weil die Banken in dem Fall – im Fall Blumau – einer weiteren Kreditgewährung nur zustimmt haben, wenn das Land wirklich Eigenkapital beziehungsweise wirklich Kredite gewährt, ohne einer harten Einschränkung – das muß man auch berücksichtigen. Wenn man diese Punkte sieht, und bei der Abstimmung werden wir noch etwas sagen dazu, dann sieht man schon, wie problematisch diese Thematik „Förderung" in Wirklichkeit ist. Man sieht auch, wie problematisch es ist, Betriebe nach Österreich und in die Steiermark zu bekommen. Wir sehen hier auch etwas, und zwar wie richtig unsere freiheitliche Wirtschaftspolitik war, indem wir gesagt haben, keine Förderungen, sondern vernünftige Rahmenbedingungen. Und diese Politik ist noch immer gefragt. Jetzt wird Ihre Politik und Ihre Darstellung mit Ihrem Antrag schon hinterfragt. Man sieht auch noch etwas: Es war sehr problematisch, wie sich die österreichische Regierung anlässlich des EU-Beitrittes dargestellt hat. Wir sind ein wohlhabendes Land mit Strukturschwächen – das war in etwa die Darstellung, das heißt hohe Nettozahlungen und damit auch – und das war der Tenor in den Werbeveranstaltungen – hohe Förderungsmittel für die sogenannten Problembereiche. Diese Geschichte fällt uns jetzt auf den Kopf. Wir können nicht auf der einen Seite einen potentiellen Investor mit harten Rahmenbedingungen das Land verleiten, sondern wir müssen dafür sorgen und müssen froh sein, daß Unternehmungen in das Land kommen. Nochmals und wie heute schon einmal erwähnt: Unser Augenmerk, das Augenmerk der Politik muß auf vernünftige Rahmenbedingungen gerichtet sein, und nicht auf Förderungen, die in jedem Fall immer wieder problematisch sind und die von anderen Gebieten, von anderen Regionen auch immer wieder überboten werden. Auf Grund dieser Darstellung ersuchen wir um getrennte Abstimmung dieses Antrages, der Punkte eins bis vier, und dieses Schlußsatzes, der unserer Meinung nach die Ziffer fünf bekommen müßte. (Beifall bei der FPÖ: – 20.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (20.09 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Gast oder sehr geehrte zwei Gäste, die noch da sind!

Es liegt ein Entschließungsantrag von der SPÖ zur Wirtschaftsförderungspraxis vor, und bei diesem Antrag teile ich die Meinung vom Herrn Hohegger. Es ist eigentlich inhaltlich nichts Neues, sondern wärmt das noch einmal auf, was in den vorhandenen

Wirtschaftsförderungsleitlinien schon drinnensteht – schlimmer noch, es fehlen zwei Aspekte, die mir besonders wichtig wären. Es fehlt einerseits ein spezielles Förderungsangebot für Betriebe, die Frauen und Mädchen bevorzugt anstellen. Sie wissen, daß es in diesem Landtag nicht möglich war, ein Vergabegesetz mehrheitsfähig zu machen, wo Betriebe mit Beschaffungsangeboten bedacht werden, die auf Frauen- und Mädchenbeschäftigung Rücksicht nehmen. Ein zweiter Aspekt: Was ich sehr irritierend finde, ist, daß in dem SPÖ-Entschließungsantrag drinnensteht, „anderen Kriterien als die vier angeführten kann keine hohe Punktebewertung zugeordnet werden", also weder ein frauenpolitischer Arbeits- und Wirtschaftszugang ist da beinhaltet, noch gar ein ökologischer. Und das ist der Grund, weshalb wir diesem SPÖ-Entschließungsantrag nicht zustimmen werden, weil wir erstens einmal möchten, daß es eine Evaluierung der laufenden Wirtschaftsförderung gibt, was ja in Ansätzen im Wirtschaftsförderungsbericht passiert, den wir heute auf unseren Tischen gehabt haben, und zweitens, daß man eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderungsleitlinien im zuständigen Gremium, nämlich im Wirtschaftsförderungsbeirat, diskutiert und dann auch entsprechend politisch mehrheitsfähig macht. Aus diesen beiden Gründen, erstens Ausklammerung von Frauenbeschäftigung, Ausklammerung von ökologischen Aspekten, zweitens inhaltlich nichts Neues, werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Ein paar Worte noch zu dieser Jugendbeschäftigungsdebatte, die vorher Margit Keshmiri angefangen hat und auf die dann gleich repliziert wurde. Es schaut so aus, daß die Steiermark eine Vielzahl an Jugendbeschäftigungs- und Lehrlingsprogrammen ins Leben gerufen hat, die immer parteipolitisch eingefärbt sind, schwarz oder rot eingefärbt sind, die in der Regierung mehrfach blockiert werden mit entsprechender Frustration für die betroffenen Leute draußen, die Interesse an diesen Programmen haben. Diese Programme sind so gestaltet, daß man keine Rücksicht auf die Ausbildungs- und Berufsrealität von Mädchen nimmt. Mädchen werden nach wie vor leider Gottes motiviert, in traditionelle Berufe zu gehen, wo sie sehr, sehr wenig Chancen haben: Bei der Erstellung all dieser schwarz und rot eingefärbten Programme plus den entsprechenden Inseratenkampagnen ihrer beiden Parteien schaut es immer so aus, daß Jugendliche und Lehrlinge nie in die inhaltliche Gestaltung einbezogen wären. Und dadurch, daß man diese Programme komplett vorbei an Jugendlichen geplant hat, Jugendlichen da das Recht auf Teilnahme und auf Partizipation verwehrt hat, haben wir eine Vielzahl an völlig unkoordinierten parteipolitisch eingefärbten und nicht mehr nachvollziehbaren Beschäftigungsinitiativen, die zwar immer am Montag nach der Regierungssitzung, Herr Landesrat Paierl, Ihnen beziehungsweise der Landesrätin Rieder und dem Landesrat Ressel mehr oder weniger wohlwollende Berichterstattung bringen, aber die jugendpolitisch, beschäftigungspolitisch und mädchenpolitisch eigentlich ein Nullsummenspiel sind. Aus dem Grund – wie gesagt – noch einmal die Aufforderung, die wir heute als Antrag in der Früh eingebracht haben, die Jugendbeschäftigungsprogramme, wie auch immer sie heißen mögen, zu akkordieren, in einem gemeinsamen steirischen Programm zusammenzufassen, entsprechend finanziell

auszustatten und zweitens da sicherzustellen, daß Jugendliche in die inhaltliche Gestaltung und in die methodische Gestaltung dieser Programme voll eingebunden werden. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 20.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (20.14 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Vielleicht in aller Kürze: Es gilt sicher ein Grundsatz, der uns wirklich alle verbindet, daß man primär Betriebe fördert, die arbeitsplatzerhaltende und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen setzen. Ich glaube, da sind wir uns einig, da gibt es überhaupt nichts hinzuzufügen. In concreto, nämlich bei der KNP Leykam war es wohl so, daß eine abschließende Förderungsvereinbarung nicht beschlossen wurde. Ich höre alle guten Vorsätze, alle guten Wünsche und viele Anregungen und Zusätze zum Thema der Arbeitsplatzförderung und denke mir dabei, daß wichtigste dafür ist, daß man wirtschaftliche Maßnahmen trifft. Daß man diese beim Namen konkret nennt und sie dann auch umsetzt. Das, was die Betriebe heute wirklich brauchen, das sind nicht jetzt gerade die Förderungen dort und für den Lehrplatz das und für den Lehrling und dort ein bißchen und da ein bißchen, ich sage dazu ganz einfach weststeirisch, das ist „Häferl flicken“, weil das ist nicht viel. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist ja bitte auch eure Theorie: „Geben, vergeben.“ Das sage ich in Überzeugung! Was die Menschen draußen brauchen, ist, was können wir bei den Energiekosten ändern, was können wir bei den Telekommunikationskosten ändern? Sind wir dort uns einig, daß wir nicht immer aufdoppeln und verlangen, daß das so teuer wird?

Nächste Sache: Was tragen wir bei in den einzelnen Organisationen Arbeitgeber-, Arbeitnehmerorganisationen, daß die Flexibilität am Arbeitsmarkt steigt? Und dann frage ich auch wirklich, was wird getan, wenn man Arbeitskräfte braucht, diese nicht findet und dann so prohibitive Maßnahmen trifft (Abg. Gennaro: „Ausbilden!“), Gesetze erläßt, die eine Ausländerbeschäftigung eigentlich unmöglich machen. Und wir sehen dann in der Steiermark, wie sie in Wien das Kontingent nie erschöpfen, aber in der Steiermark ist es schon lange erschöpft und immer erschöpft. Ich sage, der Faktor Arbeit ist überbelastet, sagt auch mein Kollege Hohegger. Absolut hat er recht, nur bitte noch konkreter, die Abgabenbelastung, sagt ein Mann aus Ihren Reihen, dessen Anhänger ich nie war und heute nicht bin, der Herr Androsch: „Die Abgabenbelastung ist zu hoch in Österreich, 44 Prozent beziehungsweise mit über 30 Prozent eine viel zu hohe Sozialquote“. Ist nicht von mir, aber er hat recht in dieser Sache. Ich bekenne mich dazu. Und dann kommt noch etwas bei all der Sozialdemokratie, die so hochgelobt wird, den wirklich Bedürftigen, den wirklich armen Teufeln kannst du mit nichts helfen. Da gibt es nichts, sonst gibt es so viele Institutionen. Ich würde sagen, schaffen wir einiges an diesen Institutionen ab. Ich nenne den Wirtschaftsförderungsbeirat, wenn du willst, viel flotter, weil er Kompetenz hat, dafür der

Wirtschaftslandesrat und diese ganzen Beiräte dort wie da, sind nach meinem Dafürhalten eher behindernd als fördernd. Und in diesem Sinne, glaube ich, wäre den Betrieben am meisten gedient.

Und ein letztes Wort noch dazu, das wirklich in aller Offenheit. Würde man jedenfalls immer ganz genau von den Betrieben abverlangen auch in der Vergangenheit, sie kriegen nur dann Förderung, wenn ... na, da würde das Land beziehungsweise der Bund viele Milliarden zurückbekommen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.18 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (20.18 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich verstehe eigentlich nicht ganz, wieso Sie sich nicht auf das einlassen, was wir als Land tatsächlich tun können, und solche Maßnahmen hat der Kollege Gennaro vorgeschlagen. Und, Herr Kollege Hohegger, dem ich wirklich und ernsthaft zubillige, in einer fairen Sozialpartnerschaft eine Politik zu betreiben, die dem gegenseitigen Einverständnis dient, Sie müßten wissen, wie weit Ihre Politik schon ist, wenn Sie sich des Beifalls der Frau Zitz freuen dürfen. Wenn nämlich hier jemand herkommt und dann sagt, sie lehnt diesen Entschließungsantrag, weil auf Frauenförderungsprogramme nicht bezug genommen wird – (Abg. Mag. Zitz: „Das ist der Neid!“) bitte, melden Sie sich ein zweites Mal, Sie reden soviel, da wird es auf das auch nicht mehr darauf ankommen –, wenn jemand sagt, sie kann nicht zustimmen, weil kein Frauenförderungsprogramm erwähnt ist und wir schreiben ausdrücklich, daß im Zuge der Förderung das Unternehmen zusätzliche Arbeit- und Dienstnehmerinnen zu beschäftigen hat, findet sie das zu wenig deutlich ausgedrückt, dann ist das ein Armutszeugnis, dann ist das Populismus den Neinsagens. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, Frau Kollegin Zitz, Ihre Art der Politik bleibt Ihnen überlassen. Sie ist schon längst dort weg, wo sie mit uns auch nur in irgendeinem Sinne vereinbar ist. (Abg. Mag. Zitz: „Gott sei Dank!“) Ich würde mir wünschen, Sie würden die Qualität eines Herrn Van der Bellen auch hier in der Steiermark personell aufbringen können.

Herr Kollege Hohegger, ich sage Ihnen eines, ich bin jederzeit einer, der sich mit Ihnen freut, wenn Sie Jubelmeldungen geben. Aber solange es in der Steiermark so ist, daß wir die zweithöchsten Arbeitslosenraten Österreichs haben, werden wir Sozialdemokraten mit Ihnen nie in Zufriedenheit einstimmen können, weil das ist unsere ureigenste Aufgabe. Arbeitslosigkeit ist die Geißel und nicht die Frage zusätzlicher Unternehmerrgewinne oder einer Produktivitätserhöhung. (Beifall bei der SPÖ.)

Dort unterscheiden sich unsere Geister. Die Arbeitslosigkeit ist die Geißel, die zu bekämpfen ist und nicht irgendwelche nicht meßbare Aufschwünge, die sich nicht in der Senkung der Arbeitslosenrate niederschlagen. Und darum ist es notwendig, strukturelle Maßnahmen zu treffen, Gegen Mitnahmeeffekte.

Bitte, Herr Kollege! (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Ich hätte nur die Bitte an Sie, daß Sie auch dazusagen, warum die Arbeitslosigkeit steigt. Weil das Arbeitskräftepotential steigt, da bin ich bei Ihnen, aber dann nicht, wenn Sie die Zunahme der Beschäftigung nicht erwähnen!“) Herr Kollege Hohegger, Sie wissen ganz genau, daß die absoluten Ziffern in der Relation zu den Arbeitslosenraten kein vergleichbarer Wert sind. Denn die Arbeitslosenraten haben einen österreichischen Schnitt, haben einen Wert je Bundesland, und nur so kann ich vergleichen und nur so kann ich die Rangordnung des Bundeslandes Steiermark feststellen. Entschuldigung, ich habe ein kleines Zeitproblem, aber nochmals (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Herr Hofrat Dr. Flecker, die Arbeitslosigkeit ist auch in meinem Sinne viel zu hoch!“): Da treffen wir uns. Ich sage eben, mit allem Beschönigendem, das Sie immer wieder bringen und aus der Cluster- und Eventpartie kommt, werden wir uns nie einverstanden erklären können, solange wir mit dieser Arbeitslosenrate konfrontiert sind. Ich bitte dann auch uns zuzugestehen, daß wir uns Gedanken über Förderungsrichtlinien machen. Wenn Sie glauben, sagen zu können, das, was wir hier wollen, sei schon längst Realität, dann ist das erstens zu bezweifeln und stimmt nicht, und zweitens, dann stimmen Sie mit uns in den Tenor ein, denn wir brauchen strukturelle Maßnahmen, die sich orientieren, ob der Betrieb ausbildet, die sich orientieren, ob der Betrieb technologisch etwas bringt, die sich danach orientieren, ob Beschäftigung geschaffen wird, und die sich vor allem, Herr Kollege, daran orientieren, ob wir einfach ein Förderungsinstrumentarium haben, daß der Marktentwicklung ohnehin entsprechend mitläuft oder ob wir gegenläufig versuchen, regionalpolitisch zu wirken und Betriebe und Investitionen dorthin zu bekommen, wo eben höhere Arbeitslosenraten sind. Neben Ihnen sitzt der Kollege Tasch, und wir haben allzusehr das Leid mit unseren Nachteilen, weil wir haben die höchste Arbeitslosenrate in der Steiermark. Ich gebe aber schon zu, daß es nicht leicht ist, jetzt nach Liezen irgend etwas zu bekommen. Aber ich muß als Kriterium einen besonderen Anreiz finden, und das gehört verstärkt. Lassen Sie mich noch zur Rückforderung etwas sagen: Ich weiß schon, daß wir es in den Verträgen haben. Unsere Aufforderung dient einer etwas strikteren Handhabung, denken wir an Philips. Ich denke bei uns im Bezirk, Kurtl, an die Firma Palfinger in Weng, die, sobald der Förderungsvertrag abgelaufen ist, abtschupiert ist, denn wir haben rechtlich keine Möglichkeit mehr gehabt. Vielleicht finden wir Wege über eine längerfristige Bankgarantie, um hier die Bedingungen der Beschäftigungszusage auch zu realisieren beziehungsweise auch wieder Förderungsgelder zurückzubekommen. Lassen Sie mich zum Schluß zwei Sachen sagen: Ich will das Thema „Job 2000“ nicht länger strapazieren, glaube aber, Sie sollten sich einfach damit abfinden, daß das unsere Idee war. Sie sollten sich auch damit abfinden, daß das eine gute Idee ist, und Sie sollten sich mit uns treffen in dieser Frage. Daß wir dieses Programm, das wir uns ausgedacht haben, durchaus in unserem gemeinsamen Sinn, nicht durch Herrn Landesrat Paierl vollziehen lassen, das sollte Sie nicht unbedingt stören. Wir haben uns durchgesetzt. Freuen wir uns darüber, daß wir gemeinsam hier ein Programm laufen haben. Der Vaterschaftsstreit ist auch

klar. Setzen wir uns jetzt alle drauf, daß wir hier etwas weiterbringen. (Beifall bei der SPÖ.)

Kollege Purr, ich sage Ihnen eines zum Abschluß: Wer immer wieder nur darauf pocht, wie hoch irgendwer belastet ist, und wer immer nur darauf pocht, wie notwendig eine erhöhte Flexibilität wäre, und, und, und, du siehst das von einer anderen Seite. Du siehst das rein von der Unternehmerschaft. Lieber Freund, es ist halt so, daß wir Sozialdemokraten oder ein Großteil von uns Sozialdemokraten das halt mehr aus der Sicht der Arbeitnehmerschaft sehen. Diese Pole werden wir finden müssen. Nur zu sagen, die Wirtschaft funktioniert nur auf Grund der freien Marktwirtschaft und der Tüchtigkeit der Unternehmer, ist der größte Irrtum, den wir begehen können. (Beifall bei der SPÖ.) Die Wirtschaft und die Probleme der Menschen in diesem Lande funktionieren nur, wenn wir eine interventionistische gescheite Politik machen, die den Arbeitnehmern dient und die auch die Wirtschaft entsprechend leben läßt. (Abg. Purr: „Das haben wir gemacht!“) Du kannst dich dann noch einmal melden. (Abg. Purr: „Im Ziel sind wir uns einig, den Weg geht ihr den falschen!“) Dann hast du mich nicht verstanden. Eines verstehe ich nicht, abschließend, du sagst, wir sind uns einig. Ich frage mich, wenn du sagst, wir sind uns einig, warum stimmt ihr dann nicht zu. (Abg. Purr: „Der Weg ist der falsche!“) Das ist doch ein Beharrungsvermögen, das für mich nicht erklärbar ist. Im Ziel sind wir sicher unterschiedlich, weil wir als Ziel die Menschen haben, die in Arbeit kommen sollen, und zwar zu menschenwürdigen Umständen, und weil unser Ziel nicht (Abg. Purr: „Das Ziel ist das gleiche!“), lasse mich jetzt einmal ausreden, das ist, daß die Arbeit ein Rückzugsgefecht am Markt liefert, wo die Arbeitnehmer immer mehr der marktmäßigen Erpressung und der Lobby der Unternehmungen ausgeliefert sind. Hier bedarf es der Einsicht und der Zusammenarbeit. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.29 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl hat um das Schlußwort gebeten. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (20.29 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie immer, ideologische Brunnfschreie bringen sicher keinen einzigen Arbeitsplatz – das wissen wir.

Bleiben wir in der Praxis. Ich stelle in diesen knapp drei Jahren fest, in denen ich dieses Ressort führe, und vorher habe ich die steirische Wirtschaftsförderung doch aus einer ziemlichen Nähe auch betrachten können, daß, und Kollege Gennaro sollte jetzt besonders gut zuhören, weil er ist Fraktionsführer im Wirtschaftsförderungsbeirat, bisher sämtliche Beschlüsse, sämtliche Erörterungen, einhellig und einstimmig erfolgt sind, und ich auch erleben mußte, daß wir eigentlich nach einem kleinen parteipolitischen Interventionismus nur teurer ausgestiegen sind – ich warne davor. Ich glaube, daß wir uns alle da besinnen sollten, daß Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderungspolitik im Lande sich sehr schlecht für Wahlkampfgeplänkel eignen. Ich habe das vor nicht allzu langer Zeit miterlebt, als meine Wirtschaftsförderung, ohne politischen Interventionen, versucht haben in den Verhand-

lungen, mit einem Investor es einfach mit der Hälfte zu machen, das heißt, die Bemessungsgrundlage nur zu 50 Prozent heranzuziehen. Es ist dann passiert, daß auf Grund öffentlicher Auseinandersetzungen und sozusagen Kraftmeiereien es doppelt so teuer geworden ist. Ich sage das nur sehr allgemein, weil ich hier keine Namen nennen möchte, und bitte Sie, darüber nachzudenken, ob das nicht auch für das Anliegen, das Sie heute hier vorgetragen haben, eine entsprechende Grundlage wäre. Es stimmt schon, die Instrumente der Wirtschaftsförderungspolitik sind tatsächlich verändert worden, lieber Kurt Flecker. Die Infrastruktur, und wir bemühen uns täglich, gemeinsam auch mit den Gemeinden, der Bund läßt uns im Moment bei einer Verkehrsinfrastruktur sträflich im Stich, des Standortes Steiermark und der einzelnen Regionen sollte verbessert werden. Die Bildung ist ein weiteres Thema. Dann gibt es noch unter ferner liefen, und das sage ich ganz bewußt, das Verwaltungsservice: schnellere Verfahren, schnellere Genehmigungen, und dann kommen erst ganz hinten nach die Förderungen.

Und bitte auch da ein Bekenntnis, das ich schon x-mal abgelegt habe. Mir kommt es auf die Förderung nicht darauf an, und die Förderung ist auch nicht ein Thema der steirischen Wirtschaftspolitik primär. Nur wenn Sie die Kulisse anschauen, und da sage ich noch einmal vor allem in Richtung der Regionalabgeordneten, sagen Sie mir, ob in Liezen, in Fürstenfeld, in Radkersburg, in Deutschlandsberg – und ich habe hier die Liste der im Moment gerade in der Pipeline sich befindlichen sieben Großprojekte, drei in der Obersteiermark, die wir vor kurzem noch von hier aus zu Tode geredet haben und gesagt haben, die rinnt aus, die stirbt, jetzt haben wir drei Großprojekte, die Weststeiermark zwei Großprojekte. Heute war der Spatenstich, wo ich immer wieder selbst auch warnend realistisch den Finger hebe und sage, bitte nicht die Euphorie ausbrechen lassen, aber bitte sagen Sie mir, welche dieser Investitionen, auch die zwei oststeirischen, wir missen wollen, vor allem die Abgeordneten. Ich höre immer wiederum nur in der Vergangenheit und weiß es jetzt seit drei Jahren in meinen eigenen Akten, welche Interventionen es anlandet, und zwar aus allen Gegenden, aus allen Fraktionen. Wenn es uns gelingt, insgesamt, gesamteuropäisch, jetzt denke ich gar nicht an den burgenländischen Nachbarn oder an jene, die nicht in der EU sind und natürlich mit allen möglichen Mitteln der Standortkonkurrenz diese Investoren zu sich ziehen in Europa. Jetzt frage ich mich, sind wir in der Lage dazu, ich lade Sie ein, beantworten Sie mir das. Sind wir in der Lage zu sagen, bei uns gibt es gar nichts? Ich bin der erste, der Ihnen dabei folgt. Und jetzt kommen wir zu dem Anlaßfall. (Abg. Dr. Flecker: „Kriterien!“) Die Kriterien gibt es doch. Ich meine, bitte, das kann doch wirklich nur jemand behaupten, der noch nie in die Wirtschaftsförderungsrichtlinien hineingeschaut hat. Der Gennaro weiß es ja als Mitglied dieses Beirates, wo die Kriterien beschlossen wurden und permanent hinterfragt werden. Manchmal habe ich wirklich das Problem in dem Hause, wo wir monatlich daneben sitzen im Rittersaal oder hier im Vorraum und uns zu den Wirtschaftsförderungsfällen und den Richtlinien uns vortragen lassen, du kennst das selbst, Kurtl, als Beamter damals noch, da geht nichts daneben, außer es wird politisch

interveniert. Das ist doch die Wahrheit. Und bei mir ist das mit einem Scheunentor offen eine Frage, die – und es ist schon gesagt worden vom Freund Hochegger – wir evaluieren, wir kontrollieren, wir machen Studien auch über den Glascluster, der jetzt als nächster Tagesordnungspunkt kommt, selbstverständlich. Jeder Schilling, der in die Struktur investiert wird, wird hinterfragt und kann natürlich hier im Hohen Haus entsprechend diskutiert werden. Und weil du fragst, Liezen, was sollen wir denn machen, wir fördern dort mit der Gemeinde zusammen, Gott sei Dank mit der Stadtgemeinde Liezen und mit einigen Umlandaktivitäten, ein Impulszentrum. Gott sei Dank, es wird weitergefördert. Das sind die einzigen Möglichkeiten, und hoffen, daß nicht populistische Momente in der Umgebung dazu führen, daß einzelne Betriebe absiedeln müssen, weil eines bitte möchte ich – da unterscheiden wir uns ideologisch, Gott sei Dank – schon hier festhalten, Jobs werden in leistungsorientierten, ertragsorientierten Unternehmungen geschaffen. Und das weiß mittlerweile auch die Bundesregierung. Sie hat diese 100.000 Jobs, die sie nach Brüssel genannt hat, ausschließlich auf das Wachstum in der Wirtschaft abgestimmt. Bitte tun wir da nicht so, als ob diese 100.000 Jobs durch den Staat geschaffen werden konnten, denn das ist bitte eine fiese Tour, herzugehen und zu sagen, die Wirtschaft schafft keine Jobs, weil sie nicht mehr kann, bitte. Dann redet doch mit euren Betriebsräten, der Gennaro ist ein Praktiker, der kennt das. Natürlich wird dort massiv Druck ausgeübt, natürlich wird dort massiv auch rationalisiert und zurückgefahren, leider auch bei den Beschäftigten nicht mit unserer Zustimmung. Wir haben in jedem dieser Verträge eine Beschäftigungsaufgabe drinnen. Nur was machen wir dann, wenn der Betrieb kommt und uns vorlegt, nicht mir, uns vorlegt, Sozialpartner, alle Experten sind drinnen, ich würde einladen auch den Kollegen Schreiner, weil er ein Praktiker ist. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie auch dort hineingehen und sich anschauen, was hier vorgetragen wird. Dort sind wir zu teuer, dort sind wir zu teuer und da sind wir zu teuer. Ich weiß es und bin ganz bei Ihnen und fordere deswegen auch eine Deregulierung und eine Vereinfachung und Vergünstigung auf den Beschäftigtenstandort. (Beifall bei der ÖVP.) Kurt, jetzt höre mir nur einen Moment vernünftig zu. Es geht nicht an, das alles so teuer zu machen, daß sich das dann hier niemand mehr leisten kann. Ich habe vor drei Tagen hier acht Unternehmensvertreter gehabt, die alle keine Großverdiener sind, die mir vorgerechnet haben, was passiert, wenn bestimmte Kosten im Bereich der Energiebeschaffung in Österreich nicht europäisch angepaßt werden. Das sind bitte Österreicher und Steirer, die hier um ihr eigenes Leiberl rennen, die sagen, sie werden es nicht mehr schaffen, den Investitionsstandort und damit die Wertschöpfung und damit natürlich Beschäftigung nicht nur in ihrem Betrieb, denn du mußt dir überlegen, 10 Milliarden Schilling Investition bei diesen sieben Großprojekten bedeuten ja 50.000 Arbeitsplätze in der Zulieferung, da ist der Haarschneider genau so dabei wie der Kfz-Mechaniker. Überlegen wir uns doch ein bißchen auch die Differenz, die Unterschiede in den einzelnen Strukturen. Wenn wir diese exportorientierten für uns Großbetriebe, nach europäischem Maßstab Mittelbetriebe, aus dem Land treiben auf Grund gewisser

Rahmenbedingungen, dann verlieren wir nicht nur für den Bau, sondern auch für den kleinen Gewerbetreibenden die ökonomische, die wirtschaftliche Basis. Ich bitte Sie, doch nicht so plump herzugehen und zu sagen, jetzt gibt es nur was für die Großen. Ich brauche dem Großen keinen einzigen Schilling zu geben, wenn er trotzdem zu uns kommt, nur reden wir dann mit dem Stix. Der Stix sitzt bei uns, das ist der Herr Landeshauptmann vom Burgenland, mit der ganzen Landesregierung und die ist dort auch mit drei Parteien besetzt, die sitzen bei uns an der Grenze und wollen jeden einzelnen Investor, der Franzi Majcen weiß es besonders und der Martin Wabl, in der Oststeiermark über die Grenze ziehen. Und dasselbe gilt für Wien – Niederösterreich, und dasselbe gilt natürlich auch für Kärnten. Wir haben heute beim Spatenstich ein paar Kärntner dabeigehabt, die gesagt haben, jetzt werden wir schauen, daß wir unseren Standort auch entsprechend präsentieren und anbieten für Investitionen. Bitte tun wir nicht so, als ob das eine ideologische Auseinandersetzung sein müßte. In dem Punkt nicht, in dem Punkt ist es purer Pragmatismus, wo es darum geht, ehrlich zu sein und zu sagen, bitte, kommen wir jetzt auf den Fall von Leykam zurück. Ich kann dir aus dem Akt die prominentesten Interventionen vom Herrn Bundeskanzler abwärts bis zu allen Regierungsmitgliedern zeigen, übrigens auch bei Philipps in Lebring, alle haben interveniert und gesagt, bitte investiert, weil ihr bringt Milliarden jährlich an Wertschöpfung, an Arbeit damit in die Region, ins Land. Also nur zur Aufklärung, ich rege mich da nicht auf, ich bin völlig offen, ich bin liberal genug, jeder dieser Tendenzen zu folgen. Nur im Moment die Tendenz, im Lande zu sagen, die Großen dürfen nichts bekommen, weil die Kleinen bekommen es, und der nächste sagt dann, es geschieht nur eine Gießkannenförderung. Ich habe im letzten Wirtschaftsförderungsbeirat gesagt, mit den Händen vor den Augen schon, jetzt müßt ihr euch endlich entscheiden. Weil wir dann ein paar kleine Tourismusförderungen gehabt haben, hat der Gennaro aufgeschrien und gesagt, bitte das muß sich ändern, wir können nicht da ein paar 1000 Schilling für jeden Dreck ausgeben. Im nächsten Moment sind es dann die Großen. Fördern wir gar nichts, in Ordnung. Wenn Sie es aushalten, ich halte es aus. Ich bin erfahren und flexibel genug, daß ich das aushalte, wenn man zum Beispiel, wie es jetzt der Fall ist, im Bezirk Liezen oder in Gußwerk oder sonst wo auf der Pirsch ist oder mit der Angel im trüben Wasser fischt und sagt, vielleicht beißt einer an, ein kleiner. (Abg. Dr. Flecker: „Schau unseren Antrag an!“) Der Antrag ist, wie gesagt, parteipolitisch ein bißchen eingefärbt, aber in der Sache ist er völlig harmlos, weil an sich alles erledigt ist und zum Teil natürlich die Dinge dann nicht so umsetzbar sind, weil auch bei den Rückforderungen – wir haben Rückforderungen schon vorgenommen, wir haben auch den Unternehmungen das als Rute ins Fenster gestellt. Aber reden wir dann weiter, wenn tatsächlich eine Rückforderung dazu führt, da hat Schreiner vollkommen recht, daß der Betrieb dann sagt, so, jetzt bin ich pleite. Kurt Flecker, wenn es möglich gewesen wäre, Palfinger in Weng zu halten mit Förderungsmitteln, bin ich sicher, daß du gekommen wärst und hättest gesagt, bitte, ausschütten. Der hat dort keine Produktionsbasis mehr gehabt, weil er einfach Dinge produziert, die bei uns zu teuer sind.

Lösen wir uns doch von dieser Mär, daß wir mit Wirtschaftsförderungsmitteln Betriebe grundsätzlich anziehen können. Wir haben nur das Problem dieses Nichtabrüstens und wir haben die Förderkulissee. Und jetzt kommt das Schöner: Ich warte jede Stunde auf das Aufschreiben der Obersteirer, weil die EU ab 1999, ab 1. Jänner 1999, die Förderkulisse zwar beibehalten hat – da ist Graz nicht dabei, weil immer gesagt wird, naja, da wird ja alles in Graz gefördert. Es gibt aber in Graz keine Förderung, aber in der Obersteiermark hat sich die Intensität zum Teil reduziert, in der Oststeiermark, wo man eine besondere Konkurrenz zum Burgenland zu 40 Prozent Förderung hat, Gott sei Dank, nicht, denn dort ist es gleichgeblieben. Es ist aber die Differenz noch immer 20 zu 40. Wenn wir über das reden, daß wir die Förderungen völlig streichen, dann sind die regionalen Straßensänger und Abgeordneten die ersten, die das fordern. Abrüsten ja, Evaluierung ja, Controlling ja, aber bitte keine Euphorie in der Frage der Änderung der Förderungsrichtlinien, für die ich sofort zu haben bin, wenn es etwas bringt, wenn es etwas verändert, wenn tatsächlich damit ein weiterer Arbeitsplatz geschaffen wird. Zur Frage Großklein habe ich auch schon etwas gesagt, muß aber zur Geschichte der Jugendbeschäftigung noch etwas sagen. Auch da bitte das Prinzip, das ich schon ausgesprochen habe: Man hat in der Tat, abgesehen von Strukturproblemen am Arbeitsmarkt überhaupt, und ich sage Ihnen nur die größeren Probleme, wir haben bei den Problemgruppen wieder ansteigende Frauen und die Älteren, über 50jährigen, die sozusagen aus dem Arbeitsmarkt herausgefallen sind, weil sie schlecht qualifiziert sind, weil sie fehlqualifiziert sind und nicht mehr so mobil sind, aber trotzdem, jeder Jugendliche, der nicht einsteigen kann, der keinen Job hat, ist zuviel. Selbstverständlich. Deshalb haben wir auch gesagt, wir wollen uns jedes Modell anschauen. Aber auch da bitte eine Formulierung, daß ich jetzt Jugendbeschäftigung ohne Markt, ohne Wirtschaft, machen kann, das ist einfach ein Irrweg, und herzugehen, die Jugendbeschäftigung insgesamt, wie die Beschäftigung generell, so teuer zu machen, daß immer mehr outgesourct, ausgelagert et cetera wird, und dann vom Staat herzukommen und zu sagen, hoppla, haltet die Diebe. Die Wirtschaft bildet nicht aus, es bildet der Staat aus, dann sage ich euch, das wird nur teurer. Diese Modelle werden wir uns erst anschauen. Die sind zum Großteil Geldvernichtungsmaschinen, werden sie aber trotzdem uns leisten müssen. Ich weiß das schon, in der ganzen politischen Realität, aber wir werden zurückkommen müssen auf jene Prinzipien, daß wir Arbeit am Markt günstiger machen, daß wir die Arbeit am Markt auch entsprechend zulassen und nicht da ideologisch verbrämen und dann mit der Methode „haltet den Dieb“ auch teurere Modelle noch einführen. Ich komme schon zum Schluß. Die Geschichte von Leykam ist eigentlich ein Musterbeispiel dafür, wie verantwortungsvoll, wie differenziert und seriös, auch mit vertraglichen Bedingungen, die steirische Wirtschaftsförderung ohnedies nicht im Alleingang, sondern auch abgestimmt mit den Bundeseinrichtungen, vorgegangen ist. Es ist zum Beispiel nicht einmal beansprucht worden, und die haben trotzdem 6 Milliarden Schilling investiert. Überlegen Sie sich, was wäre, wenn Triple-Star in Gratkorn nicht geschaffen worden

wäre. Überlegen Sie sich das, weil wir heute schon eine Agrardebatte gehabt haben, was das für die steirische Forstwirtschaft, was das für die steirische Holzindustrie, also bis zu den Transporteuren geht das hin, und dann letztlich auch für die gesamte Regionen bedeutet hätte – ein Milliardenverlust, und zwar jährlich. Und das sollte man sich in der ganzen Vernetztheit und in der ganzen Komplexität der Wirtschaftspolitik auch vor Augen halten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 20.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (20.46 Uhr): Herr Landesrat! Sie reden hier von ideologischen Brunfttrufen oder Brunftschreien. Ich mich aber nicht näher darauf einlassen, denn Sie wissen, was ein Brunftschrei ist und den gibt es nur zu gewissen Zeiten. Das habe ich mir von einer Jägerin erzählen lassen. Ich will mich aber mit Ihnen nicht paaren, aber nur damit Sie das wissen. Nur wenn Sie da so locker reinstreuen und sagen, der Gennaro stimmt zu im Wirtschaftsbeirat, Herr Landesrat, dann stehe ich zu dem: Wenn ich im Wirtschaftsbeirat zugestimmt habe, aus innerster Überzeugung und langer Diskussion, dann weiß ich nicht, warum Sie so nervös sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich bin nicht nervös!“) Ich habe mit keinem einzigen Satz heute den Herrn Wirtschaftslandesrat Paierl angegriffen, im Gegenteil, ich habe nur gesagt, wir müssen hier etwas tun, das ist keine Frage. Herr Landesrat, ich sage Ihnen jetzt den Beweis, daß es notwendig ist, daß man die Bewertungskriterien ändert. Das haben wir im Wirtschaftsbeirat diskutiert, und Sie haben das auch zugegeben AT&S Hinterberg, meine Damen und Herren, war das Paradebeispiel: 25 Millionen sind zuerst noch herausgekommen, dann haben wir einen Wirbel gemacht, dann ist politisch interveniert worden, und dann sind es 75 Millionen geworden. Hurra, genau das will ich bekämpfen, dem Grundsatz nach, auch wenn er Androsch heißt. Es kann ja nicht so sein, daß man dann unterschiedlich bewertet. Entweder hat einer 25 Millionen zu bekommen, dann gibt es nicht mehr, oder warum gibt es dann die Möglichkeiten. Das ist bitte zu hinterfragen, und daher wollen wir, daß hier eine Änderung kommt. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie die Bewertungskriterien sachlich diskutieren, und Sie haben es selbst zugegeben, daß das jetzt eine Zeit lang rennt, und wir werden uns das anschauen, keinen Widerspruch, ich bekenne mich dazu, und ich habe sehr wohl gesagt, meine Damen und Herren, nur damit wir einmal wissen, über was geredet wird, weil wir erleben es ja draußen, wenn die Leute kommen und sagen, da kriege ich eine Wirtschaftsförderung, und der, der den guten Zugang hat, der hat die Möglichkeit, und der, der jemanden hat, der ihm den Papierkram erledigt, hat auch noch die Möglichkeit. Und wenn ein Akt der Bearbeitung 7000 Schilling in etwa kostet und ich 2300 Schilling an läppischer Förderung bekomme, dann denke ich mir als Unternehmer etwas dabei, Kollege Purr. Da müßte man aufschreiben, und da gehört etwas geändert. Weil mit diesen 2300 Schilling kann er vielleicht einmal

protzert essen gehen, aber sonst schon gar nichts. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Nennen Sie mir den Fall!“) Ich habe es Ihnen im Wirtschaftsbeirat gesagt, oder haben Sie es vergessen. Ich habe leider heute die Unterlagen nicht mit, aber ich werde Ihnen das zeigen. Ich sage das, weil das steht auch im Protokoll. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Im Tourismus!“) Nicht im Tourismus, sondern bei der Wirtschaftsförderung. Ich zeige Ihnen das auf Grund des Aktes. Sie haben noch gesagt, da haben Sie mich, weil es ist wirklich lächerlich, nur haben wir uns dazu bekannt, daß auch der Kleinste etwas bekommen soll. Ich glaube, diese Förderungen sind bitte zu hinterfragen, weil es eine Frotzelei ist für die Leute, die 2300 Schilling bekommen. Weil der Tourismusförderungsfonds angesprochen wurde: Ich habe gesagt, daß das geändert gehört. Wissen Sie, was sich da abspielt? 114 Millionen Schilling sind in dem Topf drinnen. Dieser füllt sich zum Beispiel durch Kredite, die zurückbezahlt werden, aber auch das Land bezahlt etwas dazu. Ich habe mir dann die Mühe gemacht, das ganze Paket einmal genauer anzuschauen, und das war drei Stunden Arbeit, weil ich Vergleiche gemacht habe. Ich habe mir dann nur erlaubt, im Wirtschaftsbeirat zu hinterfragen, wie gibt es das, daß, wenn zwei zum Beispiel sich einen Pkw kaufen, und hört bitte jetzt genau zu, die haben ein Alpengasthaus, und dafür brauchen sie einen Allrad, und die eine Hütte liegt auf 1500 Meter und die andere auf 1436 Meter, unterschiedliche Förderungskriterien der Nase nach vergeben werden. Ich habe gesehen, als Kollege Purr sich zu Wort gemeldet hat, wie Sie, Herr Landesrat, zusammengezuckt sind. Sie wären ja bald unter den Tisch hineingekrochen, als er gesagt hat, das ist die Gießkanne. Jawohl, das ist es. Ich habe auch nicht umsonst verlangt, daß man auch beim Tourismusförderungsfonds versucht, das zu evaluieren und anzuschauen, ob das überhaupt drinnen ist. Ich würde aber bitten, jetzt nicht so zu tun, und einmal so und einmal so reden. Ich stehe zu meinem Wort, und wenn ich zustimme, wenn alles einstimmig ist, daher habe ich mitgetan und mache das auch. Daher wollen wir das, um die Beschäftigung in den Griff zu kriegen, und da bin ich schon bei euch. Welches Instrument sollte uns einfallen, wenn wir merken, es steigt die Beschäftigung zwar leicht, aber die Arbeitslosigkeit steigt auch an. Wißt ihr, warum die Beschäftigung auch steigt, weil das muß man sofort relativieren, weil in diese Beschäftigung die vielen Jobs eingerechnet werden, die geringfügig beschäftigt sind, wo einer zwei, drei Jobs hat, damit er überhaupt ein Auskommen hat. Dann steigt nämlich die Beschäftigung, das muß man auch relativieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in der Sache, wenn wir das Ziel gemeinsam haben, nicht so einen Entschließungsantrag drüberbringen wollen, daß man das, wenn wir die Kriterien bei den einzelnen Stücken sehr wohl am Papier drinnen haben, so verankert, wie wir sie im Gesetz haben wollten, Herr Landesrat. Dieses Stück Leykam beweist, daß die Beschäftigung in keiner Weise als Kriterium gilt. Daher wollen wir das ändern und hoffe, daß wirklich viele mitgehen, weil wir uns im Ziel einig sind, wie es geheißen hat. Zu dieser Vorlage haben wir zum damaligen Zeitpunkt, und ich habe es heute schon gesagt und ich kann mir nicht vorstellen, daß der Kollege Schützenhöfe und

sogar der Kollege Purr damals mitgegangen sind, entweder haben sie die Alzheimer, daß sie es nicht mehr verstehen oder wissen, bei diesem Antrag, daß wir hier prüfen sollen, ob diese Förderung für die Leykam auf Grund der Ansage in der Öffentlichkeit, 500 Jobs weniger, überprüfen sollen, und nichts anderes haben wir gesagt, Herr Landesrat. Daher bitte ich noch einmal im Interesse der Beschäftigung für die Steiermark, daß ihr den Entschließungsantrag unterstützt. Dankel (Beifall bei der SPÖ. – 20.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (20.52 Uhr): Zu dem Fall mit den 5000 Schilling oder was, es war ein Nahversorgungsfall, dazu haben wir uns auch bekannt, daß das ja ab 1. Jänner 1999 in eine neue Richtlinie, die wir am gleichen Tag beschlossen haben, mündet und dann dieser Fall nicht mehr, weil er richtlinien-gemäß war und weil er – wie gesagt, das habe ich am Anfang gesagt – nicht auf politische Intervention hin zustande gekommen ist, sondern es ist in der Steiermark jeder Wirtschaftsförderungsfall nicht eine politische Interventionssache, sondern eine Angelegenheit von Förderungsrichtlinien und Gott sei Dank ausgelagert in der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft auch nach objektiven Kriterien rasch abgewickelt.

Zweiter Punkt: Die Beschäftigung, selbstverständlich gibt es hier auch einen Strukturwandel. Nur, Herr Kollege Gennaro, das gibt es auch in den anderen Bundesländern. Und es ist, Sie sind ja schon im Besitze und haben es höchstwahrscheinlich auch schon studiert, weil Sie ja dazu auch positiv abgestimmt haben im Wirtschaftsförderungsbeirat dieses Wirtschaftsförderungsberichtes 1997, der auch sehr zeitnahe Daten über 1998 ausweist, und da können Sie schon nachlesen, das ist nicht ein Machwerk des Paierls oder gar eine Werbeaktion des Paierls, sondern das sind Fakten, die aus dem Joanneum Research kommen und Daten, die zusammengetragen wurden, die Ihnen zeigen, daß selbstverständlich in der Steiermark die Beschäftigung mehr gewachsen ist als in den anderen Bundesländern. Das ist ein Strukturwandel, sind wir froh darüber, daß bei uns die Arbeitslosigkeit sich positiver entwickelt hat als in den anderen Bundesländern. Das sind Fakten, an denen man nicht vorbeischaun soll, man soll sich auch deswegen nicht berühen, weil das hat ohnedies die Wirtschaft gemacht, die sich diesbezüglich sehr gut entwickelt hat und auch die Standortvorteile, die geschaffen wurden, in der Steiermark ausgenützt hat. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Wir haben nunmehr alle Wortmeldungen hinter uns gebracht. Es liegt keine weitere mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Es gibt einen unselbständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro und Dr. Flecker, wobei es zu diesem Entschließungsantrag einen weiteren Antrag gibt auf punktuelle Abstimmung. Der Antrag hat vier Punkte, respektive der letzte soll ebenfalls als Punkt geführt werden. Jene Damen und Herren, die dem Punkt eins des Antrages zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme des ersten Punktes.

Punkt zwei: Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme des zweiten Punktes.

Punkt drei: Gegenprobe.

Der Punkt drei ist abgelehnt.

Punkt vier: Gegenprobe.

Der vierte Punkt wurde ebenfalls abgelehnt.

Und der Absatz nach dem Punkt vier, als Punkt fünf geführt, wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Punkt wurde abgelehnt. Das heißt, der Antrag wurde mit den Punkten eins und zwei angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 787/1, der Abgeordneten Porta, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko und List, betreffend Studie für die Realisierung eines Glasclusters.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Porta (20.56 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 137:

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz hat in seiner Sitzung am 17. November 1998 über den Antrag, Einl.-Zahl 787/1, der Abgeordneten Porta, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko und List, betreffend Studie für Realisierung eines Glasclusters, beraten.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Antrag von der Ausschlußmehrheit abgelehnt.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz stellt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 787/1, der Abgeordneten Porta, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko und List, betreffend Studie für Realisierung eines Glasclusters, wird zur Kenntnis genommen. (20.57 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort gemeldet ist der Herr Berichterstatter als Erstredner.

Abg. Porta (20.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Landesrat! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Grund, warum wir Freiheitlichen diesen Antrag gestellt haben, liegt in der Tatsache, daß der Bezirk Voitsberg, einst eine blühende Industrieregion, langsam aber sicher droht, in das wirtschaftliche Abseits zu gleiten. Meine Damen und Herren, diese Region braucht oder benötigt dringende Impulse und Visio-

nen. Diese Visionen oder diese Impulse, betreffend diesen Glascluster, ist nicht eine Idee, die allein auf den Mist von uns Freiheitlichen gewachsen ist. Es gibt schon eine Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, das regionale Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Voitsberg mit den Zielen und der Festlegung. Alleinig wenn man die Bevölkerungsentwicklung dieses Bezirkes anschaut, zwischen 1981 und 1991 verlor der Bezirk Voitsberg 1038 Einwohner, das sind fast 2 Prozent. Die Bevölkerungszahl betrug 1991 54.768 Einwohner. Im Vergleich dazu blieb die Bevölkerung im Bundesland Steiermark fast gleich, eine geringes Minus von 0,2 Prozent. Den stärksten Bevölkerungsrückgang verzeichnete der Kernraum mit der Stadt Köflach minus 808 Einwohner, das sind 7 Prozent, die Stadt Voitsberg minus 584 Einwohner, das sind minus 5 Prozent, Rosental minus 252 Einwohner, das sind 12 Prozent. Nur am Rande vermerkt, alle diese Gemeinden haben absolute SPÖ-Mehrheiten, während die Gemeinden mit dem stärksten Bevölkerungsgewinn in der Nähe des Zentralraumes Graz oder an der Autobahn liegen. Söding mit plus 14 Prozent, 234 Einwohner, Stallhofen plus 10 Prozent, 287 Einwohner, und Mooskirchen plus 8 Prozent, 138 Einwohner. Interessanterweise, diese Gemeinden werden von ÖVP-Mehrheiten geführt. Eine Bewertung dieser Tatsache überlasse ich dem Landtag. Die Verfasser des regionalen Entwicklungsprogrammes sagen, diese Entwicklung erfordert ein Gegensteuern:

a) Eine Stabilisierung der Bevölkerungszahl und Struktur der Region insgesamt.

Erstens: Als allgemein wirtschaftspolitisches Leitbild wird angestrebt:

a) Erhaltung und Schaffung eines ausreichend auch in Zukunft gesicherten Angebotes an verschiedenen Erwerbsmöglichkeiten im Rahmen einer leistungsfähigen Wirtschaft, wobei auf ihre regionale Eigenständigkeit geachtet werden soll.

b) Die Stärkung des Zentralraumes Köflach-Voitsberg in seiner überregionalen Bedeutung im Bereich Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen.

c) Verbesserung der Anbindung an nationale oder internationale Zentren und Märkte. Sie kennen unser Problem, das ist die GKB und die B 70.

d) Aktive Industriestandpolitik durch Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, auch ein Manko. Es ist einfach nicht möglich, daß die Gemeinden im Kernraum gemeinsame Projekte fördern oder zusammenarbeiten.

e) Verbesserung der Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen innerhalb der Region, insbesondere mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Es wird diesbezüglich ein Antrag von allen drei größeren im Landtag vertretenen Parteien geben. Bei den Betrieben sind die Betriebe mit über 50 Beschäftigten deutlich überrepräsentiert. Zu den größten Industriebetrieben mit über 100 Beschäftigten zählen erstens die GKB, zweitens Stölzle-Oberglas in Köflach und Bärnbach, Techno-Glas in Voitsberg und die GAM, also die Formenfabrik, die auch im weitesten Sinne für die Glasindustrie tätig ist. Wesentliche Merkmale des produzierenden Sektors sind: Neben dem Bergbau stellen, der im Jahre 2008 mit großer Wahrscheinlichkeit eingestellt wird, die glasverarbeitenden Betriebe – ich betone nochmals,

die glasverarbeitenden Betriebe – noch immer ein wichtiges Arbeitsplatzpotential für die Region dar. Ziele: Die wesentlichen Zielsetzungen im Hinblick auf eine Stabilisierung und Weiterentwicklung des Sektors sind Ausbau und Weiterentwicklung der Glasindustrie und möglicher nachgelagerter Betriebszweige; Schaffung der Voraussetzungen für Betriebsneugründungen aus der Region und der selektiven Ansiedlung von auswärtigen Unternehmen. Die Maßnahmevorschläge sehen folgend aus: Aufbau von Ersatzproduktion aus Kompensation für die mittelfristige Schließung des Bergbaues in dieser Region. Ganz wichtig ist, und wird schon vorgeschlagen, die Errichtung eines Glasforschungszentrums (Fachhochschule, Roh- und Werkstoffkunde, Stoffbearbeitung, Design): Als Grundlage für die langfristige Entwicklung der Betriebe und die Rekrutierung von Fachkräften für die Glasindustrie und angestrebte Spezialisierung und die besondere Bewerbung von glasverarbeitenden Betrieben beziehungsweise vor- oder nachgelagerte Produktionen für eine Ansiedlung in der Region. Weiters Ausbau der Informationsberatung und des Qualifizierungsangebotes in der Region.

a) aktives Angebot, Motivation und Aktivierung; b) Kontinuität der Beratungsleistungen; c) längerfristige Projektbegleitung; d) Berücksichtigung des regionalen Leitbildes.

Sehr geehrter Herr Landesrat Paierl, leider ist er jetzt nicht da, Hoher Landtag! Diese Maßnahmenvorschläge haben schon im Jahre 1994 die Schaffung eines Glasverbundes gefordert. Das geflügelte und jetzt allseits verwendete Wort Cluster war noch nicht in Mode. Herr Landesrat Paierl, es ist schon verwunderlich, daß ein Wirtschaftslandesrat im Bezirk mit einem Wirtschaftsprogramm beziehungsweise mit einer Wirtschaftsoffensive für die Weststeiermark durch die Lande zieht, vehement einen Holzcluster fordert, aber nicht für eine Studie über die Sinnhaftigkeit einer Realisierung eines Glasclusters eintritt, um sich einfach auf eine Studie zu berufen, die im Jahre 1995 vorgestellt wurde, in die die Wirtschaftsdaten aus den Jahren 1992, 1993 und 1994 maximal eingeflossen sind, in einer Zeit, in der selbst bei größtem Optimismus der große Erfolg des so oft gepriesenen Autoclusters nicht vorausgesehen werden konnte. Sehr geehrter Herr Landesrat Paierl, ich will den Erfolg des Autoclusters nicht schmälern, aber er war wirklich nur möglich, weil man Visionen gehabt hat und den Mut, diese Visionen in die Tat umzusetzen, Visionen, die unsere Region so dringend braucht. Ich kann schon ein gewisses Verständnis für die Haltung der ÖVP zum Glascluster aufbringen, spielt sie doch im Kernraum unserer Region eher eine untergeordnete Rolle, denn sie liegt an dritter Stelle hinter der SPÖ und den Freiheitlichen. Sie spielt hier nur die dritte Geige. Ich kann aber überhaupt kein Verständnis aufbringen für die Haltung der SPÖ. Auch sie hat im Ausschuß gegen diese Studie gestimmt, obwohl von ihnen fast jede sinnlose Studie gefördert wird, ob es jetzt um die Studie Braunkohlenurwald, Studie Heliopolis, Museum der Toleranz geht. Kein Projekt dieser Studien ist in die Tat umgesetzt worden. Hier werden Millionen beim Fenster hinausgeworfen, auch auf der Landesebene, wie man mit den Geldern im Bereich der Kultur umgeht, die Causa Hochkofler. Es kann

einem schon das nackte Grauen kommen, wenn man sieht, wie die Landes-SPÖ mit ihrem Mehrheitsbringer, dem Bezirk Voitsberg, umgeht. Eines ist hier interessant: Wenn es der SPÖ gelingt in einer Gemeinde, wo sie noch nicht den Bürgermeister gestellt hat, die Mehrheit zu erringen, wird sie faktisch von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner mit Bedarfszuweisungen und mit finanziellen Mitteln faktisch zugepflastert. Kaum sind diese Mehrheiten abgesichert, vergißt man auf diese Leute. So ist es möglich, daß die Bürgermeister im Kernraum der Städte Voitsberg und Köflach, und diese Auskunft habe ich von einer Presseredakteurin, die die Bürgermeister angesprochen hat, wie sie zu einer Verwirklichung eines Glasclusters stehen, sehr vehement die Umsetzung dieses Glasclusters gefordert haben und dankbar sind, daß es hier neue Ideen und Impulse gibt. Aber diese Ideen werden von der Landespartei einfach ignoriert. Es stellt sich wirklich die Frage, hängt das mit der Tatsache zusammen, daß alle Granden der SPÖ im obersteirischen Raum beheimatet sind oder zumindest im Grazer Raum, den Raum Voitsberg sehr wohl als Stimmenbringer verwenden, Wirtschaftsförderungsprogramme und Wirtschaftsoffensiven für die Obersteiermark beschließen, aber auf ihre Wähler im Bezirk Voitsberg und in der Region Weststeiermark einfach vergessen. Wir Freiheitlichen werden uns den vernachlässigten Wählern annehmen und nicht müde werden, für diese Region, die Weststeiermark, einzutreten. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 21.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schuster. Ich erteile es ihm.

Abg. Schuster (21.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Cluster, ein Wort, das sich in dieser Beziehung nicht leicht übersetzen läßt, vielleicht mit Zusammenfügen, Zusammendrängen. Ich selbst sehe darin die Vernetzung beziehungsweise Ergänzung mehrerer Betriebe und Firmen zur Herstellung eines gemeinsamen Produktes, wie zum Beispiel der Autocluster. Die Firma Lear Corporation mit 200 Beschäftigten liefert im Just-in-time-Verfahren Autositze an die Firma Chrysler. Ein Cluster, lieber Kollege Porta, zieht aber nicht automatisch Betriebsansiedlungen beziehungsweise Schaffung von Arbeitsplätzen nach sich. Die Glasindustrie im Bezirk Voitsberg erzeugt in Köflach Industrieglas, in Bärnbach Kunstglas, in Voitsberg Glas für Autobleuchtung. Hier sehe ich derzeit kaum eine Möglichkeit, durch einen Glascluster eine Verbesserung herbeizuführen. Zulieferfirmen für die Glaserzeugung sind vorgegeben, wie allgemein bekannt ist. Quarzsand, der Hauptbestandteil der Glaserzeugung, kann naturgemäß nur dort abgebaut werden, wo er vorkommt. Die Entwicklung der Glasindustrie im Bezirk Voitsberg nimmt derzeit einen relativ guten Verlauf. Es werden glücklicherweise schwarze Zahlen geschrieben. Die Grundidee des heutigen Antrages, neue Arbeitsplätze zu schaffen beziehungsweise Betriebe anzusiedeln, wie es Kollege Porta ausführte, finde ich sehr gut und ist nur zu befürworten. Ich persönlich kann mir aber nicht vorstellen, daß in der derzeitigen Situation ein Glascluster, wobei

die Betonung auf Cluster liegt, in unserem Bezirk eine Verbesserung der Arbeitsplatzsituation beziehungsweise Neuansiedlung von Betrieben, wie ich schon ausgeführt habe, nach sich ziehen würde. Wenn es so wäre, bin ich der erste, der diesem Antrag die Zustimmung geben würde. (Beifall bei der SPÖ. – 21.11 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 939/1, betreffend den Verkauf des Grundstückes Nr. 191/1 aus der EZ. 242, KG. 60106 Münichthal, BG. Bruck an der Mur, im Gesamtausmaß von 29.326 Quadratmeter an die Firma BTE Blechtechnik Eisenerz GmbH, 8790 Eisenerz, Kaiserschildstraße 1 bis 3, um einen Kaufpreis von 6 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hochegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (21.12 Uhr): Geschätzte Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage behandelt den Grundstücksverkauf an die Firma BTE in Eisenerz.

Die Fachabteilung 4a hat eine Liegenschaftsbewertung durchgeführt und den Gebäudewert mit 7,6 Millionen Schilling und den Liegenschaftsschätzwert mit einem Quadratmeterpreis von 120 Schilling, insgesamt also mit 3,5 Millionen Schilling, somit insgesamt 11,1 Millionen Schilling festgesetzt. Die Firma BTE-Blechtechnik bietet nun 6 Millionen Schilling, welche zwar um 5,1 Millionen unter dem Schätzwert liegen. Das Land müßte jedoch bei einer Weitervermietung Instandsetzungsmaßnahmen in der Höhe von 5,4 Millionen Schilling aufwenden. Der gebotene Kaufpreis kann daher akzeptiert werden auch unter dem Gesichtspunkt, daß das Land Steiermark angehalten ist, in Regionen mit starken Abwanderungstendenzen einen Beitrag zur Erhaltung von Arbeitsplätzen zu leisten.

Ich stelle den Antrag, die Regierungsvorlage zu genehmigen. (21.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, bitte um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie, Einl.-Zahl 774/2, Beilage Nr. 126, über den Antrag, Einl.-Zahl 774/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Umweltinformationsgesetzes.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (21.13 Uhr): Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 774/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Umweltinformationsgesetzes.

Der Ausschuß für Umweltschutz und Energie hat in seinen Sitzungen am 12. Mai, 15. September und 17. November 1998 die Beratungen über das oben genannte Gesetz durchgeführt. Zur Vorberatung des Antrages betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Umweltinformationsgesetzes wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der sich auf eine Novelle des Landesgesetzes über Einrichtungen zum Schutze der Umwelt geeinigt hat.

Diese Gesetzesänderung sieht nunmehr die Ergänzung durch einen Abschnitt IIa vor, welcher die Regelungen von Umweltinformationen beziehungsweise die Installation eines Umweltdatenkataloges beinhaltet. Demnach soll jedermann das Recht auf freien Zugang zu Umweltdaten haben, über welche Organe der Verwaltung in Wahrnehmung landesgesetzlich übertragener Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes verfügen.

Paragraph 13 beinhaltet Regelungen betreffend die Installierung eines automationsunterstützten Umweltdatenkataloges, zu dem jedermann der freie Zugang zu gewährleisten ist.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Umweltschutz und Energie somit den Antrag, der Landtag wolle den nachstehenden Entwurf des Gesetzes, mit dem das Gesetz vom 21. Juni 1988 über Einrichtungen zum Schutze der Umwelt geändert wird, zum Beschluß erheben. (21.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (21.15 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Bürger haben ein Recht auf Zugang zu Umweltdaten. Das sieht eine europäische Richtlinie vor, das sieht das Bundesumweltinformationsgesetz vor, und das sieht schon lange und grundsätzlich auch das Steiermärkische Auskunftspflichtgesetz vor. Anlässlich der Novellierung des Gesetzes über die Einrichtungen zum Schutze der Umwelt entstand die Diskussion, ob wir ein eigenes steirisches Umweltinformationsgesetz brauchen oder ob das Steiermärkische Auskunftspflichtgesetz ausreichend ist. Der Verfassungsdienst war der Meinung, daß das Auskunftspflichtgesetz durchaus ausreichend wäre. Wir haben uns aber dazu durchgerungen, sozusagen als Signal nach außen und auch zur Absicherung dennoch ein eigenes Kapitel Umweltinformation zu schaffen. Dieses Kapitel, es liegt Ihnen heute vor, fügen wir ein in das Gesetz über die Einrichtungen zum Schutz der Umwelt. Wir sind davon abgekommen, ein eigenes Umweltinformationsgesetz zu machen, und ich bitte um Ihr Verständnis dafür, denn das wäre ein Landesgesetz mehr, und wir wollen ja an sich weniger Gesetze machen. Dieses Kapitel besteht aus zwei Paragraphen, der eine behandelt die Mitteilung von Umweltdaten, regelt, was Umweltdaten sind und daß die Bürger darauf An-

spruch haben, und regelt auch die Ausnahmen, diese möchte ich Ihnen kurz sagen: Die Mitteilung von Umweltdaten hat dann zu unterbleiben, wenn die Information Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse einschließlich des geistigen Eigentums berührt oder die Vertraulichkeit personenbezogener Daten oder Akten. Die Mitteilung von Umweltdaten kann auch unterbleiben, wenn sich das Informationsbegehren auf die Übermittlung interner Mitteilungen bezieht oder offenbar mißbräuchlich gestellt oder zu allgemein formuliert ist. Und der zweite Paragraph, der Paragraph 18, regelt dann die Einrichtung eines automationsgestützten Umweltdatenkataloges der Landesregierung, auf den die Bürger ein Recht auf Zugriff haben. Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie um Zustimmung zu dieser Novelle. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 21.17 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Prof. Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (21.18 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich stehe diesem Tagesordnungspunkt mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge gegenüber. Das lachende Auge, ich freue mich, das Insistieren des Liberalen Forums, daß die Richtlinie der Europäischen Union, betreffend die Umweltinformation, auch in der Steiermark umgesetzt wird, von Erfolg gekrönt war. Dabei möchte ich festhalten, daß wir uns diesen Erfolg nicht auf unseren liberalen Hut stecken können. Das eigentliche Verdienst, daß die EU-Richtlinie umgesetzt wird, kommt Ihnen, Herr Hofrat Rupprecht, zu, Sie haben sich in der vorhergehenden Legislaturperiode bemüht, die Richtlinie umzusetzen. Und wenn es Sie nicht gegeben hätte in dieser Legislaturperiode und Ihr stilles unaufgeregtes Arbeiten, hinter den Kulissen die ÖVP zu überzeugen, daß es wichtig ist, diese EU-Richtlinie umzusetzen, dann würden wir das heute nicht beschließen können. Also mein Dank, Herr Hofrat Rupprecht, geht an Sie. Es liegt auf der Hand, Eva, daß die EU-Richtlinie über die Umweltinformation nicht umgesetzt worden ist in der Steiermark, auch nicht durch das Auskunftspflichtgesetz. Ich habe oft und oft gesagt, man braucht sich nur die Richtlinie auf der rechten Seite und das Auskunftspflichtgesetz auf die linke Seite hinlegen und man kann auch als Nichtjurist erkennen, daß das Auskunftspflichtgesetz viel enger ist als das Umweltinformationsgesetz des Bundes und die dahinterliegende Richtlinie. Das lachende Auge also

Das weinende Auge besteht darin, daß wir nicht nur im Städtebund und Gemeindebund auf vielen Gebieten die eigentlichen Gesetzgeber haben, sondern den Verfassungsdienst als den eigentlichen Gesetzgeber. Der Verfassungsdienst hat es bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode verhindert, daß ein Entwurf der zuständigen Rechtsabteilung des Herrn Hofrat Rupprecht betreffend Umweltinformation umgesetzt wurde, und er hat sich mit Händen und Füßen gewährt in dieser Legislaturperiode. Und das ist etwas, was ich nicht akzeptieren kann. Es ist eine politische Frage, ob die Auskunftspflicht weiter oder

enger sein soll und nicht eine verfassungsrechtliche Frage, und es steht dem Verfassungsdienst des Amtes der Landesregierung nicht zu, sich in politische Fragen einzumengen und politische Fragen noch dazu mit verfassungsrechtlicher Argumentation zu behängen.

Nochmals, ich freue mich, daß wir – ich sage es einmal so, Herr Hofrat Rupprecht, gemeinsam mit Ihnen diese Umweltinformation durchsetzen konnten. (21.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages. Danke!

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 944/1, betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Alfred Prutsch (21.21 Uhr): Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie, betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes. Dieser Bericht liegt dem Landtag nun vor. Der Umweltbericht hat Auskunft über den Stand und die Zielsetzungen auf den Gebieten der Raumordnung, des Gewässerschutzes, der Abfallwirtschaft, des Lärms, des Bodens, der Nahrung, der Luft, des Natur- und Landschaftsschutzes, der Strahlen- und Umweltforschung zu geben. Ferner hat der Steiermärkische Landtag mit Beschluß Nr. 170 vom 10. Dezember 1996 die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, im Umweltschutzbericht des Landes Steiermark das Kapitel „Gentechnologie“ aufzunehmen. Dem Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 30. September 1996 entsprechend, bietet der Umweltschutzbericht nunmehr zum zweiten Mal eine Darstellung der für Umwelt- und Naturschutz getätigten Ausgaben des Landes Steiermark. Das bisherige Kapitel „Abfallwirtschaft“ wurde im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtungsweise der Nachhaltigkeit zum Kapitel „Stoffflußwirtschaft“ erweitert. Ich stelle namens des Ausschusses für Umweltschutz und Energie den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Vorlage eines Umweltschutzberichtes für das Jahr 1997, wird zur Kenntnis genommen. (21.23 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (21.23 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Nochanwesende!

Dieser Umweltschutzbericht gibt einen profunden und optisch sehr gut aufbereiteten Überblick über das, was in der Steiermark umweltpolitisch mit einer verkehrspolitischen Komponente, mit einer Stoffström-

komponente, derzeit passiert. Das, was ich inhaltlich anmerken möchte, ist, daß wirklich heiße Punkte, wie etwa die ennsnahe Trasse, nicht vorkommen, daß der Einstieg der Electricité de France in die Energieholding Steiermark nicht vorkommt beziehungsweise daß ganz aktuell die Debatte um die Abwasserreinigung – Stichwort Pflanzenkläranlagen – wenig erwähnt wird. Das ist im vorletzten Bericht allerdings in guter Qualität der Fall gewesen. Das wären drei allgemeine Punkte, die ich anmerken möchte. Meine Wortmeldung wird sich aber konzentriert auf das, was der Landesrat Hirschmann im Vorspann dieses Berichtes präsentiert, nämlich spricht er von einer „sachlichen, herzlichen und optimistischen Atmosphäre und einer hervorragenden Zusammenarbeit mit Landesrat Ing. Ressel“. Sie werden sich jetzt fragen, wo wird da so sachlich, herzlich und optimistisch und hervorragend zusammengearbeitet. Es geht um den Nationalpark Gesäuse. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Frau Klubobfrau, tun Sie nicht immer so viele Geschichten erzählen!“) Der Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner fühlt sich bereits sehr persönlich angesprochen. Nachdem er sich bei Umweltdebatten sonst seltener des Wortes ermächtigt, freut mich das natürlich besonders. Es geht, wie schon gesagt, um den Nationalpark Gesäuse. Der Antrag, den ich jetzt einbringe, entsteht auf Grund eines Regierungsbeschlusses vom 23. Juni 1997, wo die Steiermärkische Landesregierung einstimmig beschlossen hat, das Projekt Nationalpark Gesäuse (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da sind wir nicht dafür. Beim Gesäuse nicht, das ist ein Irrtum!“) durch die Erstellung einer Machbarkeitsstudie sowie die Errichtung eines Trägervereines mit Chef Hirschmann zu fördern. Der Klubobmann der SPÖ hat heute in der Bezirksausgabe der „Kleinen Zeitung“ mitgeteilt, daß er sich offenbar vom Nationalparkprojekt stark distanziert (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das tun wir nicht!“): „Es ist jetzt an der Zeit, die klare Aussage zu treffen (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist richtig!“), daß für uns das Thema Nationalpark Gesäuse endgültig gestorben ist.“ Es stellt sich jetzt die Frage, ob die SPÖ noch hinter der Verwirklichung dieses Nationalparks steht. Ich möchte daher einen sehr, sehr milde und sehr, sehr vorsichtig formulierten Beschlußantrag einbringen, von dem ich ausgehe, daß er mehrheitsfähig werden müßte, außer die SPÖ, die ÖVP und die Freiheitlichen hier im Haus würden ihren Vertretern in der Regierung in den Rücken fallen, was ich ausschließe, und zwar einerseits aus Gründen einer einheitlichen Parteilinie im Sinne eines Nationalparks in der Steiermark, und es gibt bekanntlich noch keinen, und zweitens weil ich denke, daß dieser Beschluß vor nicht einmal einhalb Jahren gefaßt wurde und eigentlich keine Entwicklungen angestanden sind, um diesen Beschluß tatsächlich politisch zu revidieren, jedenfalls ist mir das nicht bekannt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Frau Klubobfrau, darf ich Sie aufklären, daß die Menschen dort nicht einverstanden sind, nach den vielen Einschränkungen, Belastungen, die es gibt!“) Das hängt sicher damit zusammen, daß erstens einmal von seiten des Landesrates Hirschmann eine unglaubliche defensive und ängstliche

Naturschutzpolitik gemacht wird und er wirklich nicht, und da bin ich ganz bei Ihnen, der perfekte Imageträger für einen offensiven und attraktiven Naturschutz ist. Eine der politischen Folgen davon ist, daß Leute in einer Region, wo ein Nationalpark geplant ist, der ein Tourismusmagnet wäre, der andererseits diese Region vor Bergbauausbeutungen in Weng und Johnsbach schützen würde, daß dieser Nationalpark derzeit offenbar in der öffentlichen Meinung auf prekärem Boden steht. Als Hintergrund dafür sehe ich einerseits eine verfehlte Informationspolitik der Landesregierung, insbesondere von Landesrat Hirschmann, und zweitens kein Bekenntnis der Landesregierung zu diesem Projekt in einer Qualität, daß ich sagen kann, das ist wirklich offensiv und zukunftsweisend. Ich möchte trotzdem, wie schon gesagt, einen sehr vorsichtig formulierten Antrag einbringen, der Landtag wolle beschließen: (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Frau Klubobfrau, darf ich vorher noch etwas sagen? Ich glaube, das sind die Menschen dort oben, die über Jahrhunderte auf ihre Landschaft geachtet haben und geschaut haben, wie wir alle dazu nicht imstande sind. Ich halte es für sehr erheblich und frivol, wenn wir denen dort oben erklären, wie der Schutz der Landschaft aussieht. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Kollege Hirschmann, hin oder her, aber es ist seine Sache. Ich verlasse mich eigentlich auf das, was die Menschen dort oben bisher in der Landschaft gemacht haben. Sie sind äußerst sorgsam damit umgegangen. Ich glaube daher nicht, daß ein Nationalpark mit einem organisierten Fremdenverkehr, wo dorthin gefahren, dorthin geflogen und dorthin transportiert wird, Hotelanlagen errichtet werden, mit gleichzeitiger Beschränkung der Lebensexistenz, und das ist eine Frage, die Sie sehr interessieren müßte, der bäuerlichen Bevölkerung, der Forstwirtschaft und so weiter, daß das bitte nicht sein kann. Diese haben das viel besser gemacht, als alle wir miteinander, die wir hier im Landtag sitzen, und zwar über Jahrhunderte. Ich sage Ihnen ehrlich, das ist – so glaube ich – kein Kriterium, und kann nicht ausreichen als Begründung. Sie wissen, welche Folgen der Nationalpark hat!“) Zum Glück weiß ich das. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Autobus, Flugzeug, Hubschrauber, Hotels dort hinziehen auf den vorgezeichneten Wegen und wieder zurück und nach Hause. Das kann es doch nicht sein und ja gerade nicht in Ihrem Sinn. Wir haben uns hier gut informiert, was die Menschen dort fühlen, meinen und wie sie mit dem Gut umgegangen sind, mit der Natur. Und diese sind äußerst sorgsam umgegangen. Daher glaube ich, ist es gescheit, wenn wir uns hier nicht festlegen!“) Ich denke, wenn der Landeshauptfraustellvertreter sein Ohr immer so knapp am Volk hätte, wie er es jetzt gesagt hat (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „So ist es!“), dann verstehe ich nicht, warum Sie die Kunsthausvolksbefragung so behandelt haben, wie das hier vor einem Monat im Landtag passiert ist. Ich verstehe nicht, warum Sie das Gentechnik- und das Frauenvolksbegehren so behandelt haben. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Frau Klubobfrau, ich habe das respektiert!“) Ich komme jetzt auf die Lkws zurück. Es stimmt schon, daß etliches an Lkw-Fuhren ansteht, nämlich (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich orientiere

mich daran, was die Menschen wollen!“) in dem Moment, in dem Bergabbaumöglichkeiten in Johnsbach und in Weng aufgemacht werden, dann stehen etliche Führer (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es geht nicht um Johnsbach!“) an Gips- und an Schotterabbau an. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es geht dort um unzählige landwirtschaftliche Betriebe, die dort Bescheinigungen bekommen. Es geht um Beschränkungen der normalen natürlichen Bewirtschaftung, wie es durch Jahrhunderte stattgefunden hat in diesem Raum. Daher ist das, was Kollege Flecker heute gesagt hat, völlig d'accord mit dem, was unsere Meinung ist!“) Darf ich die Wortmeldung trotzdem noch fertig machen, denn ich habe leider nur mehr zwei Minuten. Ich bin aber sehr froh um diesen Beitrag vom Landeshauptfraustellvertreter Schachner, der sich in Umweltdebatten sonst bekanntlich nicht so aktiv einmischt.

Der Antrag lautet, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Projekt „Nationalpark Gesäuse“ im Sinne ihres einstimmig gefaßten Grundsatzbeschlusses weiter voranzutreiben.

Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. Dieser Regierungsbeschluß datiert vom 23. Juni 1997. Als steirische Grüne wünschen wir uns einen grenzübergreifenden Nationalpark, der nach Oberösterreich hinausgeht. Wir wünschen uns, daß allen klar ist, daß dieser Nationalpark in eine Kernzone und um einen Ring von weiteren Zonen, die „weniger schutzwürdig“ sind, aufgeteilt ist, und wir wünschen uns selbstverständlich eine adäquate Finanzierung für die Umsetzung dessen, was da zu entwickeln ist, etwa im Sinne einer Schotterabgabe, für die die Grünen sich möglicherweise mit Landesrat Ressel zusammen stark machen würden und im Sinne einer besseren Dotierung des Naturschutzbudgets.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie gesagt, es ist ein tagespolitischer Antrag, den ich hier zu diesem Jahresumweltschutzbericht einbringe mit dem Schwerpunkt Nationalpark Gesäuse, und ich ersuche Sie um Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 21.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (21.32 Uhr): Herr Präsident! Frau Kollegin Zitzl!

Ich glaube, daß wir schon einmal auf die Wurzeln zurückgehen müssen, unter denen wir diesen Antrag gestellt haben und unter denen wir die Initiative seinerzeit ergriffen haben. Es hat das Einvernehmen aller Abgeordneten des Bezirkes gegeben, daß ein Nationalpark Gesäuse dann realisierbar sein kann, wenn sowohl die Gemeinden als auch die betroffenen Grundeigentümer und alle dafür eintreten. Ich sage Ihnen jetzt ganz ehrlich, ich bin die letzten drei Wochen in den betroffenen Gemeinden unterwegs gewesen, ich habe mit wahnsinnig vielen Leuten Kontakt gehabt, und es ist einfach so, daß dort der Widerstand gegen diesen Nationalpark ein derart

hoher ist, daß dieses Projekt für mich als regionaler Abgeordneter nicht mehr verfolgbare ist. Ich kann nicht gegen die Bevölkerung ein Projekt verfolgen und ihnen das auf das Auge drücken, wo wir alle wissen, daß die Leute das nicht wollen. Und ich sage ganz ehrlich, mir ist da lieber, wir machen ein Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende. Es hat das Ganze keinen Sinn mehr, wir wissen, daß die Gemeinden dagegen sind, ich weiß das von den Aussagen der Bürgermeister. Wir wissen, daß die Bevölkerung dagegen ist. Mittlerweile gibt es einen Schutzverein oder wie dieser Verein heißt, der bereits 500 Mitglieder hat, der vehement gegen diesen Nationalpark auftritt, alles ortsansässige. Wie wollen Sie als regionaler Vertreter den Leuten, die dort verantwortlich sind, die dort wohnen, etwas auf das Auge drücken, was die nicht wollen. Das wäre gegen jedes demokratische Verständnis und gegen jede Sicht der Politik, wie wir sie haben sollten. Und darum ganz, ganz einfach die Aussage, es bringt nichts mehr. Die Information hat nicht so geschlagen, daß wir hier zu einer Weiterverfolgung des Projektes kommen. Machen wir Schluß damit, es ist aus, ohne persönliche Wertung. Die Bevölkerung will das nicht, und wir haben das zu respektieren. Es ist auch gar nicht so, daß Johnsbach deswegen im Mittelpunkt steht. Johnsbach ist ein Thema, das wir schon eine ganze Zeit in dem Zusammenhang verfolgt haben, und da hat der Landesrat Hirschmann die ganz gleiche Meinung vertreten wie wir, daß wir sagen, daß wir es nicht riskieren können, daß ein Betrieb mit 250 Arbeitsplätzen, wenn ihm dieser hochqualitative Rohstoff nicht zur Verfügung steht, einfach abwandert. Ich habe auch mit dem Herbert Paiel in dieser Hinsicht gerade heute geredet, das können wir einfach nicht riskieren im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage in diesem Bezirk. Vielleicht sind wir auch da erpressbar. Ich gebe Ihnen da durchaus ein Argument. Nur die Firma Knauf ist bereit, alle und jede erdenkliche Maßnahme zu setzen, die sich im Einvernehmen mit der Bevölkerung und mit der Gemeinde Johnsbach setzen läßt. Sie ist auch bereit, eine Umfahrung mitzufinanzieren, sie ist auch bereit, alles zu tun, zum Beispiel im Sommer aus touristischen Rücksichten nicht abzubauen, sondern noch von dem ausgehenden Bergbau in Pyhrn im Sommer zu fördern und alles zu tun, um da zu einer Schonung der Interessen zu kommen. Ich bitte also, um Verständnis, daß wir – das heißt, nicht um Verständnis, sondern ich bitte um Anerkenntnis der Aufgabe der Politik –, daß wir dort im Sinne der Betroffenen und im Sinne des Willens der Betroffenen tätig sind und nicht irgendeine Schimäre erzeugen oder irgend etwas den Menschen von oben aufoktroyieren, was die Menschen dort nicht wollen. Und in diesem Sinne ist unsere Haltung zu verstehen, und ich bitte Sie, das auch zu akzeptieren. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile es ihm.

Abg. Tasch (21.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter! Lieber Herr Landesrat Paiel! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Bitte, es ist in unserem Bezirk, schaut her, jetzt Mode geworden, daß alles, was in Entwicklung ist oder bevor es nur einer Machbarkeitsstudie unterliegt oder offengelegt wird, bereits alles zu tun, um eine Verhinderungspolitik zu betreiben. Ich glaube, das ist etwas, was wir uns im Bezirk auf die Dauer nicht leisten können. Es ist ungefähr vor 20 Jahren oder vielleicht mehr, 25 Jahren, eine Diskussion über die ennsnahe Trasse gewesen, und man hat sich da von einer Handvoll Leute vor sich hertreiben lassen und eine Entscheidung immer wieder – da schließe ich unsere Fraktion nicht aus – (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.) immer wieder aufgeschoben oder hinausgeschoben und 18 Varianten geplant, dort Millionen für Millionen von Steuergeldern hineingesteckt, und im Grunde genommen ist eine Verkehrsmisere, die den Bezirk Liezen bereits von den Arbeitslosenziffern, und ich finde die Verkehrsmisere nicht ganz unschuldig, an der höchsten Stelle in der Steiermark betrifft. Der Bezirk Liezen ist ein Bezirk gewesen seit langem, vor allem in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren, wo es von der übrigen Steiermark immer wieder geheißen hat, es ist ein Bezirk, wo Milch und Honig fließt. Ein Bezirk, der von der Industrie, von der Wirtschaft her, vor allem vom Tourismus her, echt geboomt hat und führend in der Steiermark von dem Prokopfsteuereinkommen sicherlich gestanden ist. Inzwischen ist es so, daß wir zu den ältesten Tourismusregionen gehören und ein sehr hoher Sanierungsbedarf besteht. Es geht uns ungefähr gleich wie der Thermenregion Bad Gleichenberg, die von den neuen Thermen überholt worden ist, und wenn das Land jetzt nicht eingegriffen hätte, brutalstens eingegriffen hätte mit x-100 Millionen, so wäre wahrscheinlich Bad Gleichenberg zum Sterben verurteilt gewesen.

Lieber Kurtl Flecker, ich glaube, wir zwei verstehen uns persönlich ganz gut. Aber da kann ich nur eine Umfallmentalität orten, wie es höher nicht geht. Du hast im 96er Jahr mit uns einen Antrag eingebracht, der für den Nationalpark Gesäuse spricht und der einstimmig von der ganzen Region und auch in der Regierung beschlossen worden ist, daß wir das Projekt Nationalpark verfolgen und schauen, es unter Umständen auch zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich war sogar selber oben und habe das mitvertreten. Du brauchst dich nicht auf den Flecker ausreden!“) Ich rede mich auf dich auch aus. Bei dir ist es aber anscheinend auch so, daß du sagst, ein Politiker muß eine dicke Haut haben, daß er auch ohne Rückgrat stehen kann. Ich verstehe das einfach nicht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das stört mich bei dir gar nicht, wenn du das sagst. Ich wollte nur sagen, auch ich habe sehr lange Fragen zum Nationalpark vertreten, habe mich aber wirklich vor Ort überzeugen lassen, daß die Menschen das nicht wollen. Ich sage daher heute, anders als 1996 und 1997, noch immer, daß wir unsere Position hier deutlich verändert haben. Und das, was der Klubobmann Flecker sagt, ist auch eine Auffassung. Ich entziehe mich hier gar nicht der Verantwortung, du kannst mich ruhig mitnehmen. Das habe ich sagen wollen. Es ist in Ordnung, eine Meinungsänderung wahrzunehmen, wenn sie vernünftig ist, weil ich

glaube, daß wir nicht über die Köpfe der Menschen hinwegsehen können, wenn es von den Menschen nicht akzeptiert wird. Die haben über 100 Jahre auf die Landwirtschaft geschaut, da waren wir noch gar nicht auf der Welt, haben die schon auf die Landschaft geschaut. Und denen wollen wir jetzt vorschreiben, wie eine Landschaft auszuschauen hat!")

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich glaube, wir wissen alle genau, daß die besten Landschaftspfleger und die wirklichen Landschaftspfleger sicherlich nicht wir von der Politik sind oder die Grünen sind, sondern immer die Bauern gewesen sind. Das ist überhaupt keine Frage, und da stehe ich voll zu dir. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizsek: „Kurt, da sind wir einer Meinung!“) Eines möchte ich aber in aller Deutlichkeit sagen, daß die Planung für dieses Projekt auf gutem Weg ist, daß aber nicht alle gegen den Nationalpark sind. Es wurden in der letzten Zeit immer mehr Stimme laut, daß wir endlich einmal einen Nationalpark auf Bundes- oder Landesgrund machen sollten. Meine Damen und Herren! Der Nationalpark Gesäuse ist ausschließlich Landesgrund. Wo sollten wir denn einen Nationalpark erschließen, wenn nicht auf Landesgrund. Ich glaube, wir sollten daher nicht von vornherein die Flinte ins Korn werfen. Wir sollten uns vielmehr bemühen, ein Projekt zu erstellen und mit den Leuten lange diskutieren. Ich bin dagegen, daß jemandem etwas aufs Auge gedrückt wird, was er überhaupt nicht will. Man sollte die Leute dort informieren, man sollte mit ihnen diskutieren und vielleicht soweit bringen, daß wir sie überzeugen können, daß dieser Nationalpark ein weiteres sicheres Standbein für den Tourismus darstellt. Ich glaube, wir machen auf dem Sektor mehrere Fehler. Der größte Fehler ist für mich, daß wir die heimischen Menschen, die es betrifft, oft zu wenig informieren. Die Information auf dem Sektor ist – so glaube ich – das Wichtigste. Wir haben dort oben Menschen, die begeisterte Wanderer sind, die begeisterte Naturfreunde sind, und zwar von der Bezirkshauptmannschaft nenne ich den Hans Peter Scheeb. Ich glaube, er ist ein Verbindungsmann, mit dem es uns gelingen könnte, die Menschen so zu überzeugen, daß dieser Nationalpark dort oben installiert werden könnte. Das wäre ein kräftiger Impuls für den Tourismus in der Steiermark, in unserer Region. Ich bin daher ganz klar der Meinung, daß wir nicht riskieren können, daß die Firma Knauf ab- oder auswandert. Dort gibt es immerhin 240 Beschäftigte, und mit den Zubringer- und Zulieferanten sind das an die 800 Beschäftigte. Das könnte sich ein Bezirk, wie Liezen, sicherlich nicht leisten, diesen Betrieb zu verlieren. Ich könnte mir daher vorstellen, daß dieses Projekt Nationalpark Gesäuse mit der Firma Knauf auch nebeneinander möglich ist. In diesem Sinne kann ich dem Antrag der Grünen die Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP. – 21.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröpf. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröpf (21.46 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach dem Ausflug ins Gesäuse möchte ich wieder zum Umweltschutzbericht zurückkehren, der übrigens wirklich sehr ausführlich und übersichtlich gestaltet ist

und mit sehr viel Zahlenmaterial und mit sehr vielen anschaulichen Tabellen versehen ist. Ich bedanke mich bei den Erstellern dieses Berichtes recht herzlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich werde mich in meiner Wortmeldung sehr kurz fassen und nur auf einige Bereiche eingehen. Zuerst möchte ich den Bereich des Verkehrs ansprechen, der natürlich im Umweltschutz eine ganz besondere Rolle spielt. Der Schwerpunkt liegt dabei sicher beim Gütertransport, also beim Schwerverkehr. Das Gesamtgüterverkehrsaufkommen hat vom Jahre 1991 bis 1994 um 5 Prozent zugenommen, und die Tendenz ist weiterhin steigend. Ich glaube, wir sollten uns gerade in diese Richtung ein ganz besonderes Augenmerk legen, denn gerade im Verhältnis des Gütertransportes Straße-Schiene, was auf der Straße und was auf der Schiene transportiert wird, gibt es eine sehr große Diskrepanz. Wir liegen beim Verhältnis von 74 zu 26, das heißt, 74 Prozent werden auf der Straße transportiert und 26 Prozent nur auf der Schiene. Bei den momentanen Transportkosten ist allerdings zu befürchten, daß sich dieses Verhältnis noch weiter in Richtung Straße verschieben wird, zu Ungunsten der Schiene. Daher ist es ganz wesentlich, daß der Güterterminal Werndorf möglichst rasch realisiert wird. Damit unmittelbar hängt natürlich der Ausbau der neuen Südbahn mit den Kernstücken Semmeringbasistunnel und der Koralmbahn zusammen. Nur dadurch erreichen wir für unseren Raum eine raschere Anbindung an den oberitalienischen Raum, an das Industriegebiet dort, und an den Großraum in Wien. Wie im Bericht auch festgehalten wird, ist diese geplante Hochleistungsstrecke eine attraktive Alternative zur Südautobahn, zur A 2, und würde zur Konkurrenzfähigkeit der Schiene gegenüber der Straße ganz wesentlich beitragen. Allen Steirerinnen und Steirern ist die Bedeutung dieser neuen Südbahn bewußt. Wir müssen uns gemeinsam gegen die Verhinderer aus Niederösterreich, dem Burgenland und aus Wien, und diese sind überwiegend in den ÖVP-Kreisen zu finden, wehren. Wenn wir Steirer uns hier nicht zusammenschließen und an einem Strick ziehen, dann werden wir wahrscheinlich dieses Ziel nicht erreichen. Ein wichtiges Anliegen, das gerade für den Umweltschutz eine große Rolle spielt, ist die Verbesserung des Regionalverkehrs. Ausgehend vom regionalen Verkehrskonzept Graz-Südost müssen auch für die Bezirke Radkersburg, Leibnitz, Deutschlandsberg und Mürzzuschlag Verkehrskonzepte entwickelt werden. Bei der Entwicklung dieser Konzepte muß man auf die regionalen Besonderheiten und Interessen eingehen. Das Ziel muß eine Verbundwirkung zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr sein. Wenn wir wollen, daß der öffentliche Personennahverkehr von den Autofahrerinnen und Autofahrern angenommen wird, dann muß dieser Personennahverkehr rasch, pünktlich, sicher und komfortabel sein. Deshalb muß das Schienennetz rund um die Landeshauptstadt noch wesentlich verbessert werden. In den Regionen wurden mit den Park-and-Ride-Anlagen schon die ersten Schritte getan, und mit der Einführung des Steirertaktes werden die nächsten wichtigen folgen. Auch der Lärmschutz zählt zu den wichtigen Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes entlang unserer Straßen. Deshalb vergibt Landesrat Ressel jährlich mehr als 30 Millionen Schil-

ling für Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesstraßen. Wie aus dem Umweltschutzbericht zu entnehmen ist, wurden im Jahre 1997 nicht weniger als elf Projekte an Bundesstraßen realisiert. 32 Umweltschutzplanungen an Verkehrswegen wurden abgeschlossen und können nach der Freigabe der Bundesmittel gestaltet werden. Aber nicht nur der Lärmschutz, sondern auch der Ausbau des Radwegenetzes liegt Landesrat Ressel sehr am Herzen. Bisher konnten 1300 Kilometer Radwege mit einem Kostenaufwand von zirka 362 Millionen Schilling verkehrswirksam fertiggestellt und auch einheitlich beschildert werden. Bei der Planung dieser Radwege wird natürlich auf die Sicherheit und Nachhaltigkeit ein besonderes Augenmerk gelegt. Die Statistik der Radunfälle ist deshalb in der Steiermark seit dem Jahre 1995 rückläufig. Neben der Sicherheit werden auch Akzente auf einen spürbaren Erlebniswert gesetzt. Dadurch soll die ganze Familie angesprochen werden. Wenn es nämlich gelingt, alle Altersgruppen für das Radfahren zu gewinnen, dann wird der Ausbau des Radwegenetzes zwei Ziele ganz sicher erreichen, nämlich einen wesentlichen Beitrag zur Volksgesundheit leisten und eine sinnvolle und umweltfreundliche Freizeitgestaltung ermöglichen. Aber neben dem Bereich Verkehr ist auch die Energie ein Schlüsselbereich im Umweltschutz. Es ist sehr erfreulich, daß man der erneuerbaren Energie zunehmend Aufmerksamkeit schenkt. Wie aus dem vorliegenden Bericht zu entnehmen ist, gibt es in der Steiermark bereits 96 Biomasse-nahwärmenetze. Der Landesenergieverein hat seit 1984 insgesamt mehr als 70 Millionen Schilling an Fördermittel in diese Projekte investiert. Biomasse-nahwärmenetze sind weiter im Kommen. Es liegen bereits etwa 40 weitere Projekte vor. Leider stagniert aber der Anteil bei den Hausbrandeinrichtungen. Dort hoffen wir, daß wir mit zusätzlichen Förderungen diese Biomassekleinanlagen etwas vorwärts bringen. Das Land sieht vor, daß Förderungen zwischen 12.000 und 25.000 Schilling, je nach Investitionshöhe, beigesteuert werden sollen. Aber Förderungen allein werden nicht ausreichen. Es müssen die Bevölkerung und vor allem aber die Installationsfirmen über die Vorteile dieser Bioheizungen aufgeklärt werden. Nur wenn die Stückzahlen dieser Bioheizkessel steigen, dann werden die Preise für die Anlagen erschwinglicher werden. Neben den herkömmlichen Bioheizanlagen sind die Pelletsheizungen im Kommen. Die Erzeugung von Pellets erfolgt unter anderem auch bei der Holzindustrie Preding der Firma Leitinger. Um dort die Produktion voll anlaufen zu lassen und das Werk umweltfreundlich betreiben zu können, will die Firma Leitinger eine Kraft-Wärme-Kupplung installieren, bei der grüner Strom aus Rinde und Altholz für den Eigenbedarf produziert werden soll. Dazu ist eine Investition von zirka 400 Millionen Schilling notwendig. Deshalb ersuche ich dich, Herr Landesrat Pörtl, alles zu tun, um diese Kraft-Wärme-Kupplung im Bereich der Holzindustrie Preding zu ermöglichen. Denn mit dem Einsatz der Nuggets, dieser wasser- und abriebfesten Pellets, kann der jährliche CO₂-Ausstoß wesentlich gesenkt werden, heimische nachwachsende Energie genutzt und der Import von Erdöl reduziert werden. In dieser kurzen Zeit habe ich nur ein paar Punkte, die den Umweltschutzbericht betreffen, herausgenommen. Im Umweltbereich wurde sicher vieles schon

erreicht, aber es ist uns allen klar, daß noch sehr vieles zu tun ist. Nur wenn wir hier Initiativen setzen, dann können wir der nachkommenden Generation eine einigermaßen intakte Umwelt überlassen. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich bei all jenen Organisationen, die sich mit Umweltprojekten auseinandersetzen. Aber mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, die durch die Durchführung von Umweltprojekten Betroffenheit und Verantwortung bei den Kindern und Jugendlichen wecken. Denn nur wenn es uns gelingt, den Menschen die Probleme der Umwelt bewußt zu machen, werden wir auch Verständnis für Umweltschutzmaßnahmen vorfinden. (Beifall bei der SPÖ. – 21.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Landesrat Hirschmann hat um das Wort gebeten. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (21.55 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zum Thema „Nationalpark“ ein paar Feststellungen machen. Erstens ich halte es nach wie vor für die Steiermark für wichtig, daß wir an ein solches Projekt denken und daß wir auf die Verwirklichung eines solchen Projektes auch hinarbeiten. Wir haben in den letzten Jahren in mehreren Bereichen versucht, ein Konzept der Naturparke zu erstellen und es auch umzusetzen, und wir sind auf einem guten Wege unterwegs. Wir haben insgesamt vier Naturparke im Moment und drei in Vorbereitung, und ich betrachte das nicht nur aus Gründen des Naturschutzes, sondern vor allem auch aus touristischen Gründen für außerordentlich sinnvoll. Wir werden dieses Konzept ganz sicherlich auch weiterverfolgen.

Zur konkreten Debatte möchte ich aus meiner Sicht ein paar derzeitige Anmerkungen machen. Ich sage bewußt derzeitig, weil ich schon etwas verwundert bin, wir haben in der Regierung einstimmig beschlossen, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen und nach Vorliegen dieser Machbarkeitsstudie – so hätte ich es verstanden und verstehe es nach wie vor so – darüber zu diskutieren, zu informieren und dann eine Entscheidung zu treffen. Ich komme auf das noch zurück. Zur Anmerkung des Klubobmannes Flecker, was die Firma Knauf betrifft, da stehe ich auch dazu. Wir haben ein gemeinsames Gespräch mit dem Geschäftsführer Winkler, Kollege Paierl war dabei, hier in diesem Haus, in meinem Arbeitszimmer gehabt, und es waren auch die Vertreter der Region dabei, und selbstverständlich kann man nicht mir nichts dir nichts heute hergehen und sagen, das ist uns Wurscht, ob ein Betrieb so und so viele Arbeitsplätze in der Region hat oder nicht hat. Das kann man sich schlichtweg – da bin ich auch in der Diktion einer Meinung – nicht leisten, denn wir müssen ja schauen, daß die Leute auch Arbeitsplätze in der Region insbesondere haben und damit auch ein Einkommen haben. Das heißt aber für mich noch lange nicht, daß nicht trotzdem das Projekt des Nationalparks dort weiter verfolgt werden kann, und ich möchte das, das sage ich schon dazu, nach dem derzeitigen Stand der Dinge durchaus weiter verfolgen. Ich halte auch im Gegenzug nichts von der Idee, die primär von Wien oder anderen Ländern oder auch Organisationen in die Steiermark hereingetragen

wird, daß man jetzt sozusagen hier einen Zusammenschluß macht mit Oberösterreich und was weiß ich. Das wäre absurd, das schaffen wir nicht. Ich gehe davon aus, daß man jene Dinge machen muß, die realisierbar sind. Und da bin ich beim Thema der Bevölkerung und der Betroffenen, das der Klubobmann Flecker angesprochen hat. Ich habe mehrfach in den letzten Monaten auch gesagt, für mich ist die Realisierung eines Nationalparks gegen den Willen der Betroffenen dort und gegen den Willen der Bevölkerung undenkbar. Das ist überhaupt nicht denkbar. Wie soll ich das machen? Dort sind Leute ganz sicherlich auch in ihrer persönlichen Existenz betroffen oder abhängig vom derzeitigen Zustand des Wirtschaftens dort, und da kann man nicht hergehen und sagen, das gilt alles nichts, und die haben nichts mitzureden. Das ist selbstverständlich, nur ich möchte sagen, das Problem ist ja für mich durchaus lösbar. Nämlich wir haben doch ausdrücklich in der Regierung ausgemacht, es geht nur – und der Kollege Tasch hat es vorhin glaube ich noch einmal angesprochen – um den Grund der Landesforste. So, und dort haben wir natürlich Einforstungsberechtigte darauf, gar keine Frage. Selbstverständlich ist dann in der Folge des Vorliegens dieser Machbarkeitsstudie ein Konzept zu entwickeln, wie das Wirtschaften dort weitergehen kann, wie die Existenz dieser Einforstungsberechtigten abgesichert werden kann und wie es Zug um Zug dort eben eine Entwicklung auch auf eine neue touristisch-ökonomische Struktur weitergehen soll. Aber soweit sind wir nicht, meine verehrten Damen und Herren, und diese Etappen haben wir vor uns. Ich möchte schon eines dazu sagen, ich habe mich bewußt in den letzten Wochen und Monaten zurückgehalten, weil ich weder für die eine Front noch für die andere mich hergeben wollte, da in irgendeine sinnlose Auseinandersetzung zu geraten. Nämlich immer wenn Fundamentalisten der einen mit der anderen Seite zusammenkommen, dann kommt das heraus, was wir am Beispiel der ennsnahen Trasse seit mehr als 20 Jahren erleben, und das zählt sich nicht aus. Es zählt sich deswegen nicht aus, weil es einfach schlichtweg nichts bringt, sondern wir haben gesagt, wir lassen diese Machbarkeitsstudie erstellen, die wird im März endgültig vorliegen. Dann wird es eine breite Information geben an erstens die Betroffenen, zweitens an die gesamte Bevölkerung dieser Region und drittens dann wird und soll es Diskussionen geben, machen wir das, machen wir es nicht. Wenn wir es machen, unter welchen Bedingungen, ja oder nein, und dann soll es auch eine Entscheidung geben. Das, Herr Klubobmann, darauf würde ich jedenfalls aus meiner Position bestehen und als den richtigen Weg auch sehen. Ich halte es einfach als für völlig verfrüht, jetzt zu sagen, das kommt auf keinem Fall. Ich halte es auch für nicht legitim zu sagen, das kommt auf jedem Fall. Beide Positionen halte ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht haltbar. (Abg. Mag. Zitz: „Was ist Ihr Konzept für den Naturschutz?“) Sehr geschätzte Frau Abgeordnete! Ich schätze Ihren Einsatz für die Sache sehr, nur er ist mir zuwenig und er hilft mir nichts. Das Konzept ist ganz eindeutig. (Abg. Mag. Zitz: „Ihr Einsatz wäre gefragt. Ich bin eine kleine Abgeordnete, Sie sind ein Landesrat!“) Meinen Einsatz, liebe Frau Abgeordnete, können Sie haben und den werden Sie auch haben, aber gemessen an den realen Gegebenheiten. Es hilft ja

nichts, mit dem Kopf durch die Wand zu fahren und dabei nichts zu erreichen. Deshalb, wenn Sie hilfreich sein wollen, sind Sie eingeladen, wie auch einige Kollegen aus Wien und von diversen Organisationen, die nicht in diesem Land beheimatet sind. Ich lade Sie gerne ein. Und gehen Sie mit mir hinauf und sprechen Sie mit den betroffenen Leuten vor Ort, und bitte erzählen Sie dann auch, was Sie hier sagen. Nochmals, das ist sehr positiv, und ich schätze das sehr, was Sie machen. Nur ich sage, das wird sich nicht ausgehen, daß wir an den Leuten vorbeireden und vorbeidiskutieren oder von Graz ein Diktat schicken und sagen, weil wir uns das so schön ausdenken, und für uns da unten wird das da oben so geschehen. Dafür stehe ich nicht zur Verfügung, Frau Kollegin. Ich stehe aber dafür zur Verfügung, daß wir dieses Ziel und dieses Konzept, und für mich steht ein einstimmiger Regierungsbeschluß der Steiermärkischen Landesregierung, weiterverfolgen unter diesen Prämissen, die ich vorhin genannt habe. Eine Bemerkung schon auch: Ich weiß, daß es dort oben eine Verunsicherung gibt. Ich sage auch, diese 500 Unterschriften, die gesammelt wurden, schrecken mich überhaupt nicht – das wundert mich. Gegen jedes Projekt, selbst gegen einen Spitalsbau heute auf einer grünen Wiese, sammle ich sofort 3000 Unterschriften, kann heute in jeder Region ein Teil der Bevölkerung mobilisiert werden. Ich weiß, daß hier eine ziemlich starke Stimmungsmache gegen den Nationalpark betrieben wird mit zum Teil völlig unrichtigen und völlig absurden Argumenten. Ich sage daher, lassen wir das einmal so im Raum stehen. Wenn die Machbarkeitsstudie vorliegt, wird es eine gezielte Strategie der Information geben, es wird Diskussionen geben, und es wird dann – so meine ich jedenfalls und hielte das für richtig – auch die notwendige definitive politische Entscheidung über dieses Projekt geben. Alles andere, was jetzt hier sozusagen von der einen oder von der anderen Ecke kommt, nehme ich ernst. Nochmals: Ich kann vielen Argumenten des Klubobmannes Flecker folgen, aber die Konklusio ist für mich völlig falsch. Ich sehe überhaupt keinen Grund, zu sagen, da ist es aus und da sind wir am Ende, weil es überhaupt keine vorliegenden Unterlagen noch gibt, die wir in der Regierung beschlossen haben, auf deren Basis man dann eine gezielte Information und einen gezielten Diskussionsprozeß überhaupt führen kann. Soweit, so gut. Ich bitte um Verständnis, ich halte am Regierungsbeschluß, wie er gefaßt wurde, fest. (Beifall bei der ÖVP. – 22.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Nunmehr erteile ich dem Herrn Präsidenten Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko (22.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich als regionaler Abgeordneter, der auch zum Zeitpunkt der Beschlussfassung sich für eine Prüfung in Richtung Naturschutz, Naturschutzpark und Nationalpark und was immer damit verbunden ist, einiges dazu sagen möchte. Wir haben dem Projekt zugestimmt unter der Prämisse für uns, daß die Zustimmung der Bevölkerung und die Akzeptanz des Projektes durch die Bevölkerung gegeben ist, daß die entsprechenden Betroffenen auch entschädigt werden. Ich erinnere mich noch sehr

deutlich an die intensiven Bemühungen, die damals Dr. Steinbach anlässlich des Nationalparks im Ausseer Land gehabt hat, und schlußendlich hat sich herausgestellt, daß die Bevölkerung mit überwiegender Mehrheit sich gegen das Projekt ausgesprochen hat. Wir werden diesem Entschließungsantrag zustimmen, gehen aber nach wie vor davon aus, daß die Akzeptanz der Bevölkerung jenes Kriterium sein wird, das notwendig ist, um schlußendlich zu einem solchen Projekt zu führen. Sollte es, wie Kollege Flecker expliziert hat, bereits jetzt sehr intensive Zerfallserscheinungen geben und das Projekt nicht zustande kommen, dann werden wir uns dem Projekt nicht anschließen. (Beifall bei der FPÖ. – 22.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Alfred Prutsch (22.07 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werde Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren!

Wieder zurück zum Umweltschutzbericht 1997, den wir unter diesem Tagesordnungspunkt diskutieren. Er wurde vom Autorenteam mit noch mehr Informationen und Daten ausgestattet als die zwölf Berichte vorher. Er ist ein informatives Nachschlagewerk für die breite Öffentlichkeit, für Fachexperten und Verantwortungsträger geworden, wofür ich auch namens meiner Fraktion dem gesamten Gestalterteam den herzlichsten Dank aussprechen möchte. In meiner Wortmeldung möchte ich auf zwei Kapitel näher eingehen, nämlich auf den Bodenschutz und auf das Österreichische Umweltschutzprogramm. Zum Bodenschutz: Die steirische Umweltpolitik hat sich eigentlich schon sehr früh mit der Lebensgrundlage Boden befaßt und ein landwirtschaftliches Bodenschutzprogramm ausgearbeitet. Mit der Beschlußfassung des Steiermärkischen Bodenschutzgesetzes 1987 wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, in einzelnen Regionen der Steiermark Böden nach verschiedenen Schadstoffen zu untersuchen sowie den Belastungsgrad zu kontrollieren, um die Werte im Bodenschutzbericht festzuschreiben. Es waren bis 1990 nur 119 Untersuchungsstandorte in der Steiermark, ab 1990 wurden in einer Untersuchungsphase II 400 Rasterstandorte, auf das gesamte Bundesland aufgeteilt, untersucht. Mituntersucht wurde auch der Humusgehalt, der pH-Wert, Kalk- und Phosphorgehalt der Böden sowie die einzelnen Spurenelemente, die im Boden enthalten sind. Von einigen wenigen Grenzwertüberschreitungen abgesehen, wird unseren steirischen Böden im allgemeinen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Vielleicht wurde früher dem Wunder Boden von uns Landwirten nicht immer die notwendige Beachtung geschenkt.

Seminare, Versuche und Broschüren sowie unsere Landwirtschaftsschulen haben unseren Bauern das notwendige Fachwissen über den Aufbau des Bodens vermittelt. Auch die Bearbeitung unserer Böden hat in letzter Zeit große Veränderungen erfahren. Wir wissen, daß nur ein gesunder Boden die Grundlage für die Produktion von qualitätsvollen und gesunden Nahrungsmitteln ist. Uns Bauern ist aber auch bewußt, daß nur ein gesunder Boden die Existenzgrundlage jeden Betriebes sein kann. Zum Zweiten: Das Öster-

reichische Umweltprogramm, in Kurzform ÖPUL genannt, dient der ökologischen Ausrichtung der österreichischen Landwirtschaft und wird vom Bund, Land und der Europäischen Gemeinschaft gefördert. 180.000 Betriebe in Österreich, davon 37.000 in der Steiermark, nehmen an diesem Umweltprogramm teil. 75 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Steiermark konnten damit erreicht werden. Alle Maßnahmen, das dieses Programm über einen Zeitraum von fünf Jahren vorsieht, sind gute Ansätze für eine ökologische Bewirtschaftungsform im Ackerbau und Grünlandbereich. Für 1998 wurde eine Änderung des ÖPUL bei der Europäischen Union beantragt, so daß auch ein Neueinstieg bei einzelnen Maßnahmen möglich ist. Gleichzeitig wurde auch eine notwendig gewordene Aufstockung der finanziellen Mittel sowie eine bessere Kofinanzierung durch die EU erreicht. 1996 wurde erstmals das Regionalprojekt Steiermark im Rahmen des Österreichischen Umweltprogrammes den landwirtschaftlichen Betrieben des Murtales, von Graz bis Radkersburg, angeboten. Dieses Projekt hat das Ziel, verstärkt grundwasserschonende Maßnahmen für die Bewirtschaftung der Ackerflächen in diesem Raum zur Umsetzung zu bringen. Neben der zeitlich und mengenmäßigen Beschränkung in der Ausbringung von Wirtschafts- und Handelsdünger ist eine Begrünung bis zu 50 Prozent der Ackerfläche über den Winter verpflichtend vorgesehen. Die Richtlinien enthalten auch eine Reduzierung der Großvieheinheiten pro Hektar und den begrenzten Anbau von Mais im Rahmen des Anbauplanes. Der Anbau von Raps und Getreide muß prozentmäßig zur Ackerfläche passieren. Für diese extensive Bewirtschaftungsform, welche auch eine geringere Produktion in einigen Bereichen erwarten läßt, sind Ausgleichszahlungen vorgesehen. Für zirka 4500 Hektar wurden von den Bauern Anträge bei den zuständigen Bezirkskammern für dieses Regionalprojekt für 4,5 eingebracht. Es ist dies für mich einmal mehr der Beweis dafür, daß unsere Bauern sehr wohl bereit sind, für eine gesunde Umwelt auch ihren Beitrag zu leisten. Sich für dieses Regionalprojekt für fünf Jahre zu entscheiden ist derzeit noch eine freiwillige Sache eines jeden Betriebsführers, weil die Einhaltung aller Auflagen dieses Projektes in Regionen mit schwereren Böden nicht ganz leicht umzusetzen ist. Trotzdem meine ich, daß unsere Bauern neben freiwilligen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt auch viele Kontrollen und gesetzliche Auflagen auf sich nehmen müssen. Man wird vermehrt darauf achten müssen, daß es in der Zukunft nicht zu noch größeren Wettbewerbsverzerrungen durch strengere Maßnahmen kommt. Zu Weltmarktpreisen produzieren zu müssen, wie es derzeit in einigen Produktionssparten der Fall ist, wir haben heute den Schweinebereich diskutiert, setzt natürlich auch gleiche Produktionsbedingungen voraus. Das ist derzeit in Europa nicht der Fall. Die Ausgleichszahlungen, welche kofinanziert geleistet werden, können auch in Zukunft die niedrigen Produktpreise nicht wettmachen. Der Erhalt einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft für die Zukunft wird sicherlich nicht immer ganz leicht sein. Wir Bauern brauchen vermehrt unsere Konsumenten im eigenen Land. Wir müssen ihnen bewußtmachen, daß unsere bäuerlichen Betriebe eher in der Lage sind, gute qualitätsvolle Produkte zu erzeugen, als Groß-

betriebe und Agrarfabriken in anderen Agrarnationen. Daher meine ich, daß der Erhalt einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft in unserem Land nicht nur von der großen europäischen Agrarpolitik zukünftig abhängig ist, sondern auch vom künftigen Kaufverhalten unserer heimischen Konsumenten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 22.14 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (22.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst stehe auch ich nicht an, dem Autorenteam des Umweltberichtes des Landes Steiermark unter Federführung von Herrn Hofrat Rupprecht sehr herzlich zu danken. Insbesondere danke ich, daß die Anregung, daß auch ein Kapitel Gentechnologie in diesem Umweltbericht integriert wird, aufgenommen wurde. Die Umsetzung dieser Anregung und darüber hinaus auch ein mittlerweile recht stattliches Kapitel Verkehr finden sich in diesem Bericht. Verkehr, meine Damen und Herren, ist bei nüchterner Betrachtung das wohl zentrale und wichtigste Umweltproblem in den nächsten zehn, 20 Jahren. Wenn wir das nicht lösen können, können wir den Rest vergessen.

Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf ein Kapitel konzentrieren, das bereits in einem Randbereich, nämlich Nationalpark, angesprochen wurde, nämlich das Kapitel Naturschutz. Es ist ein außerordentlich dünnes Kapitel, was mich persönlich sehr schmerzt. Ich glaube, daß wir dem Naturschutz auch aus ökonomischen Gründen verstärkt Augenmerk schenken sollten. Gäbe es nicht ein Projekt der Naturschutzorganisationen, das Frau Prügger vom Naturschutzbund Steiermark, Frau Hubisch von For Nature, Herr Gepp vom INL und Frau Franz-Bittner vom Natur-Erlebnis-Park gemeinsam mit mir entwickelt hätten, ein Projekt im übrigen, das den Personalstand dieser Organisationen um 25 erhöht hat, also 25 Arbeitsplätze im Bereich Naturschutz geschaffen hat, getragen wird von einer Gesellschaft im Eigentum des Landes Steiermark, nämlich von der Steirischen Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträgergesellschaft, gäbe es nicht dieses Projekt, wäre die Erfolgsbilanz der Naturschutzpolitik des letzten Jahres, also des Berichtsjahres 1997, eine höchst negative. Ich bin also froh, daß es dieses Projekt gibt, daß es gelungen ist, dieses Projekt auch mit Mitteln der Wirtschaftsförderung auf die Beine zu bringen, man höre und staune, der Wirtschaftsförderung. Es ist also nicht Schall und Rauch, wenn ich sage, daß Naturschutz auch ökonomische Bedeutung hat. Was in der Naturschutzpolitik des Landes Steiermark offenbar noch nicht erkannt wurde, ist, daß im Bereich der Umweltpolitik insgesamt ein Paradigmenwechsel angesagt ist, ein Paradigmenwechsel, wie er beispielsweise in der Abfallwirtschaft bereits Platz greift. Manchen von Ihnen wird nicht entgangen sein, daß das Kapitel Abfallwirtschaft gestrichen wurde und ersetzt wurde durch ein Kapitel Stoffstromwirtschaft. Ich glaube, daß das ein sehr moderner und der richtige

Ansatz ist, daß man nicht mehr nur den Abfall für sich, sozusagen fokussiert, betrachtet, sondern die Produkte von der Wiege bis zur Bahre analysiert und versucht, insgesamt den Stoffstrom zu optimieren und Effizienz zu erreichen in der Verwendung von Materialien, Stoffen und Substanzen. Es ist ein Weg hin zur Kreislaufwirtschaft. Ich bin davon überzeugt, daß wir in zehn Jahren vielleicht eine weitere Umbenennung erreichen können, wir also in zehn Jahren vielleicht wirklich so etwas wie Ansätze einer Kreislaufwirtschaft erreicht haben werden. Abschied von der Abfallwirtschaftspolitik würde im Bereich der Naturschutzpolitik bedeuten, daß wir Abschied nehmen müßten von einer inselorientierten Naturschutzpolitik. Eigentlich ist ein Projekt wie der Nationalpark auch eine inselorientierte Politik, inselorientierte Naturschutzpolitik, wie sie eigentlich einem europäischen Verständnis für Naturschutz nicht entspricht. Ein europäisches Verständnis von Naturschutzpolitik ist ein Verständnis von flächendeckendem Naturschutz, ein Verständnis, das bedeutet, daß Naturschutz eigentlich Aufgabe von jedem ist, der Verantwortung zu tragen hat und insbesondere Verantwortung zu tragen hat im Bereich des Umganges mit Flächen und der Natur auf diesen Flächen. Es steht ein Verständnis von Naturschutzinseln einem Verständnis von Netzwerken gegenüber, von einem Netzwerk gegenüber, geknüpft als Biotopverbundsystem. All das sind, meine Damen und Herren, Ansätze, die in den letzten zehn Jahren im Bereich der Naturschutzwissenschaft entwickelt wurden, wie Sie sich vorstellen können, noch nicht wiederzufinden im steirischen Naturschutzgesetz. Aus diesem Grunde wird meine Fraktion noch in diesem Jahr ein neues Naturschutzgesetz vorlegen. Ich hoffe, daß wir es noch in dieser Periode ausverhandeln können und auch hier im Landtag beschließen können. Ein Naturschutzgesetz, das eben diesem modernen Verständnis von Naturschutz als Netzwerk-Naturschutz, als ein Naturschutz von Biotopverbundsystemen gerecht wird. Das Rückgrat dieser Biotopverbundsysteme müssen unsere Fließgewässer sein. Aus diesem Grund wird meine Fraktion nicht müde, immer wieder zu betonen, die sogenannte Tabuzonenkartierung durchzuführen, damit wir endlich wissen, in welchem ökologischen Zustand – nicht nur die Wassergüte ist hier gemeint – sich die Fließgewässer und die Uferbereiche unserer Fließgewässer befinden, so daß dieses Rückgrat entweder so erhalten werden kann oder aber renaturiert werden kann. Dort wo es keine Fließgewässer als Rückgrat gibt, sind Hecken anzulegen. Auch hier zeigt uns Niederösterreich, wie der Weg sein könnte, welchen Weg wir zu gehen haben. Hier gibt es einen eigenen Verein, genannt Distelverein, der ausschließlich das Anlegen von Hecken betreibt zur Verbindung hochwertiger Biotope, denn Biotope, die Inseln sind, sind langfristig zum Aussterben, zum Absterben verurteilt aus schlichten genetischen Gründen. Rund um hochwertige ökologische Bereiche, rund um hochwertige ökologische Flächen sind darüber hinaus, auch das ein Verständnis, das erst in den letzten zehn Jahren entwickelt wurde – es sind darüber hinaus Pufferzonen zu entwickeln und auch Pufferzonen zu finanzieren. Ich komme also zum nach wie vor schwierigsten und zentralen Problem des Naturschutzes in der Steiermark, nämlich zur Finanzierung. Hier bleibt mir

eigentlich nur zu sagen, daß das Angebot meiner Fraktion nach wie vor steht, daß wir verhandlungsbereit über den sogenannten Schotterschilling sind, auch mit einer hohen Zweckwidmung für Naturschutz, denn allein die Erfüllung der Aufgaben, die uns die EU vorgibt im Bereich Naturschutz, wird einen Millionenbetrag in zweistelliger Höhe erfordern.

Soviel, meine Damen und Herren, eine kurze Darstellung der inhaltlichen Orientierung des SPÖ-Entwurfes zum Naturschutzgesetz. Ich würde mich freuen, wenn wir tatsächlich dieses Gesetz rasch verhandeln und noch in dieser Periode beschließen könnten. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 22.22 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Landesrat Pörtl das Wort.

Landesrat Pörtl (22.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach den konstruktiven Beiträgen mache ich das sehr kurz. Ich möchte herzlichst danken für die Arbeit und das Werk, das in diesem umfangreichen 13. Umweltbericht für uns, für Experten und für die Öffentlichkeit sichtbar wird. Ich wünsche vor allem, daß wir in Zukunft all das, was wir als konkrete Leistungen wirklich erbringen, auch als eine positive Lebensstrategie bewerten. Wenn die Frau Kollegin Zitz von den sieben Sünden, krampfhaft alles zusammengeräumt, was doch vielleicht noch negativ sein könnte, spricht, so ist ihr das verziehen. Von 1000 Kleinanlagen machen wir gleich 300 Pflanzenkläranlagen, und derart könnte ich noch viele Beispiele nennen. Wir sind ein Umwelt-, Energie-, Wunder- und Musterland mit Spitzenbeamten und guten Menschen in der Wirtschaft, in der Pädagogik und in der Land- und Forstwirtschaft. Darüber sind wir sehr froh, daß wir die wilden Kämpfe durch milde Beiträge ersetzern können. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.23 Uhr.)

Präsident: Ich danke sehr. Wir kommen nun zur Abstimmung, da keine weitere Wortmeldung vorliegt.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nunmehr ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Nationalpark Gesäuse, die Zustimmung geben, ebenfalls um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

23. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 177/7, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Dietrich und Mag. Bleckmann, betreffend die Einführung der Mineralölsteuerrückvergütung für landwirtschaftliche Fuhrwerke.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (22.24 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag mit der Einl.-Zahl 177/7 der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Dietrich und Mag. Bleckmann, betreffend die Einführung der Mineralölsteuerrückvergütung für landwirtschaftliche Fuhrwerke. Die Einkommenssituation in der heimischen Landwirtschaft ist in Anbetracht des 30- bis 40prozentigen Einbruchs bei den Produkterlösen und andererseits durch die zeitverzögerte Ausbezahlung der landwirtschaftlichen Förderungen und Ausgleichszahlungen nahezu existenzbedrohend, während sich Betriebsmittel nach wie vor eines Preisniveaus erfreuen, welches zum Teil weit über dem der übrigen EU-Länder liegt. Auch der Treibstoff zählt zu den teuren Betriebsmitteln. Daher wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß erstens auf Grund der EU-Flächenerhebung die Mineralölsteuerrückvergütung für landwirtschaftliche Fuhrwerke eingeführt und zweitens eine generelle Steuerbefreiung für Biotreibstoffe ermöglicht wird. (22.25 Uhr.)

Präsident Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Bei diesem Tagesordnungspunkt steht den Mitgliedern des Bundesrates gemäß Paragraph 14 der Geschäftsordnung das Rederecht zu. Ich erteile nun dem zu Wort gemeldeten Herrn Abgeordneten Rieser das Wort.

Abg. Rieser (22.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, Hoher Landtag!

Mit dem Beitritt Österreich zur Europäischen Union sind die Preise für land- und forstwirtschaftliche Produkte in Österreich auf das EU-Preisniveau abgesunken. Wir haben das vorhin gerade im Bericht der Berichterstatterin gehört. Im Bereich der Betriebsmittel für die land- und forstwirtschaftliche Produktion hat es diese Preisanpassung bis jetzt nicht oder nur unzureichend gegeben. Insgesamt wird dadurch im offenen EU-Markt die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Landwirtschaft gemindert, die ohnedies durch natürliche Benachteiligungen – 60 Prozent Berglandwirtschaft, Klima, kleine Betriebsstrukturen – belastet und gefährdet ist. Ein wesentlicher Faktor für die Benachteiligung der österreichischen Bauern im Betriebsmittelbereich sind die Kosten des in der land- und forstwirtschaftlichen Urproduktion eingesetzten Dieseltreibstoffes. Der österreichische Dieseltreibstoff, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt 340 Prozent über dem Dieselpreis von Belgien. Wenn man den Dieselpreis in der EU für die Landwirtschaft ansieht, meine sehr verehrten Damen und Herren, so möchte ich einige Beispiele hier zitieren: in Belgien 2,10 Schilling, in Dänemark 2,92 Schilling, in Deutschland 3,79 Schilling, in Griechenland 6 Schilling, in Österreich 7,17 Schilling, in Portugal 4,15 Schilling, in Finnland 3,07 Schilling, in Schweden 6,61 Schilling, in Großbritannien 3 Schilling. Das ist ein Durchschnitt europaweit von 4,12 Schilling. Zum Ausgleich dieses gravierenden Wettbewerbsnachteils fordere in diesem Zuge auch natürlich, daß in der neuen Steuerreform, die gegenwärtig diskutiert wird, eine Neuregelung in der Weise kommt, daß die österreichische

Landwirtschaft für die Produktion, nämlich mit Heizöl leicht, extra leicht, fahren darf. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Rieser, Riebenbauer und Alfred Prutsch einbringen, betreffend verpflichtenden Einsatz von Rapsmethylester. Der Einsatz von Rapsmethylester als Treibstoff beziehungsweise von Pflanzenölen als Schmierstoffe in besonders umweltsensiblen Bereichen, wie zum Beispiel Schipisten, Gletscher, Schifffahrt auf Binnenseen et cetera, würde dazu beitragen, das Risiko von Umweltschäden durch austretende fossile Treibstoffe in ökologisch äußerst sensiblen Arealen sehr effizient zu verringern. Darüber hinaus könnte dadurch eine zusätzliche Einnahmenquelle für die Landwirtschaft geschaffen werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit der verpflichtende Einsatz von Rapsmethylester als Treibstoff und von Pflanzenmitteln als Schmierstoff in besonders umweltsensiblen Bereichen, wie Schipisten, Gletscher, Schifffahrt auf Binnenseen et cetera, möglich ist. Ich bitte um Zustimmung. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 22.30 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Peinhaupt (22.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zur fortgeschrittenen Stunde Ihre wertvolle und kostbare Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Aber jedesmal, wenn ein ÖVP-Abgeordneter hier heraußensteht und zu einer Bauernproblematik spricht, dann muß ich, genau auf den heutigen Tag bezogen, feststellen, daß das Drama doch drei Akte haben wird. Wenn gerade Herr Kollege Rieser hier steht und sagt, wie benachteiligt wir in Österreich bei den Treibstoffpreisen sind, so muß ich mich schon fragen, wer ist denn Wirtschaftsminister, wer hat denn die Hausaufgaben nicht erledigt? (Abg. Purr: „Komme einmal zur Sache!“) Herr Plauderer, sei einmal ruhig und rede mir nicht immer inzwischen, weil es auch eure Zeit ist, die ihr hier braucht. Ihr habt die Hausaufgaben nicht erledigt und ihr habt diese Chancengleichheit nicht hergestellt. Ich nenne eine Zahl: Die Preiseinbußen in der Landwirtschaft haben im Jahr 1995 durch den EU-Beitritt in Österreich 24,2 Prozent betragen, in Dänemark 23,8 Prozent. In Dänemark sind die Betriebsmittelpreise um 21,4 Prozent zurückgegangen, in Österreich um 1,4 Prozent gestiegen. Das sind die Hausaufgaben, die im Budgetverantwortungsbereich einer ÖVP liegen, aber nicht nur das, auch der Antrag, der heute einstimmig beschlossen werden wird, außer die ÖVP verhält sich so wie bei zwei weiteren Stücken, daß sie im Ausschuß anders abstimmt wie dann im Landtag. (Abg. Majcen: „Wir sind wenigstens da!“) Gott sei Dank, dann könnt ihr euch das wenigstens anhören, was ihr für Blödsinn macht. Auch dieser ÖVP sei gesagt, daß der Antrag nur unter diesem Schreckenszenario der in Existenzängsten sich befindenden steirischen Bauernschaft eingebracht und durchgesetzt werden konnte. Denn eingebracht, meine Damen und Herren, wurde er bereits am 21. Mai 1996. Es hat keiner mit einem Ohrwaschel gewackelt, um rechtzeitig für die Bauernschaft dementsprechende Begünstigungen zu er-

reichen. Auch ihr seid mitschuldig an der Sache. Den Beschlußantrag der ÖVP unterstützen wir selbstverständlich. (Beifall bei der FPÖ. – 22.32 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir stimmen bitte ab.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nunmehr bitte ich jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend verpflichtenden Einsatz von Rapsmethylester zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 937/1, der Abgeordneten Kaufmann und Huber, betreffend Novellierung des Landwirtschaftskammergesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Huber (22.32 Uhr): Antrag der Abgeordneten Kaufmann und Huber, betreffend Novellierung des Landwirtschaftskammergesetzes.

Wir haben in der Steiermark ein sehr veraltetes Landwirtschaftskammergesetz, und es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage zur Novellierung des Landwirtschaftskammergesetzes (LGBl. Nr. 14/70, in der derzeit geltenden Fassung) dem Landtag binnen sechs Monaten zur Beschlußfassung vorzulegen. (22.32 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 25 und 26 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

25. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 183/9, zum Beschluß Nr. 769 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Juli 1998 über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann und Huber, betreffend AMA-Marketingbeitrag im Falle von Direktvermarktung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Huber (22.34 Uhr): Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 769 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Juli 1998 über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann und Huber, betreffend AMA-Marketingbeitrag im Falle von Direktvermarktung.

Unsere Landesregierung hat vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Beantwortung sinngemäß so bekommen: „Es gibt Untergrenzen bei den Beitragszahlungen, und aus diesem Grund fällt ein Teil der Direktvermarkter, die unter diesen Untergrenzen bleiben, als Beitragszahler heraus.“

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 28. September 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 769 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Juli 1998 über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann und Huber, betreffend AMA-Marketingbeitrag im Falle von Direktvermarktung, wird zur Kenntnis genommen. (22.35 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

26. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/52, zum Beschluß Nr. 652 des Steiermärkischen Landtages vom 28. April 1998 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Dirnberger und Alfred Prutsch, betreffend einen Landeszuschuß ab 1998 als Ausgleich des Strukturachteiles in der Milcherfassung und/oder zu den Rohmilchuntersuchungskosten.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (22.35 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Mündlicher Bericht Nr. 142. Der Antrag liegt Ihnen vor. Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 652 des Steiermärkischen Landtages vom 28. April 1998 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Dirnberger und Alfred Prutsch, betreffend einen Landeszuschuß ab 1998 als Ausgleich des Strukturachteiles in der Milcherfassung und/oder zu den Rohmilchuntersuchungskosten, wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme! (22.36 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (22.26 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Sehr verehrter Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren!

Wir haben heute schon eine ausführliche Agrardebatte gehabt zur tristen Situation der Schweinebauern. Es ist interessant für mich, mit welcher Wortwahl umgegangen wird. Ich möchte es nicht kommentieren. Interessant aber auch, wer sich alles zu Wort

meldet und Interesse dafür zeigt und auch Besorgnis. Ich muß eines zurückweisen, es ist der Vorwurf gekommen, daß natürlich zu wenig Markenprodukte und dergleichen aufgebaut wurden. Ich muß sehr wohl feststellen, daß es im Schweinebereich ein Markenprodukt Porki gibt, daß auch die Umstellung nicht so rasch vollzogen worden ist, ist zum Teil richtig, ist auch kaum möglich, innerhalb zwei bis drei Jahren eine Umstellung so rasch zu vollziehen gegenüber anderen Ländern, die zehn, 15, 20 Jahre und mehr in der EU sind und dadurch auch angepaßt agieren können. Polemisch wird es für mich dann aber, wenn hier von manchen Abgeordneten behauptet wird, daß es zu wenig Markenprodukte gibt, aber die Arbeiterkammer in Wien feststellt vor einem Monat, daß die Milchprodukte in Wien gegenüber Bayern um 10 bis 15 Prozent zu teuer sind und daß diese sich verbilligen müssen. Und da frage ich mich schon, wissen die Herren Arbeiterkammerer nicht, was eine Preisverbilligung für Auswirkungen hat, daß schlußendlich noch mehr Rationalisierungsdruck auf die Firmen kommt, das heißt, Arbeitsplätze verloren gehen. Und hier diskutieren wir immer über Arbeitsplätzeschaffung. Daß es schlußendlich auf den Milchpreis der Bauern schlägt, wenn man hier nach unten drückt, anstatt daß man froh wäre, daß es die heimische Milchwirtschaft geschafft hat, Markenprodukte aufzubauen und der österreichische Konsument bereit ist, dafür ein paar Schilling mehr zu zahlen. Da bin ich äußerst verwundert darüber. Verwundert bin ich auch über eine Ministerin, die rein aus Sensationsgier in der Presse sofort verkündet, Hormonskandal, wir müssen die Konsumenten schützen und schlußendlich sich herausstellt, daß gar nichts war. Und es für diese Ministerin keine Konsequenzen gibt. In jedem Privatbetrieb wäre sie ihren Vorstandsposten los. Ja, die einzige Konsequenz ist, daß der Landwirtschaftsminister Molterer einige Millionen Schilling herausgeholt hat, damit man wieder ein Image mühsam aufbauen kann für das österreichische Rindfleisch. Und wenn der Kollege Peinhaupt heute behauptet hat, daß die EU eigentlich in gewissen Punkten nicht schlagkräftig ist, dann gebe ich Ihnen recht. Die USA, die Amerikaner waren schneller. Vieles kommt von Amerika, ich bin mit vielem nicht einverstanden, aber zeitversetzt kommt es einmal nach Europa und schlußendlich auch nach Österreich. Und in manchen Dingen schauen wir auf Amerika und flehen wir direkt um Amerika, wenn es irgendwo Krisenherde in der Welt gibt, die eigentlich dann bekämpft werden müssen. Und auch in Agrarangelegenheiten waren die Amerikaner rascher. Sie haben erkannt, daß es Wirtschaftsprobleme gibt in Südostasien und in Rußland und haben ein paar Milliarden Schilling in die Hand genommen und haben die Nahrungsmittel mitgeliefert. Da waren wir zu langsam. Aus dieser Situation müßten wir lernen, muß vor allem die EU lernen. Und gerade diese Situation, daß eine totale Überproduktion zu einem totalen Preisverfall führen kann, muß uns zeigen, daß wir – und für uns und für mich und für meine Fraktion ist die Forderung unabdingbar, muß die Quotenregelung bei der Milchwirtschaft aufrechterhalten bleiben im Jahr 2000 und auch nach 2006. Die Auswirkungen wären folgendermaßen: Totale Überproduktion. Dort, wo Nahrungsmittel gebraucht werden, in den sogenannten Drittländern, die haben

keine finanziellen Mittel, sie zu kaufen, und wir werden auch nicht in der Lage sein, so billig zu produzieren wie in den Gunstlagen Europas. Und in der Milchwirtschaft sind die Gunstlagen Holland, Dänemark, England. Das heißt, klare Forderung, Quotenregelung aufrechterhalten. Wir wissen aber auch, daß wir einen Strukturnachteil haben. Und hier gibt es einen ganz konstruktiven Vorschlag von der Landwirtschaftskammer, Übernahme der Qualitätsuntersuchungskosten für die ganzen Bauern in der Steiermark, Kosten in etwa 8 Millionen Schilling. Wir haben auch Strukturnachteile in der Milcherfassung. Kleinere Bauern, weitere Wege, das heißt, hier ist die öffentliche Hand gefordert, und hier würde der Vorschlag sehr konstruktiv eingreifen, und zu dem stehe ich und den unterstütze ich auch voll. 17 Groschen, so wie in Bayern die Erfassungskosten sind, müssen die Betriebe zahlen und die restlichen Milcherfassungskosten, wie das Kind dann auch immer heißt, damit es EU-konform ist, die öffentliche Hand. Das heißt, es würde ein Gesamtfinanzierungsbedarf von 35 bis 40 Millionen Schilling entstehen. Und ganz klar ausgedrückt, das kann natürlich dann nicht wieder heißen, ja, lieber Herr Landesrat, alles recht und schön, das unterstützen wir, aber du mußt umschichten. Dieses Umschichten kennen wir, weil dann muß natürlich anderen wieder etwas genommen werden. (Abg. Genaro. „Wer soll denn das alles zahlen, was ihr verlangt?“) Ich ersuche daher alle Fraktionen, wenn es uns ernst ist, so wie heute am Nachmittag diskutiert wurde, wir müssen Maßnahmen setzen, damit die bäuerliche Landwirtschaft aufrecht erhalten bleibt, dann müssen wir auch bereit sein, die finanziellen Mitteln zur Verfügung zu stellen, und ich fordere dieses Haus auf, vor allem die Regierungsfractionen, diese Vorschläge zu unterstützen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 22.42 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Peinhaupt das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (22.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich gehe nicht ans Rednerpult, um den Kollegen Purr zu ärgern, sondern ich gehe ans Rednerpult, um die ÖVP auf die Hausaufgabe – die dritte – aufmerksam zu machen. Kollege Dirnberger hat den Sachverhalt sehr seriös dargestellt, und ich darf das vielleicht ein bißchen untermauern. Mir liegt hier eine Information der Gmundner Molkerei im unmittelbaren Vergleich mit den Bayern vor, wobei man nur von der Milchlieferung spricht: Lkw in Bayern mit der grünen Nummer steuerfrei, in Österreich steuerpflichtig. Die Kommunalabgabe in Bayern null, der Dienstgeberbeitrag in Bayern null, die Fremdenverkehrsabgabe in Bayern null, in Österreich 3 Prozent Lohnsumme, 4,5 Prozent der Lohnsumme ist der Dienstgeberbeitrag, 0,105 Prozent vom Umsatz sind die Fremdenverkehrsabgabe. Die Genossenschaften in Bayern sind steuerfrei, wir sind steuerpflichtig. Die Rohmilchuntersuchung hat 0,2 Prozent in Bayern der Bauer zu bezahlen, und der Rest wird vom Staat bezahlt, 2 Groschen in Österreich. Die Abwassergebühren, lieber Herr Landesrat, das betrifft auch dich, betragen in Deutschland 14 Schilling, in Öster-

reich 26 bis 30 Schilling. Auch der Strom ist in Deutschland im ein Drittel billiger als in Österreich. Wie schaut es mit den landwirtschaftlichen Strukturen aus, daß sich auch Kollege Riebenbauer nach der Decke strecken kann. In Deutschland haben wir 70.900 Bauern, in Österreich haben wir 70.700 Bauern. In Bayern haben wir ein Milchkontingent von 7,1 Milliarden Kilogramm Milch, in ganz Österreich haben wir 2,4 Milliarden Kilogramm Milch. Der Milcherzeuger in Bayern hat durchschnittlich 100.000 Kilogramm, in Österreich 34.000 Kilogramm. Meine Damen und Herren! Das sollten Sie alle unter dem Blickpunkt sehen, daß Österreich in Erfüllung seiner Aufgaben des Landwirtschaftsministers und des Wirtschaftsministers den drittschlechtesten Milchpreis in ganz Europa hat. Die Steiermark liegt mit dem Milchpreis in Österreich nur an vierter Stelle, aber mit dem Marketingbeitrag an dritthöchster Stelle, und auf diesen Marketingbeitrag wird auch Mehrwertsteuer eingehoben, die nicht rechtlich gerechtfertigt ist. Wenn ich mir dann den degressiven Landeszuschuß hernehme, und Niederösterreich sich mit 3,74 zu Buche schlägt und die Steiermark mit 0,09 Groschen, so sei zu dem Versagen der Agrarpolitik in jenem Bereich wohl alles gesagt. (Beifall bei der FPÖ. – 22.46 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Huber das Wort.

Abg. Huber (22.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Dirnberger hat mich nochmals auf den Plan gerufen, und zwar betreffend den falschen Hormonverdacht in Italien, über den heute in der „Kleinen Zeitung“ berichtet wird. Herr Abgeordneter Dirnberger, die ÖVP wäre sehr gut beraten, wenn sie nicht nur unsere Ministerin als Bauernopfer hingestellt hätte, sondern wirklich mehr Druck in Richtung Italien, in Richtung EU für diese Aufklärung gemacht hätte. Ich denke daher, daß euch nicht die Bauern am Herzen liegen, sondern lediglich das politische Theater. (Beifall bei der SPÖ. – 22.47 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Landesrat Pörtl das Wort.

Landesrat Pörtl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir alle wissen ganz genau, daß die Landschaftsstrukturen eigentlich der Grund für Kosten und Aufwendungen sind und daß wir diese von heute auf morgen nicht verändern können. Wir sind nicht in der Lage, unsere Betriebe willkürlich zu vergrößern, sozusagen Geländelandschaften zu verändern. Daher halte ich die Forderungen, die aufgestellt werden, und zwar für einen Versuch des Ausgleichs, für gerechtfertigt. Ich möchte nur festhalten, daß ich nicht verstehe, warum die Steiermark an vierter Stelle ist. Wir haben mehrere Molkereien mit sehr unterschiedlichen Milchpreisvoraussetzungen. Und zwar Stainach, Berglandmilch Stainz und NÖM-Lieferanten bis hin zur ÖM. Ich stelle nur fest, daß die Angabe über die Zuschüsse für Niederösterreich und die Steiermark nie stimmen kann. Vielleicht sind das falsche Angaben, die durch unterschiedliche Ausgangspositionen passiert sind.

Wir haben degressiv vom Ausgangspunkt unseren Beitrag geleistet. Es gibt wahrscheinlich Länder, die alles als Zuschuß bewerten, wo hingegen wir diese Berechnung rein nur auf den Transportkostenzuschuß beziehen. Wenn wir alle diese Leistungen steuerfrei hätten, die zusätzlich im Grünlandbereich drinnen sind, so habe ich im Kopf, daß das auf den Liter Milch umgerechnet 34 Groschen sind. Ich weiß nicht, welche Berechnung das ist. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Im Grünlandbericht kenne ich keine degressiven Förderungen!“) Ich meine den Transportkostenzuschuß von den 20 Groschen herabgehend berechnet. Das ist sozusagen die Annahme. Ich stelle fest, daß wir einen Arbeitskreis laufen haben, österreichweit, um diese Frage der Strukturschwäche zu klären, und das geht durch das gesamte Land, nicht nur in den Berggebieten. Am extremsten ist das vor allem in den Hügellgebieten, wo eine außergewöhnlich schütterere Milchlieferantenstruktur vorhanden ist. Ich bin daher für jede Unterstützung bereit, wenn das vor allem die Voraussetzung finanzieller Natur begünstigt. Über den Hormonskandal will ich nichts sagen, denn das ist im Grunde öffentlich bekannt. Ich sage abschließend, daß nur die Frage der Quotenregelung die eigentliche Entscheidung sein wird, ob es in der Steiermark eine Milchwirtschaft in den Berg- und Grünlandregionen geben wird oder nicht. Das war ebenfalls einer der wesentlichsten Punkte, warum wir am vergangenen Donnerstag beziehungsweise Freitag am Hauptplatz gestanden sind. (Beifall bei der ÖVP. – 22.50 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 183/9, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/52, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 27 bis 37 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese elf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich darf Sie darüber informieren, daß wir uns geeinigt haben, daß, wenn keine Sonderwortmeldung stattfindet, die Redezeit drei Minuten beträgt. Ich bitte Sie, sich daran zu halten.

27. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/4, zum Beschluß Nr. 700 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 über den Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hohegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch,

Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend die Einrichtung eines Landesstraßensonderbauprogrammes für die Jahre 1998, 1999 und 2000.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (22.52 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den mündlichen Bericht Nr. 139.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 17. November 1998 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/4, zum Beschluß Nr. 700 des Steiermärkischen Landtages vom 19. März 1998 über den Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hohegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend die Errichtung eines Landesstraßensonderbauprogrammes für die Jahre 1998, 1999 und 2000, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt.

Der Finanz-Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 700 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 über den Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hohegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend die Einrichtung eines Landesstraßensonderbauprogrammes für die Jahre 1998, 1999 und 2000, wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. (22.53 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

28. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/5, zum Beschluß Nr. 701 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger und Ing. Löcker, betreffend Verwendung der Mittel für das Landesstraßensonderbauprogramm.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (22.53 Uhr): Danke. Ich bringe den mündlichen Bericht Nr. 140.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 17. November 1998 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/5, zum Beschluß Nr. 701 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger und Ing. Löcker, betreffend Verwendung der Mittel für das Landesstraßensonderbauprogramm beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Finanz-Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 701 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger und Ing. Löcker, betreffend Verwendung der Mittel für das Landesstraßensonderbauprogramm, wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. (22.53 Uhr.)

Präsident: Danke!

29. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 934/1, der Abgeordneten Günther Prutsch und Heibl, betreffend Errichtung eines Geh-/Radweges entlang der L 203 zwischen Eichfeld und Mureck.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (22.53 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Dieser Antrag behandelt die Errichtung eines Geh- und Radweges entlang der L 203 zwischen Eichfeld und Mureck. Bei der L 203 zwischen den Katastralgemeinden Eichfeld und Mureck handelt es sich um eine kurvenreiche und daher sehr unübersichtliche Straße, die zudem beträchtlichen Verkehr aufweist. Verschärft wird diese Situation durch landwirtschaftliche Verkehrsteilnehmer vom Frühjahr bis zur Ernte. In der Umgebung besteht eine nur unzureichende Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, so daß viele Menschen angewiesen sind, ihre persönlichen Angelegenheiten entweder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu erledigen. Es ist uns ein Anliegen, mit einer bereits gebildeten Bürgerinitiative folgend diese Gefahrenquelle für die Bevölkerung zu beseitigen.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Errichtung eines Geh- und Radfahrweges im Bereich zwischen den Katastralgemeinden Eichfeld und Mureck entlang der L 203 zu sorgen. Ich ersuche um Annahme. (22.54 Uhr.)

Präsident: Danke! Tagesordnungspunkt

30. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 768/2, zum Beschluß Nr. 703 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 über den Antrag der Abgeordneten Kröpfel, Heibl und Schrittwieser, betreffend die Nordumfahrung Wies an der L 605, Pöfing-Brunner Straße, und über den Antrag, Einl.-Zahl 741/1, der Abgeordneten Purr, Bacher, Porta, Wiedner, Dirnberger, Ing. Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Pußwald, Riebenbauer, Schützenhöfer, Straßberger und Wicher, betreffend Realisierung der Umfahrung Wies im Zuge der L 605, Pöfing-Brunner Straße.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Kröpfel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfel (22.54 Uhr): Herr Präsident!

Ich bringe den mündlichen Bericht Nr. 138.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 17. November 1998 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 768/2, zum Beschluß Nr. 703 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 über den Antrag der Abgeordneten Kröpfel, Heibl und Schrittwieser, betreffend die Nordumfahrung Wies an der L 605, Pöfing-Brunner Straße, sowie über den Antrag, Einl.-Zahl 741/1, der Abgeordneten Purr, Bacher, Porta Wiedner, Dirnberger, Ing. Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Pußwald, Riebenbauer, Schützenhöfer, Straßberger und Wicher, betreffend Realisierung der Umfahrung Wies im Zuge der L 605, Pöfing-Brunner Straße, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Antrag der SPÖ, Einl.-Zahl 768/1, führte in dieser Angelegenheit zu einem Landtagsbeschluß und in der Folge zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 768/2. Ein thematisch und inhaltlich demselben Grundgedanken verpflichteter Antrag der ÖVP, Einl.-Zahl 741/1, führte zu einer Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung mit demselben Grundtenor.

Die Nordumfahrung Wies zählt laut Landesrat Ing. Ressel zu einem der vorrangigsten Straßenbaugroßvorhaben dieses Landes. Die Finanzierung eines Bauvorhabens dieser Größenordnung ist nur im Rahmen eines konkreten Beschlusses des angestrebten Landesstraßensonderbauprogrammes zu bewerkstelligen. Dieser Beschluß ist aber geplant.

Aus diesem Grunde erscheint eine gemeinsame Behandlung der Regierungsvorlage und des Antrages, der zur Stellungnahme führte, sinnvoll und wünschenswert.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 703 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 zur Entlastung der Bewohnerinnen und Bewohner alle Maßnahmen zur möglichst raschen Realisierung der Nordumfahrung Wies (L 605) zu ergreifen, allenfalls im Rahmen des Landesstraßensonderbauprogrammes sicherzustellen, wird zur Kenntnis genommen. (22.57 Uhr.)

Präsident: Danke! Tagesordnungspunkt

31. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 941/1, betreffend Endabrechnung für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Mitterdorf“ der L 102, Veitscher Straße.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (22.57 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es handelt sich hierbei um eine Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Endabrechnung für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Mitterdorf“ der L 102, Veitscher Straße.

Hierbei wurde seitens der gerichtlich beeedeten Sachverständigen eine Entschädigung in der Höhe

von 860.453 Schilling ermittelt und der darauf basierenden Grundeinlöseendabrechnung der Baubezirksleitung Bruck in der Höhe von 196.944,78 Schilling, somit zusammen insgesamt 1.057.397,78 Schilling als angemessen und vertretbar festgestellt und beachtet.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihrer Sitzungsbeschlüsse vom 6. April 1992 und vom 28. September 1998 den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kostenbeitrag zur Grundeinlösung Thonhofer Hedwig und Miteigentümer für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Mitterdorf“ der L 102, Veitscher Straße, im Betrag von 1.057.397,78 Schilling zu Lasten der Voranschlagsstelle 1/611302-0020 wird genehmigt. (22.58 Uhr.)

Präsident: Danke! Tagesordnungspunkt

32. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 953/1, über den Landesstraßentausch im Markt-gemeindeamt Gröbming, Auflassung der Landesstraßen L 704, Sölkpaßstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 1,178, und der L 727, Gröbminger Straße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,250, Übernahme der Gemeindestraße Ostzufahrt Gröbming-Winkl in einer Länge von 3,2 Kilometer.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schuster. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schuster (22.58 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei dieser Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung handelt es sich um einen dreifachen Landesstraßentausch im Marktgemeindegebiet Gröbming. Die laufenden Änderungen der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur bewirken auch nachhaltige Veränderungen der Verkehrsstruktur einzelner Landesstraßen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 12. Oktober 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungs-gesetz 1964 wird die Landesstraße L 704, Sölkpaßstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 1,178, und die Landesstraße L 727, Gröbminger Straße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,250 aufgelassen und der Marktgemeinde Gröbming übergeben. Gleichzeitig wird die Stoderzinkenstraße (Gemeindestraße) von der Ostzufahrt Gröbming-Winkl in einer Länge von 3,2 Kilometer als Landesstraße übernommen.

Der Straßentausch tritt mit dem Tag der Beschlußfassung in Kraft. Ich ersuche um Annahme. (23.00 Uhr.)

Präsident: Danke! Ich komme zum Tagesordnungspunkt

33. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 816/1, der Abgeordneten Riebenbauer und Dr. Lopatka, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Zinglweg von der Gemeinde Schäftern als Landesstraße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (23.00 Uhr): Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Dr. Lopatka, betreffend Übernahme der Gemeindestraße Zinglweg von der Gemeinde Schäftern als Landesstraße.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Anbetracht der festgestellten überregionalen Bedeutung der Gemeindestraße Zinglweg, Gemeinde Schäftern, Bezirk Hartberg, diesen Straßenzug in einer Länge von rund 1,7 Kilometer, von der Halbinschlußstelle an der A 2 Südautobahn bis zur L 424, Schäfternstraße, nach den Bestimmungen des Landesstraßenverwaltungsgesetzes als Landesstraße zu übernehmen. Ich ersuche um Zustimmung. (23.01 Uhr.)

Präsident: Danke! Tagesordnungspunkt

34. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 817/1, der Abgeordneten Pußwald und Ing. Löcker, betreffend den Ausbau der Landesstraße 504, Lobminger Straße, vom Ort Großlobming bis zur Gemeinde Apfelberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Löcker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Löcker (23.01 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es handelt sich um den Antrag der Abgeordneten Pußwald und Ing. Löcker, betreffend den Ausbau der Landesstraße 504, Lobminger Straße, vom Ort Großlobming bis zur Gemeinde Apfelberg.

Vom Abschnitt Landschach-Großlobming, der Lobminger Landesstraße ist im heurigen Bauprogramm die Landschacher Mürbrücke enthalten. Die Maßnahme steht vor der Ausschreibung und wird im Jahr 1999 finanzwirksam werden. Der fehlende Straßenabschnitt Landschach-Großlobming kann auf weitere 17 Millionen Schilling veranschlagt werden. Aus finanziellen Gründen wird der Ausbau in Abschnitten erfolgen müssen, wobei ein rund 700 Meter langer Abschnitt vom Ort Großlobming in Richtung Landschach vorrangig vorgemerkt wird. In diesem Zusammenhang muß auf die Aktivitäten an die angrenzenden Bereiche hingewiesen werden. Es sind dies der vergebene Ausbau der Kleinlobminger Ortsdurchfahrt und der Ausbau der Möbersdorfer Landesstraße, der für 1999 als vordringlich vorgemerkt wurde. Namens der Antragsteller bitte ich um Beschlußfassung dieses Antrages. (23.02 Uhr.)

Präsident: Danke! Tagesordnungspunkt

35. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 818/1, der Abgeordneten Pußwald und Ing. Löcker, betreffend den Ausbau der L 543, Möbersdorfer Straße, vom Ort Großlobming bis zur Gemeinde Maria Buch-Feistritz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Löcker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Löcker (23.02 Uhr): Dieser Antrag, ebenfalls von den Abgeordneten Pußwald und Ing. Löcker eingebracht, betrifft den Ausbau der L 543, Möbersdorfer Straße, vom Ort Großlobming bis zur Gemeinde

Maria Buch-Feistritz. An der 5,3 Kilometer langen Möbiersdorfer Landesstraße besteht zwischen Kilometer 0,4 und 3,7 die Notwendigkeit von Baumaßnahmen zur Verbesserung der Straßenanlage. Auch der Straßenzustand ist streckenweise schlecht. Derzeit wird an der Aktualisierung der Planung gearbeitet. Auf Grund der Streckenlänge von rund 3,3 Kilometer und der damit verbundenen hohen Kosten kann sich ein etappenweiser Ausbau als notwendig erweisen. Das Bauvorhaben ist jedenfalls als dringend vorgeplant. Über eine Aufnahme in das nächstjährige Bauprogramm wird im Herbst 1998 entschieden, wobei die Genehmigung eines weiteren Landesstraßensonderbauprogrammes zusätzliche Kreditmittel für den Landesstraßenbau zuführen würde und die Realisierung des gegenständlichen Abschnittes ermöglichen würde. In diesem Zusammenhang wird, wie im Punkt vorher, ebenfalls auf die aktuellen Aktivitäten der angrenzenden Straßen hingewiesen, und zwar sind das der Ausbau der Ortsdurchfahrt Kleinlobming und der Lantschacher Murbrücke. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (22.03 Uhr.)

Präsident: Danke. Tagesordnungspunkt

36. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 820/1, zum Antrag der Abgeordneten Beutl und Straßberger, betreffend den Ausbau und die Sanierung der Landesstraße 283, Dirnbacher Straße, im Abschnitt „Sulzbachbrücke“.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (23.03 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht über den Antrag der Abgeordneten Beutl und Straßberger, betreffend den Ausbau und die Sanierung der L 283, Dirnbacher Straße, im Abschnitt „Sulzbachbrücke“. Die Gemeinde Stainz bei Straden bemüht sich bereits seit einigen Jahren um einen Ausbau der L 283, Dirnbacher Straße, im Abschnitt „Sulzbachbrücke“. Vom Büro des Straßenbaureferenten, Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, wurde der Gemeinde auf eine diesbezügliche Anfrage im September des Vorjahres lediglich mitgeteilt, daß dieses Anliegen an die zuständige Fachabteilung weitergeleitet wurde. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Ausbau und die Sanierung der L 283, Dirnbacher Straße, im Abschnitt „Sulzbachbrücke“ zu forcieren und eine Aufnahme des Projektes in das Landesstraßenbauprogramm sicherzustellen. Ich bitte um Annahme. (23.04 Uhr.)

Präsident: Danke! Tagesordnungspunkt

37. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/6, zum Beschluß Nr. 702 der Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Flecker, Tasch und Ing. Peinhaupt, betreffend Umfahrung Bad Aussee (L 702 und L 703).

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (23.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Der gegenständliche Bericht befaßt sich mit der Ortsumfahrung Bad Aussee, das ist die L 702 und L 703. Dazu hat die Landesregierung in der Sitzung vom 20. April 1998 bereits einen Beschluß, auch betreffend der Reihung, gefaßt. Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 702 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1998, betreffend Umfahrung Bad Aussee, wird zur Kenntnis genommen. (23.05 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (23.05 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Bei den Tagesordnungspunkten 27 bis 37 handelt es sich heute ausschließlich um Stücke, die den Landesstraßenbau betreffen. Das ist sehr erfreulich, und ich sage das sehr deutlich, denn endlich befassen wir uns einmal auch im Verkehrswesen mit Projekten, wo wir auch etwas bewegen können und nicht immer sagen, die Landesregierung wird aufgefordert, und, und, und. (Abg. Schrittwieser: „Jetzt ist alles anders!“) Ha, ha, ha. Auf Grund der fortgeschrittenen Stunde gestatte ich mir, daß ich mich dazu nicht äußere. Als neuem Bezirksamt will ich dir nicht unbedingt am ersten Tag schon unangenehm entgegentreten. Verehrte Damen und Herren! Die beiden Vorlagen 757/5 und 757/4 von den ÖVP-Abgeordneten dieses Hauses haben doch einiges bewirkt. Wir haben damals ein Sonderinvestitionsstraßenbauprogramm für unsere Landesstraßen von 500 Millionen Schilling für die Jahre 1998, 1999 und 2000 beschlossen, und für das Jahr 1998 sind bereits 125 Millionen Schilling vorgesehen. Aus diesen beiden Vorlagen ist auch ersichtlich, daß ein Teil für die Instandsetzung und ein Teil für die Beschleunigung von Bauvorhaben des Bauprogrammes 1998 vorgesehen sind. Es gibt auch einen weiteren Beschluß, wo wir gemeint haben, von diesen 500 Millionen Schilling oder von diesem Bauvolumen wären 40 Prozent für die Instandsetzung vorzusehen. Aus dieser heutigen Vorlage geht allerdings nicht hervor, welcher Prozentanteil hier allein für die Instandsetzung gedacht ist.

Wir hoffen, daß wir das von Herrn Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel in der Zukunft erfahren werden. Diese Investitionen für das heurige Jahr sind natürlich auch für unsere Arbeitsplätze, sprich arbeitsmarktpolitisch, von großer Bedeutung. Wir wissen genau, daß einfach die Frequenzen auf den Landesstraßen derart gestiegen sind und der Zustand auch dementsprechend gegeben ist. Was mich auch freut, ist, daß im sechsten Bericht für außer- und überplanmäßige Ausgaben bereits dieses Volumen von 125 Millionen Schilling vorgesehen ist. Wenn man von den 500 Millionen Schilling die 125 Millionen Schilling abzieht, dann bleiben noch für die weiteren beiden Jahre 1999 und 2000 185 Millionen Schilling über. Herr Landesrat, auf dieser Vorlage ist auch ein Passus angeführt, daß über die Freigabe von weiteren Mitteln weitere Ver-

handlungen stattfinden sollen und müssen. Ich bitte Sie wirklich sehr höflich, diese Verhandlungen umgehend zu beginnen, denn Sie haben zu mir im Verkehrs-Ausschuß gesagt, im Winter kann man sowieso nicht bauen, da muß man alles vorrichten und vorbereiten, aber im Frühjahr beginnt dann die Bauzeit. Ich bitte Sie sehr höflich, daß diese restlichen Mittel von den 500 Millionen Schilling umgehend geplant werden, daß im Jahr 1999 und dann auch 2000 hier weitere Maßnahmen im Landesstraßenbau passieren können.

Verehrte Damen und Herren! Es werden immer wieder lautstark die großen Stinker kritisiert, das sind die Lastkraftwagen. Es wird ab 2001 wahrscheinlich sich eine Maut einschleichen, wenn ich das so sagen darf. Ich habe mir die Mühe gemacht, einmal aufzulisten, wobei das nicht lückenlos ist, wie notwendig überhaupt unsere Lkws sind und für welche Zwecke sie unterwegs sind. Und zwar im Nahbereich und speziell auf den Landesstraßen: Lebensmitteltransport, Milchtransport, Treibstofftransport, Personentransport, Holztransport, allgemeiner Gütertransport und Zustellung, Schneeräumung, Posttransporte, Tiefkühltransporte, Müllentsorgung, Viehtransporte, Ab- und Zutransport, Einsatzfahrzeuge, Feuerwehr, Rettung und dergleichen, Transport mit Kränen und Transport im öffentlichen Verkehr. Ich möchte hier einmal aufzeigen, was das alles bedeutet, welche Wichtigkeit und welchen Stellenwert letztendlich die Lkws für die Gesellschaft im Nahbereich für die Nahversorgung und für die Versorgung und Betreuung der Menschheit haben. (Abg. Gennaro: „Jetzt redest du von nichts Neuem!“) Das weiß ich schon, Kurt. Ich kenne aber eure Philosophie, und zwar in diese Richtung, daß die Stinker und die Brummer von der Straße weg sollten. Ich glaube, hier gibt es noch viele andere Arten von Transportmöglichkeiten.

Geschätzte Damen und Herren, zu diesen beiden Vorlagen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, und es waren eh nur viereinhalb Minuten, Kurtl. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 23.12 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko (23.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich habe heute die ehrenvolle Funktion, für ein Projekt in meiner Heimatstadt sprechen zu dürfen und ich bitte daher um die entsprechende Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, seit vielen Jahren ist der Kurort Bad Aussee, durch dessen Zentrum zwei Landesstraßen führen, geplagt durch Verkehr, durch übermäßigen Verkehr, und nicht nur das, der Verkehr steigt von Jahr zu Jahr. Wir haben die gravierenden Probleme, daß wir unmittelbar den Kurpark haben mit den Kurkonzerten. Unsere Hotellerie, unsere Gastronomie liegt unmittelbar an diesen Straßen, und es wird immer schwieriger, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Wir verlieren laufend Gäste. Es ist eine gravierende Situation für uns. Und nun gibt es seit einigen Jahren,

in Wahrheit sind es bereits 25 Jahre, Herr Landesrat, ich glaube, wir können heuer ein Jubiläum feiern, wo es um die Umfahrung des Ortskernes von Bad Aussee geht. Es gibt ein Projekt, das Projekt liegt vor. Es wurde von einer Salzbürger Gruppe vorbereitet. Dieses Projekt sieht die Umfahrung des Ortskernes vor mit zwei Tunneln, und im Zuge der Evaluierung von Umfahrungsprojekten in der Steiermark wurden die drei Projekte Gratkorn, Gratwein, Wies und Bad Aussee ausgesucht, im Prioritätenkatalog die ersten drei für die Vollendung zu sein. Nun ergibt sich die Situation, daß das Ausseer Land mit dem Schwerpunkt Bad Aussee im Jahre 2003 auch die Landesausstellung hat, und es wäre daher wahnsinnig dringend, diese Verkehrsader, das heißt, diese Umfahrung durchzuführen, weil auch der Schwerverkehr nach Grundlsee zu den Rigipswerken mitten durch den Ortskern führt, durch eine Enge. Und wer jemals in Bad Aussee war, weiß, welches Problem das bedeutet. Sollten Sie noch nicht dort gewesen sein, sind Sie auch herzlichst eingeladen. Der Herr Landesrat weiß, daß wir seit vielen Jahren uns bemühen, diese Umfahrung in Gang zu bringen. Es scheitert immer wieder an den finanziellen Mitteln, und ich glaube, daß es jetzt dringend notwendig wäre, im Zusammenhang mit der Landesausstellung, in Zusammenhang mit den touristischen Aktivitäten des Ortes dieses Projekt in Angriff zu nehmen. Das Projekt wurde im Ausschuß für gut geheißen. Es liegt jetzt daran, über eine Sonderfinanzierung das Projekt zu finanzieren. Nachdem es sich auch im Arbeitsablauf über mehrere Jahre erstreckt, könnte man das Projekt über fünf Jahre finanzieren. Ich glaube, das wäre möglich. Herr Landesrat, ich frage bescheiden an. Sie schauen sehr ernst, nicht nur wegen der späten Stunde, sondern weil ich auch das befürchte, daß in Ihren Kassen für dieses Projekt relativ wenig, wenn überhaupt ein Geld vorhanden ist. Meine Frage an Sie, gibt es eine realistische Chance, aus den Sonderfinanzierungsmitteln, die Sie für den Straßenbau für die Jahre 1998/99 und 2000 haben, einen Teil abzuwickeln? Gibt es Möglichkeiten, aus den Privatisierungserlösen eine Teilfinanzierung dieses Projektes vorzunehmen oder gibt es eine andere Möglichkeit, wie wir hier aktiv werden können, weil ich glaube, daß fünf, sechs weitere Jahre in der Form Bad Aussee nicht mehr aushalten wird. Die Zahlen, die Umfragen sprechen entschieden dagegen.

Ich darf Sie daher bitten, wir bringen einen entsprechenden Entschließungsantrag ein mit der Bitte, mit dem Ersuchen, aus den Sonderfinanzierungsmöglichkeiten dieses Projekt über einen Zeitraum von fünf Jahren zu finanzieren, und ich bitte darum Sie, meine Damen und Herren. Es ist übrigens ein Antrag, den die obersteirischen Abgeordneten aus dem Bezirk Liezen parteiübergreifend gestellt haben. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen, damit wir möglichst rasch und rechtzeitig mit der Ausführung dieses Projektes beginnen können. Meine Ausführungen, die zur aktuellen Verkehrssituation heute an und für sich vorgesehen waren, glaube ich, sinnvollerweise auf einen späteren Zeitpunkt verschieben zu dürfen. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 23.16 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Beutl das Wort.

Abg. Beutl (23.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landesrat! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Gemeinde Stainz bei Straden bemüht sich seit einigen Jahren um den Ausbau eines für die Gemeinde und die Region wichtigen Straßenstückes, nämlich der L 283 im Abschnitt der Sulzbachbrücke. Diese Landstraße führt durch den Ortskern der Katastralgemeinde Dirnbach und führt über die zwei ältesten Brücken des Bezirkes, die dringend saniert gehörten. Sie verläuft auch durch den wichtigsten Betrieb dieser Kleinregion, nämlich die Ölmühle Weinhandl. Durch die Gebäude des Betriebes wird eine Engstelle gebildet, in der es immer wieder zu Verkehrsproblemen kommt und sich auch immer wieder Unfälle ereignen. Daher hat die Gemeinde Stainz bereits im Jänner 1994 den einstimmigen Beschluß gefaßt, einen Ausbau dieser Straße bei der Landesregierung zu beantragen. Nun ist von der zuständigen Fachabteilung ein Detailprojekt inklusive Brückensanierung erstellt worden, in dem es auch um eine Straßenverlegung aus dieser Betriebsstätte der Ölmühle geht. Sämtliche Verfahren sind abgewickelt worden, sämtliche Bewilligungen sind erteilt worden und auch die Zustimmung der Grundbesitzer für die Ablöse eingeholt worden. Da in der Zwischenzeit aber Kanalbauarbeiten durchzuführen waren, konnte eine sofortige Realisierung dieses Projektes nicht in Angriff genommen werden.

Im Frühjahr 1996 hat die Gemeinde von dem damaligen Vorstand der Fachabteilung 2b schriftlich mitgeteilt bekommen, daß ab dem Jahr 1998 mit einer Aufnahme in das Landesstraßenbauprogramm gerechnet werden könne, nun aber ist alles ganz anders. Plötzlich heißt es auch in der Stellungnahme der Landesregierung, daß diese Straße so eingestuft ist, daß sie nur eine örtliche Bedeutung hätte und daß sie aufgelassen werden soll. Und dem möchte ich wirklich heftig widersprechen, denn Tatsache ist, daß der überörtliche Verkehr im Zunehmen ist genau über dieses Straßenstück. Und Tatsache ist auch, daß vor allem der Wirtschaftsverkehr, wo es um die Produktübernahme dieser Ölmühle geht, weit über die Region hinausgeht bis hinunter nach Jennersdorf, Fehring, St. Peter am Ottersbach, Leibnitz und Gleisdorf. Es ist tatsächlich keine nur örtliche Bedeutung für dieses Straßenstück gegeben. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag, den ich hier eingebracht habe mit dem Kollegen Straßberger, daß zum einen dieses Straßenstück möglichst rasch saniert wird und zum anderen, daß es in der Verantwortung des Landes bleibt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 23.20 Uhr.)

Präsident: Die drei Minuten, dies war sehr knapp. Und jetzt kommt die Frau Kollegin Pußwald.

Abg. Pußwald (23.20 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich halte mich ganz kurz. Es ist sehr positiv, daß die zwei Landesstraßen von Knittelfeld nach Weißkirchen in das Ausbauprogramm aufgenommen sind, auch wenn der Ausbau nur schrittweise geschieht. Warum ich mich trotzdem melde, ist, daß die Murbrücke angeblich während der Bauzeit durch eine Ersatzbrücke

während des nächsten Jahres befahren werden soll. Nächstes Jahr findet die Landesausstellung zum Thema Verkehr in unserer Region statt. Nachdem diese Ersatzmurbrücke nur mit Pkws befahren werden soll, ist das ein großes Problem für die Schulbusse und die Reisebusse, abgesehen vom Transport, durch die Wirtschaft bedingt.

Ich ersuche Sie, Herr Landesrat Ressel, daß der Bau der Brücke vielleicht um ein Jahr zurückversetzt wird und mit diesem Geld ein weiteres Teilstück vorgezogen erbaut wird. Ich ersuche Sie darum. Das wäre alles, was ich zu vermelden habe. (Beifall bei der ÖVP. – 23.21 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tasch das Wort.

Abg. Tasch (23.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Den ganzen Tag über war ich heute ziemlich müde. Es ist bei mir aber jedesmal so, je später es wird, umso munterer werde ich: Ich bin heuer im „Steirer“ und in der „KronenZeitung“ als Redemuffel hingestellt worden, möchte das aber sicher nicht mehr sein. Daher werde ich mich zu später Stunde auf Kosten eurer Zeit zu Wort melden und eine lange Rede halten, weil ich ein begeisterter Redner bin. (Beifall bei der SPÖ.) Flecker, das ist das erste Mal, daß du bei mir klatscht.

Zum Tagesordnungspunkt 32 möchte ich kurz sagen, weil ich will die Sitzung nicht noch länger hinausziehen, obwohl mir die Zeit keine Rolle spielt. Es ist nämlich immer wieder das gleiche: Bei den ersten Tagesordnungspunkten, wo die Presseleute noch da sind, brauchen wir Stunden dafür, weil alle, die mediengeil sind, sich zu Wort melden, und die, die am meisten geredet haben, sind um diese Zeit dann natürlich nicht mehr da. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Zitz, Keshmiri, Brünner, Wabl. Alle sind sie weg, die uns stundenlang die Zeit am Anfang stehlen. Wenn es dann aber dem Ende zugeht, sind sie zum Großteil nicht mehr da. Es freut mich, daß die Frau Abgeordnete Keshmiri jetzt hereingekommen ist. Das wundert mich, denn sonst ist sie um die Zeit auch nicht mehr da. (Präsident: „Zur Sache, Herr Kollege Tasch!“ – Abg. Schinnerl: „Er hat ja nichts zu sagen!“) Ich wollte zur Sache kommen. Ich danke dir, Herr Präsident, recht herzlich, daß du mich daran erinnerst hast. Zum Tagesordnungspunkt 32: Es freut mich ganz besonders, daß das endlich gelöst worden ist, denn das ist sicherlich ein wichtiger Bereich für die Gemeinde Gröbming. Die Gemeinde Gröbming war vor ein paar Jahren der schönste Markt von Europa, und zwar am Blumensektor und an der Ortsgestaltung, und die Gemeinde hat eine ausgesprochen tüchtige Bürgermeisterin. Es hat immer wieder Ansuchen gegeben, um die Gestaltung der Landesstraßen und die Pflasterung so durchzuführen, wie es sich die Gemeinde vorgestellt hat. Es hat aber immer wieder Verzögerungen gegeben. Durch den Tausch ist dies aber jetzt absolut nicht mehr notwendig. Herr Landesrat Ressel, ich möchte daher danken, daß es jetzt endlich möglich war, daß die Straße von der Gemeinde übernommen werden konnte, und das war ja der Wunsch der Gemeinde, und die 3,2 Kilometer Länge vom Land übernommen wird. Das ist sicherlich eine sehr gute

Lösung. Ganz kurz noch zum Problem der Umfahrung Bad Aussee, zum Tagesordnungspunkt 37: Die Bevölkerung von Bad Aussee hat einen Hilferuf an mich gerichtet und hat gebeten, in der Landtagssitzung über die Frage zu beraten und hoffentlich auch entschieden werden soll und alles dazu beizutragen, daß endlich mit der Detailplanung und dem Bau des im Aufschwung unserer Region und der Wiederbelebung des Fremdenverkehrs so wichtigen Projektes begonnen werden kann. Die Landesausstellung ist ohne eine tragfähige Verkehrslösung mit der Umfahrung des Ortskernes nicht vernünftig realisierbar. Auch aus diesem Grund ist eine rasche Entscheidung erforderlich. Wir verbleiben in der Hoffnung, daß im Landtag mit ebenso parteiübergreifend großer Mehrheit, wie bei unserer Volksbefragung, es zu einer positiven Entscheidung über dieses lebensnotwendige Projekt kommen wird und legen das Schicksal unserer Betriebe und Arbeitsplätze in Ihre Hand. Ich möchte nicht zur Vorgeschichte kommen, die seit dem siebziger Jahr bereits immer wieder die Diskussion über die Umfahrung des Ortskernes Bad Aussee entfacht hat. Ich glaube, wie schon Kollege Vesko bereits erwähnt hat, da ist ein ganz wichtiger Faktor für den Tourismus. Bad Aussee hat ein echtes Nadelöhr, vor allem wenn man nach Grundlsee hineinfährt, wo immerhin über 200 Nächtigungen in dieser Gemeinde stattfinden, und hat in der letzten Zeit auf Grund dieser enormen Verkehrsprobleme, und das ist sicherlich ein großer Anteil, 25 Prozent an Nächtigungen verloren. Die Verkehrsbelastung wird nicht nur während der Sommersaison zum größten Problem, sondern sie ist es auch ganzjährig und ist immer stärker spürbar. Ich möchte Sie daher wirklich, Herr Landesrat Ressel, herzlich ersuchen, daß wir dieses Problem in Fünfjahresraten unter Umständen lösen können. Ich stimme dem Antrag vom Kollegen Vesko vollinhaltlich zu, weil ich glaube, daß das ein wichtiger Faktor ist. (Präsident: „Die Zeit ist abgelaufen, Herr Kollege Kurt Taschl!“) Ich bin froh, Kollege Schrittwieser, daß du dich nicht zu Wort gemeldet hast. Du bist jetzt so ruhig. Ich glaube, mit 98 Prozent zum Bezirksparteiobmann gewählt zu werden, ist ein gutes Ergebnis. Ich komme zum Schluß: Reden, die nicht in die Tiefe gehen, ziehen sich meistens in die Länge. Ich bitte nochmals den Landtag und Verkehrslandesrat Ressel, daß dieses Projekt verwirklicht werden kann, weil damit auch die Landesausstellung 2003 sicherlich eng damit verbunden ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 23.27 Uhr.)

Präsident: Der Schluß ist leider um zwei Minuten zu spät ausgefallen. Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Heibl das Wort.

Abg. Heibl (23.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Daß wir ein Straßensonderbauprogramm brauchen steht fest, weil es einfach gravierende Versäumnisse aus vergangenen Jahrzehnten gibt. Die Meinung vom Kollegen Straßberger, daß wir dieses Sonderprogramm in Prozenten aufteilen sollen, in Neubau und in Erhaltung, wird schwer machbar sein. Vernünftiger, so glaube ich, wäre es, daß man das dem dafür zuständigen Regierungsmitglied überläßt. Hans-Joachim

Ressel hat natürlich auch sofort reagiert. Er hat bereits im Juli 1998 – wie schon gesagt – diese 125 Millionen Schilling mit Regierungsbeschluß freigegeben. Die Arbeiten finden zum Teil schon statt. Er hat bereits auch angekündigt, daß Baumaßnahmen zur Traglasterhöhung für zirka 70 Brücken, die in Landesbesitz sind, durchgeführt werden und hat das bereits in die Wege geleitet. Baubeginn wird ab 1999 möglich sein. Das Programm wird etwa fünf bis acht Jahre dauern und wird eine Investitionssumme von rund 500 Millionen Schilling benötigen. Meine Damen und Herren! Es gibt aber auch Entwicklungen, die Anlaß zur Sorge bereiten, und zwar ein Beispiel, ein Landesstraßenbauvorhaben in der Gemeinde Heiligenkreuz am Waasen: Die Bausumme des Bestbieters oder Billigstbieters, und diese sind ja meistens eine Einheit, beträgt 1,5 Millionen Schilling, des zweiten Bieters 1,8 Millionen Schilling. Der Billigstbieter gibt aber bekannt, daß er den Asphalt aus Slowenien holt und das auch mit slowenischen Frächtern durchführt. Daher ist diese Baufirma um 20 Prozent billiger als der Zweitbeste – eine südsteirische Firma. Umgekehrt ist es so, wenn eine österreichische Firma in Slowenien einen Straßenbauauftrag haben möchte, so muß sie um 10 Prozent billiger sein, sonst wird sie automatisch in Slowenien ausgeschieden. Hier gibt es Ungleichheit. Ich hoffe, daß man das auch berücksichtigen kann, vielleicht im Bereich der Verträge, soweit dies Gesetze oder internationale Verträge nicht verletzt. Ich appelliere jedenfalls, daß man sich das überlegt, weil es geht immerhin hier um österreichische Steuergelder und um steirische Landesstraßen. Ich danke fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ. – 23.30 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Keshmiri das Wort.

Abg. Keshmiri (23.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es war uns heute leider nicht möglich, eine Dringliche Anfrage in bezug auf die ennsnahe Trasse einzubringen. Deshalb war es uns auch leider nicht möglich, nachdem es keinen inneren Zusammenhang zur Tagesordnung gegeben hat, einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses einzubringen, und zwar Untersuchungsausschuß deswegen, weil, und leider sind jetzt Landesrat Dr. Hirschmann und Landesamtsdirektor Dr. Wielinger nicht mehr da, auch Frau Landeshauptmann Klasnic ist jetzt nicht mehr da, es uns darum geht, daß die ganzen Vorkommnisse um die ennsnahe Trasse restlos aufgeklärt werden, daß die Rechtswidrigkeiten aufgeklärt werden, daß es uns darum geht, warum bewußt und voller Kenntnis rechtswidrig gehandelt wurde, und genau diese Tatsache in Wien auf Grund des Landesrates Hirschmann und des Landesamtsdirektors Wielinger nicht aufgeklärt werden konnte. Das heißt, die beiden Herren haben in Wien draußen die Auskunft verweigert, mit der Begründung, daß das Landessache sei. Und eben deswegen, weil es Landessache ist, möchten wir einen Untersuchungs-Ausschuß beantragen. Das haben wir auch heute gemacht, und der wird bei der nächsten Landtagssitzung dann abgestimmt werden, und ich bitte schon jetzt um Ihre Zustimmung, danke! (23.32 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

Abg. Vollmann (23.32 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident!

Dein Vorgänger hat früher immer gesagt, es sind die Straßensänger unterwegs oder die Ausstellungs-sänger, nur meistens war das bei den drei Tagen der Budgetdebatte. Da hat dann jeder seine Probleme aus den Bezirken vorgebracht. Seitdem es die steirische gibt und die ÖVP unter Zugzwang ist, daß jeder sein Gsetzerl hineinbringen muß, morgen oder übermorgen in die steirische, muß sich ein jeder noch schnell zu Wort melden, weil sonst könnte er den Nachweis ja nicht erbringen. Dafür habe ich viel Verständnis, meine Damen und Herren, ich schicke es euch dann zu, damit ihr es wißt, daß ich recht habe. Aber eines darf ich Ihnen auch sagen. Es ist schon interessant, daß die steirische ÖVP 50 Jahre lang das Straßenwesen in der Steiermark verwaltet hat. Und in diesen 50 Jahren ist in der Steiermark soviel übrig geblieben, daß anscheinend der Landesrat Ressel in den zweieinhalb Jahren, die er jetzt am Werken ist seit dem Jahre 1976, alles was Sie beantragten, blitz-schnell machen muß und schauen muß – (Äbg. Ing. Schreiner: „1996!“) 1996, entschuldige, natürlich, sonst würde es sich mit den 50 Jahren nicht ausgehen. Ich habe gemerkt, du rechnest sofort mit, sonst ginge es sich nicht aus. Ich bedanke mich dafür, natürlich, ist ja klar. Nur, liebe Freunde, meine Damen und Herren, wir werden natürlich dafür trachten und mit dem Herrn Landesrat Ressel reden, und er hat ja die beste Einstellung dazu, er besorgt ja überall immer wieder ein Geld, damit er Ihre Wünsche erfüllen kann. Nur alle Wünsche werden ja nicht in zweieinhalb oder in drei Jahren erfüllbar sein, aber es gibt echte Anliegen, die wir überall haben. Mir war es ein solches Anliegen seinerzeit die Umfahrung Veitsch. Sie hat zwar 70 Millionen Schilling gekostet, aber sie ist inzwischen verwirklicht, ein Segen. Nur sie hat mich einer Möglichkeit beraubt, wenn ich heute in die Veitsch zu spät komme, kann ich mich leider nicht mehr auf den Bahnschranken ausreden, weil den gibt es inzwischen nicht mehr, und somit haben wir uns jetzt auch einiger Bereiche bedoben. Aber, meine Damen und Herren, Straßen werden uns immer ein Anliegen sein. Sie dienen allen, nicht nur dem Lkw-Verkehr, nicht nur dem Pendler, sondern jeden einzelnen Straßenbenutzer. Manchmal sind sie ein Segen, manchmal ein Fluch, wenn man dann einen Unfall hat, natürlich auch. Aber wir sollten nicht nur zu sehr unser Augenmerk und den Wert auf die Straßen allein legen, denken wir auch an die steirische Bahn, denn sie könnte uns, unter Umständen, von empfindlichen Straßenverkehr in der Zukunft bewahren. Daher bitte ich Sie auch in diesem Bereich um Ihre Unterstützung. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 23.34 Uhr.)

Präsident: Nunmehr ersuche ich den Kollegen Dipl.-Ing. Vesko das Wort zu ergreifen.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko (23.34 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Geschäftsordnung erfordert es, daß der Inhalt und Text eines Unselbständigen Entschließungs-

antrages wortwörtlich verlesen wird. Ich komme dem nach. Es ist ein Unselbständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Kurt Tasch Dr. Kurt Flecker betreffend „Sonderfinanzierung Um-fahrung Bad Aussee“.

Begründung:

In der Dringlichkeitsreihung wurden die Straßen-bauprojekte „Umfahrung Gratwein-Gratkorn, Umfah-rung Bad Aussee und Umfahrung Wies“ an die ersten drei Stellen gereiht.

Da die Verkehrslage im Ortszentrum von Bad Aus-see bereits jetzt eine starke Beeinträchtigung des Tourismus mit sich bringt und im Jahre 2003 die Landesausstellung in dieser Region veranstaltet wer-den wird, sollte dieses Projekt rasch realisiert werden.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle be-schließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Mittel für die Sonderfinanzierung des Projektes „Umfahrung Bad Aussee“ ehestmöglich bereitzustellen. (Beifall bei der FPÖ. – 23.35 Uhr.)

Präsident: Die Ordnung ist gewahrt. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Berichterstatter 757/4 zustimmt, bitte um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvor-lage, Einl.-Zahl 757/5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvor-lage, Einl.-Zahl 934/5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvor-lage, Einl.-Zahl 768/2, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 941/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 953/1, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 816/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 817/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 818/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 820/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nun bitte ich jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Sonderfinanzierung der Umfahrung Bad Aussee zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

38. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 916/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1998 (fünfter Bericht für das Rechnungsjahr 1998).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (23.38 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß in der Zeit vom 22. Juni 1998 bis 20. Juli 1998 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 171.856.127,43 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung, die Ihnen vorliegt, übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Im ordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen und durch die Entnahme aus der Investitionsrücklage im Bereich von 149.138.627,43 Schilling und im außerordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen, Mehreinnahmen und die Entnahme aus der Rücklage Fernseh- und Rundfunkschilling insgesamt von 22.717.500 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der fünfte Bericht für das Rechnungsjahr 1998 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 171.856.127,43 Schilling wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (23.40 Uhr.)

Präsident: Danke! Wer stimmt dem Antrag zu, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Tagesordnungspunkt

39. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 503/5 und 506/6, zum Beschluß Nr. 353 des Steiermärkischen Landtages vom 1. Juli 1997 über den Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Einrichtung einer Arbeitsgruppe, deren Aufgabe die Koordination all jener Rechts- und Fachabteilungen ist, die für die Bereiche Telefon und Datenkommunikation zuständig sind.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (23.41 Uhr): Vorlage zum Beschluß 353, betreffend eine Arbeitsgruppe, deren Aufgabe die Koordination all jener Rechts- und Fachabteilungen ist, die für die Bereiche Telefon und Datenkommunikation zuständig sind. Die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung berichtet, daß eine Arbeitsgruppe permanent aktiv ist, wenn konkrete Projekte anstehen oder spezielle Informationen über die genannten Bereiche erwartet werden. Es sind dann einige Punkte angeführt, was konkret gemacht wird. Ich stelle daher den Antrag, der abschließende Bericht zum Beschluß Nr. 353, betreffend Installation einer Arbeitsgruppe, wird zur Kenntnis gebracht. (23.42 Uhr.)

Präsident: Wenn Sie dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich Sie, die Hand zu heben. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

40. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 951/1, betreffend die Grundeinlöse Peter Hans Felber, 8200 Gleisdorf, Mühlwaldstraße 3, für die P- & R-Anlage am Bahnhof Gleisdorf.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (23.42 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Hier geht es um einen Grunderwerb in der EZ 143, KG. Gleisdorf, von 4000 Quadratmetern zu 725 Schilling pro Quadratmeter, das sind 2,9 Millionen Schilling. Diverse Nebenkosten 700.000 Schilling, insgesamt 3,6 Millionen Schilling. Der Landesanteil beträgt 50 Prozent, das ergibt 1,8 Millionen Schilling. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Sitzungsbeschlusses vom 12. Oktober 1998 den An-

trag, der Landtag wolle beschließen: Die Grundeinlöse Hans Peter Felber, 8200 Gleisdorf, Mühlwaldstraße 3, für die P-&-R-Anlage am Bahnhof Gleisdorf mit Betrag von 1,8 Millionen Schilling zu Lasten der VA-Stelle 1/650104-7355, wird genehmigt. (23.42 Uhr.)

Präsident: Danke. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

41. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 952/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung für das Bauvorhaben „Engelwirt“ der L 311, Autaler Straße.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (23.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Grund- sowie Objektseinelösung für das Bauvorhaben „Engelwirt“ der L 311, Autaler Straße, unter sinngemäßer Anwendung des Eisenbahner-Enteignungsgesetzes 1954 durchgeführt. Die seitens des Sachverständigen ermittelte Entschädigung von 6,4 Millionen Schilling ist angemessen und vertretbar. Die Kreditmittelfreigabe für die Leistung des Kostenbeitrages seitens der Landesstraßenverwaltung wurde mit Sitzungsbeschluß erteilt. Die Bedeckung dieses Erfordernisses ist gegeben. Da hier Entschädigungen über das Limit von einer Million im Einzelfall zu leisten ist, ist die Genehmigung des Steiermärkischen Landtages hierfür erforderlich. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Kostenbeitrag zur Grund- sowie Objektseinelösung für das Bauvorhaben „Engelwirt“ der L 311, Autaler Straße, im Betrag von 6,4 Millionen Schilling zu Lasten der Voranschlagsstelle 1/611203 wird genehmigt. (23.44 Uhr.)

Präsident: Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 42 und 43 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

42. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 597/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, List, Ing. Peinhaupt und Porta, betreffend Öffnung der Landstube, der Landhauskapelle und des Rittersaales zu touristischen Zwecken.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (23.45 Uhr): Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 17. November 1998 über den Antrag, Einl.-Zahl 597/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, List, Ing. Peinhaupt und Porta, betreffend Öffnung der Landstube, der Landhauskapelle und des Rittersaales zu touristischen Zwecken, beraten. Von den Abgeordneten der FPÖ wurde der Antrag gestellt, Maßnahmen zu setzen, um Besucher der Landeshauptstadt auf diese Sehenswürdigkeiten Landstube, Landhauskapelle und Rittersaal hinzuweisen, die Landhauskapelle in Führungen zu integrieren und die Besichtigung der Räumlichkeiten des Landhauses durch genaue Öffnungszeiten zu ermöglichen. In der Regierungsvorlage wird nunmehr mitgeteilt, daß Landstube, Landhauskapelle und Rittersaal im Rahmen von Stadtführungen zugänglich sind und daß im Bereich des Landhausportiers ein Hinweis auf diese Führungen angebracht wird. Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 597/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, List, Ing. Peinhaupt und Porta, betreffend Öffnung der Landstube, der Landhauskapelle und des Rittersaales zu touristischen Zwecken, wird zur Kenntnis genommen. (23.46 Uhr.)

Präsident: Tagesordnungspunkt

43. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Selbständigen Antrag, Einl.-Zahl 597/2, des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten, betreffend Attraktivierung des Landhauses durch Revitalisierung der drei Brunnen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (23.46 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich zitiere den mündlichen Bericht Nr. 150. Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 17. November 1998 über den Selbständigen Antrag, Einl.-Zahl 597/2, des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten, betreffend Attraktivierung des Landhauses durch Revitalisierung der drei Brunnen, beraten. Im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten wurde der Antrag an die Landesregierung gestellt, Maßnahmen zu setzen, um die Revitalisierung der drei Brunnen im Bereich des Landhauses sicherzustellen. In der Regierungsvorlage wird nunmehr mitgeteilt, daß als erste Maßnahme eine repräsentative Abdeckung für alle drei Brunnen hergestellt wurde und daß Angebote für die Konservierung und Restaurierung des Ziehbrunnens im ersten Landhaushof eingeholt wurden. Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten zum Selbständigen Antrag, Einl.-Zahl 597/2, des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten, betreffend Attraktivierung des Landhauses durch Revita-

lisierung der drei Brunnen, wird zur Kenntnis genommen. Soweit mein Bericht. (23.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann.

Abg. Mag. Bleckmann (23.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es geht um einen Unselbständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, List, Ing. Peinhaupt und Porta, betreffend Öffnung der Sehenswürdigkeiten des Landhauses zu touristischen Zwecken. Die Freiheitlichen stellen den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, um sicherzustellen, daß sämtlichen Besuchern der Landeshauptstadt Graz die Möglichkeit gegeben wird, die Sehenswürdigkeiten, die sich im Landhaus befinden (Landstube, Landhauskapelle, Rittersaal) während der Öffnungszeiten des Zeughauses zu besichtigen. Vielleicht sollte man sogar auch noch ausweiten: Stellen Sie sich vor, Sitzung im Sommer. Es kommen die Touristen, und wenigstens die Touristen hören uns zu. Das wäre doch die Gelegenheit. Stellen Sie sich das einmal vor. Das wäre doch schön, wenn wir wenigstens von den Touristen gehört werden. Ich habe vernommen, daß uns Teile nicht zustimmen werden. Ich habe diesen Unselbständigen Antrag gestellt, weil ich nicht einsehe, daß ich mit diesem Antrag, wo es darum geht, diesen schönen Sitzungssaal nicht nur uns, sondern auch den Touristen, die nach Graz kommen, zu zeigen, daß ich hin- und hergeschickt wurde, zum Landesrat Hirschmann, wieder zurück in die Präsidiale, und dann wieder hin und dann wieder her, und dann heißt es, wir können das nicht machen. Ich sage, wo ein Wille, da auch ein Weg. Was meinst du? (Abg. Ing. Löcker: „Du weitest die Sitzung aus!“) Ihr sollt mitleiden mit mir. Ihr solltet einmal sehen, wie das ist, wenn man da hin- und hergeschickt wird. Ich weiß, daß ihr sowieso nicht zustimmt, insofern kann ich mir damit keinerlei Zustimmung mehr verhindern, weil ihr ohnehin nicht zustimmt. Ich werde aber nicht aufgeben, denn ich werde wiederum einen neuen Antrag einbringen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 23.49 Uhr.)

Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 597/1 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Nunmehr ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 597/2 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Nunmehr ersuche ich jene Damen und Herren, die dem soeben eingebrachten Unselbständigen Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Öffnung der Sehenswürdigkeiten des Landhauses zu touristischen

Zwecken, zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle fest, daß der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit hat und somit abgelehnt ist.

44. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 915/1, über den Abverkauf des Westtraktes des Wohnhauses Wieden 17, EZ. 24, Grundbuch 61071 Wieden, samt neu gebildetem Grundstück 89/7 im Gesamtausmaß von 892 Quadratmeter an die Ehegatten Manfred und Maria Reinisch, wohnhaft in 8522 Groß St. Florian, Grub 38.

Berichterstätter ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (23.51 Uhr): Kaufgegenstand ist die Liegenschaft EZ. 42, Grundbuch 61071 Wieden, bestehend aus dem gemäß dem Teilungsausweis des Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen, Dipl.-Ing. Klaus Wagner aus Deutschlandsberg, vom 15. Dezember 1997 neu gebildeten Grundstück 89/7 mit darauf befindlichem Wohnobjekt, Westtrakt, des Wohnhauses Wieden 17 im Gesamtausmaß von 892 Quadratmeter.

Die Eigentumsverhältnisse: Das Land Steiermark neun. Zehntel und der Sozialhilfeverband Deutschlandsberg zu einem Zehntel.

Käufer: Manfred und Maria Reinisch, beide wohnhaft in Grub 38, Groß St. Florian.

Die Bewertung wurde durch die Baubezirksleitung Leibnitz am 17. Juli 1997 durchgeführt.

Die bisherige Nutzung: Unterbringung von kinderreichen Familien im Rahmen der Wohnraumbeschaffung nach dem Steiermärkischen Sozialhilfegesetz.

Es erfolgte eine öffentliche Ausschreibung.

Die genannten Ehegatten Manfred und Maria Reinisch haben einen Kaufpreis in Höhe von 800.000 Schilling geboten. Die Kaufwerber erklärten sich bereit, den Kaufpreis in Höhe von 800.000 Schilling in bar zu erlegen und legten eine Darlehenspromesse der Raiffeisenbank Deutschlandsberg vor.

Es erfolgte eine Beurteilung durch die Fachabteilung des Sozialwesens.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge des Beschlusses vom 14. September 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf von Neun-Zehntel-Eigentumsanteilen des Landes Steiermark am Westtrakt der Liegenschaft EZ. 24, Grundbuch 61071 Wieden, samt neu gebildetem Grundstück 89/7 im Gesamtausmaß von 892 Quadratmeter an die Ehegatten Manfred und Maria Reinisch, um den Betrag von 720.000 Schilling wird gemäß Paragraph 15 Absatz 2 Litera C LVG 1960 genehmigt. (23.53 Uhr.)

Präsident: Danke! Wenn sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und ersuche vor allem die Damen und Herren im Bereich des Berichterstattersessels ihre Unterhaltung in gedämpfter Lautstärke durchzuführen. Der Berichterstatter muß sich ja durchsetzen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

45. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 30/12, zum Beschluß Nr. 532 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Lopatka, Schinnerl und Gross, betreffend Tagsatzobergrenzenverordnung zum Sozialhilfegesetz.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schinnerl (23.53 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß 532 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Lopatka, Schinnerl und Gross, betreffend Tagsatzobergrenzenverordnung zum Sozialhilfegesetz.

Dieser Bericht liegt allen vor. Daher stelle ich noch einmal den Antrag.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge des Beschlusses vom 21. September 1998 den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 532 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Lopatka, Schinnerl und Gross, betreffend Tagsatzobergrenzenverordnung zum Sozialhilfegesetz, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (23.53 Uhr.)

Präsident: Danke! Sie haben den Antrag gehört, wer stimmt ihm zu, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und komme zum Tagesordnungspunkt

46. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 691/8, zum Beschluß Nr. 605 des Steiermärkischen Landtages vom 10. März 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Gross, Wicher, Mag. Zitz und Mag. Hartinger, betreffend die zur Verfügungstellung von Computern mit Internetzugang und der notwendigen Software für blinde und sehbehinderte Benutzer/innen.

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (23.54 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für blinde und sehbehinderte Benutzer und Benutzerinnen umgehend einige Computer mit Internetzugang und der notwendigen Software zur Verfügung zu stellen. Außerdem wird darin festgehalten, daß aus dem Beschluß 605 nicht erkennbar ist, welcher Begünstigtenkreis davon abgeleitet werden kann.

Namens des Sozial-Ausschusses stelle ich trotzdem den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß 605 des Steiermärkischen Landtages vom 10. März 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Gross, Wicher, Mag. Zitz und Mag. Hartinger, betreffend die zur Verfügungstellung von Computern mit Internetzugang und der notwendigen Software für blinde und sehbehinderte Benutzer und Benutzerinnen, wird zur Kenntnis gebracht. (23.55 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Brünner (23.56 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir präzisieren diesen unseren seinerzeitigen Antrag, nämlich in der Form eines Entschließungsantrages der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Korp, Mag. Zitz, Schinnerl und Wicher, betreffend Internetzugang für sehbehinderte und blinde Benutzer/innen.

Das Internet kann sehbehinderten und blinden Menschen den Zugang zu ansonsten schwer erschließbaren Informationsquellen durch eine entsprechende Adaptierung von Computern ermöglichen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für blinde und sehbehinderte Benutzer/innen in den Schulbereichen des Odilieninstituts einen Brailledrucker und zwei Braillezeilen mit dem dazugehörigen Computerequipment anzuschaffen. Ich bitte Sie um Annahme des Antrages. (23.56 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wer dem Entschließungsantrag des LIF und aller Fraktionen des Hauses, betreffend Internetzugang für sehbehinderte und blinde Benutzer/innen, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Zum Tagesordnungspunkt

47. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 274/12, zum Beschluß Nr. 647 des Steiermärkischen Landtages vom 28. April 1998 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro und Korp, betreffend das Modellprojekt einer überbetrieblichen, trialen Ausbildungseinrichtung am Standort der Lehrwerkstätte der Firma Siemens in Fohnsdorf.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (23.57 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage liegt Ihnen allen vor. Ich beschränke mich daher auf die Verlesung des Antrages.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 647 des Steiermärkischen Landtages vom 28. April 1998 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro und Korp, betreffend das Modellprojekt einer überbetrieblichen, trialen Ausbildungseinrichtung am Standort der Lehrwerkstätte der Firma Siemens in Fohnsdorf, wird zur Kenntnis gebracht. (23.58 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile dem Herrn Abgeordneten Korp das Wort.

Abg. Korp (23.58 Uhr): Ich darf mich auf die Verlesung eines Unselbständigen Entschließungsantrages beschränken, betreffend die Ausbildung zum Kommunikationstechniker im Bereich der Nachrichtenelektronik an der Lehrwerkstätte der ehemaligen Firma Siemens in Fohnsdorf, der Abgeordneten Korp und Dipl.-Ing. Grabner.

Der Siemens-Konzern hat über einen Zeitraum von 25 Jahren in Fohnsdorf im Rahmen der dualen Ausbildung unter anderem KommunikationstechnikerInnen im Bereich der Nachrichtenelektronik mit hervorragenden Reputationen hervorgebracht.

Nach Beendigung des Engagements der Firma Siemens wurde das bewährte Konzept in ein Modellprojekt „besondere selbständige Ausbildungseinrichtung“ gemäß Paragraph 30 des Berufsausbildungsgesetzes am Standort in Fohnsdorf übergeführt.

Wiederholt ist die Steirische Wirtschaftskammer gegen dieses Projekt aufgetreten und hat beim zuständigen Wirtschaftsminister eine Befristung dieses Modellprojektes mit problematischen Auslagen durchgesetzt.

Derzeit besteht eine Ausbildungsgenehmigung für zwölf Lehrlinge bis zum Jahr 2001. Nun ist bekannt geworden, daß das Wirtschaftsförderungsinstitut in Murau ebenfalls einen Lehrgang für Kommunikationstechniker im Bereich der Nachrichtenelektronik ins Leben rufen will. Als Conclusio und ein Gebot der Fairneß im Sinne einer effizienten Jugendausbildung ist davon auszugehen, daß die Lehrwerkstätte Fohnsdorf unter der Trägerschaft des Aichfeld-Industriezentrum, kurz AIZ, somit dieselbe Akzeptanz erfahren sollte, wie dies im angestrebten Lehrgang für Informationstechnik in Murau der Fall ist und gleichrangig neben diesen bestehen sollte.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, der Lehrwerkstätte Fohnsdorf im Rahmen der Ausbildung zu Nachrichtenelektronikern und -elektronikerinnen dieselbe Akzeptanz angedeihen zu lassen, wie dies für den angestrebten Lehrgang für Informationstechnik in Murau der Fall ist und unter dem Aspekt der Gleichrangigkeit für den Fortbestand der Lehrwerkstätte in Fohnsdorf einzutreten.

Insbesondere ist – wie im Fall Murau – der Abschluß von Ausbildungsverträgen mit Betrieben, die bereit sind, Jugendliche für ein Praxisjahr nach zweijähriger Lehre aufzunehmen, über die Wirtschaft anzustreben.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich darf um Zustimmung bitten. (00.01 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Keshmiri das Wort.

Abg. Keshmiri (00.01 Uhr): Guten Morgen, Herr Kollege Gennaro!

Ich möchte noch kurz einen Entschließungsantrag einbringen – ich habe ihn vorher schon ausführlich erläutert. Es geht uns darum, daß die Jugendbeschäftigungsoffensive nicht auf Kosten von anderen Beschäftigungsoffensiven stattfindet. Wohl gemerkt, Jugendbeschäftigungsoffensive unserer Meinung nach sehr wichtig, als kurzfristige Offensive, wobei wir auch längerfristige natürlich uns sehr wünschen. Ich lese jetzt den Antrag vor. Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens umgehend an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, eine umfassende Reform der Lehrlingsausbildung in die Wege zu leiten und zweitens im Rahmen der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für eine Jugendbeschäftigungsoffensive in der Höhe von 200 Millionen Schilling dafür Sorge zu tragen, daß dadurch die Finanzierung von Frauenbeschäftigungsprojekten nicht beeinträchtigt oder gefährdet wird. Ich bitte um Annahme. (00.02 Uhr.)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 274/12 zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nunmehr ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Ausbildung zum Kommunikationstechniker an der Lehrwerkstätte Fohnsdorf, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Schließlich ersuche ich die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend Jugendbeschäftigungsoffensive, zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

48. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 537/8, zum Beschluß Nr. 579 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Jänner 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Mag. Hartinger, Majcen und Ussar, betreffend Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (00.03 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zur Regierungsvorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 579 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Jänner 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Mag. Hartinger, Majcen und Ussar, betreffend Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen. Die Regie-

rungsvorlage liegt allen vor. Mit dem Antrag wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert zu prüfen, welche Folgen mit einer generellen Reduzierung der Klassenschülerhöchstzahl von 30 auf 25 verbunden wären. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 5. Oktober 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 579 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Jänner 1998 über den Antrag der oben genannten Abgeordneten, betreffend Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen, wird zur Kenntnis genommen. (00.04 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar (00.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem ich bei der letzten Sitzung um 23.04 Uhr zu Wort gekommen bin und heute erst um 00.04 Uhr, so bitte ich doch kurz um Ihre Aufmerksamkeit, denn es geht schließlich um unsere Schulen. Sehr geehrte Damen und Herren! Als Schulsprecher unseres Landtagsklubs habe ich hier im Hohen Haus immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig die Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahl von 30 auf 25 Schülern pro Klasse für den weiteren Fortgang von Schülern und Schülerinnen in der Klasse ist. Es wird gerade auch in Zukunft notwendig sein, sehr geehrte Damen und Herren, dieser Forderung besonderen Nachdruck zu verleihen. Ich erinnere Sie daran, daß 38.042 Steirerinnen und Steirer ein Volksbegehren unterschrieben und unterstützt haben, einschließlich der im Einleitungsverfahren gesammelten Unterstützungserklärungen waren es sogar seinerzeit 59.190, die sich dafür ausgesprochen haben. Die hohe Stimmenzahl, sehr geehrte Damen und Herren, hat schon vor Jahren bewiesen, daß unsere Eltern, Mitbürgerinnen und Mitbürger genau wußten, daß man in Klassen mit niedrigeren Schülerzahlen eine optimale Förderung sowohl der begabten als auch der weniger begabten Schüler ermöglichen kann. Es freut mich auch, daß der Steiermärkische Landtag den Antrag damals schon auf Herabsetzung der Schülerzahlen angenommen hat, und der Steiermärkische Landtag hat sich damals eindeutig zu einer Reduzierung der Schülerzahlen bekannt. Auf Grund dieses Beschlusses werden Sie, sehr geehrte Damen und Herren, verstehen, daß ich mit der Antwort, in diesem Fall des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, auf unseren Antrag auf Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen von 30 auf 25 nicht zufrieden bin. Auswirkungen nur auf die Bereiche Schulerhaltung zu legen, ist mir zu wenig. Die Feststellung, daß kein nachweisbarer Zusammenhang zwischen Größe einer Klasse und Schulerfolg besteht, muß ich ebenfalls

ablehnen. Letzte internationale Erfahrungen zeigen uns, ich zitiere den seinerzeitigen Schulsprecher Dr. Schäfer, daß die ideale Größe einer Klasse 20 Schüler beträgt. Sehr geehrte Damen und Herren! Bedenken wir, daß bei geringerer Schülerzahl die bessere Beobachtung der Schüler, die bessere Beachtung der didaktischen Grundsätze, das besondere Eingehen auf jeden einzelnen Schüler, die Anwendung moderner Methoden, vor allem aber auch soziales Lernen und die Erfüllung von Erziehungsaufgaben besonders gewährleistet ist. Allein diese Ausführung zeigt Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, wie notwendig gerade auch in Zukunft die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen ist. Wir haben in der Steiermark an Volksschulen 205 Klassen, an Hauptschulen 304 Klassen, an Polytechnischen Schulen 25 Klassen und an Realschulen 48 Klassen. Insgesamt haben wir noch 582 Klassen mit über 25 Schülern in einer Klasse. Beginnen wir zuerst einmal mit der Unterstufe der Volksschule, die Klassenschülerhöchstzahlen zu senken, und machen wir das dann aufsteigend. Das wäre eine Lösung. Ich komme schon zum Schluß. Wir schaffen mit dieser Maßnahme, sehr geehrte Damen und Herren, für unsere Schüler und Lehrer optimale Bedingungen. Die Schule muß auch ein Lebensraum weiterhin für Kinder sein, muß Geborgenheit, Wohlfühlen und zum Erkunden der Welt anregen. Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen wird wesentlich dazu beitragen, daß sich die Schüler in unseren Schulen wohlfühlen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP, FPÖ und dem LIF. – 00.06 Uhr.)

Präsident: Wenn Sie dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest. Ich stelle auch fest, daß die Sitzung erschöpft ist.

Ich ersuche nun die Mitglieder des Finanz-Ausschusses, sich hier über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 906/2, betreffend Dietrichsteinplatz 15, Rechtsabteilung 14; Genehmigung des Ankaufs der ehemaligen Geschäftsräumlichkeiten der Basler Versicherung mit 186,24 Quadratmeter zum Anbotpreis von 3.724.800 Schilling, aufgerundet auf 4 Millionen Schilling, zu beraten.

Ich bitte die anderen Herrschaften auch hier zu bleiben, um dann gleich fortfahren zu können. Im Anschluß an die Sitzung des Finanz-Ausschusses findet die 44. Sitzung des Steiermärkischen Landtages statt.

Gegenstand dieser Sitzung ist der Bericht des Finanz-Ausschusses über die obgenannte Regierungsvorlage.

Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 00.09 Uhr.)